

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Erhöhung der Investitionen in Schulausbauten

GR. Mag. **Spath** stellt namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer auf der Galerie! „Die besten Schulen für unsere Kinder“ betitelt das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur das Ausbaupaket für Bundesschulen in den Jahren 2009 und 2010. Knapp 600 Millionen Euro will der Bund in Erweiterung, Sanierung und Neubau von Schulgebäuden in Österreich investieren, allerdings davon nur 26 Millionen in der Steiermark.

Der im vergangenen Juli vom Ministerium genehmigte Schulentwicklungsplan des Landesschulrates sieht allerdings ein Investitionspaket von zirka 160 Millionen Euro für die Steiermark, davon 44 Millionen für Grazer Bundesschulen vor.

Laut BMUKK werden die 600 Millionen Euro für den Schulausbau in das Jahr 2009 und 2010 vorgezogen, um die Konjunktur anzukurbeln. Demnach müssten mehr als 70 Millionen Euro zusätzlich in die Steiermark fließen. 13 % aller österreichischen Schüler besuchen in der Steiermark eine Bundesschule. Unser Bundesland wird allerdings mit 26 Millionen abgespeist. Damit liegen wir österreichweit an vorletzter Stelle. Niederösterreich bekommt 197 Millionen, Wien 87 Millionen, Oberösterreich 74 Millionen und das kleine Burgenland immerhin 63 Millionen.

Die Bildungsstandorte der Steiermark und insbesondere die der Bildungshauptstadt Graz werden dadurch österreichweit ins Abseits gestellt. Die Grazer Schulstandorte benötigen dringend Räumlichkeiten für die Nachmittagsbetreuung, zum Beispiel BRG Petersgasse, Klusemannstraße, Kirchengasse, Lichtenfelsgasse, Oeverseege, Generalsanierungen der Werkstätten BULME Graz und Neubauten von Sonderunterrichtsräumen und Turnsälen wie das BG Kadettengasse ehemalige HIB Liebenau, BG Kirchengasse, Seebachergasse, Körösisstraße. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur nimmt durch die geringe

Bereitstellung von Geldern im Rahmen des Konjunkturpaketes in Kauf, dass Schülerinnen und Schüler aus der Steiermark und Graz einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern in Österreich haben.

Nicht nur unsere Jugend wird benachteiligt, auch der regionale Arbeitsmarkt. Die Beteuerungen des Bundeskanzlers, die öffentliche Hand muss investieren, um Arbeitsplätze zu sichern, gelten offensichtlich nicht für Graz und die Steiermark.

Wird die Bauwirtschaft mit Aufträgen versorgt, werden dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Nach der SECTEUR - Studie bedeutet ein Arbeitsplatz in der Bauwirtschaft zwei Arbeitsplätze in anderen Sektoren. Hier verzichtet man bewusst auch auf die regionale Umwegrentabilität.

Es geht nicht darum, dass irgendwann 36 Projekte in der Steiermark realisiert werden, wie der geschäftsführende Landesschulratspräsident beteuert, jetzt benötigen Wirtschaft und Schulen einen Input. Die Bundesregierung hat ja nicht umsonst ein Konjunkturpaket geschnürt, um der Wirtschaft im heurigen Jahr einen Impuls zu geben.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von ÖVP und Grünen stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge eine Resolution an die steirische Landesregierung, insbesondere an Landeshauptmann Mag. Franz Voves und die für Bildung verantwortliche Landesrätin, Frau Dr. Bettina Vollath, richten und sie darin auffordern, an die zuständige Bundesministerin Dr. Claudia Schmied heranzutreten, die Investitionen für 2009 und 2010 in Schulausbauten in Graz und der Steiermark gemäß dem Anteil der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles was Kollege Spath gesagt hat, ist selbstverständlich richtig und wir unterstützen

diesen Antrag selbstverständlich. Im Schulbereich gibt es konstant berechnete Erweiterungs- und Renovierungswünsche. Es braucht zusätzliche Klassenräume durch Gruppenteilungen und Nachmittagsbetreuungen, Turnsäle und Werkstätten sind oft nicht am neuesten Stand. Garderoben sind oft viel zu klein usw. Die Lehrerplätze im Konferenzzimmer sind oft so beengt, dass glückliche Hühner so sicher nicht gehalten werden dürften, Lehrer schon. Daher unterstützen wir diesen Antrag, den man in Wirklichkeit jedes Jahr stellen müsste in Dringlichkeit und Inhalt. Jedoch ist viel in den letzten Tagen über den Schulinvestitionsplan des Bundes für die Schulen in der Steiermark medial berichtet worden, wobei sich einige Politiker zu Wortspenden gedrängt fühlten, die vielleicht nicht immer kompetent erschienen. Im Vordergrund stand nicht die sachliche Information, sondern eher plumpe Parteihackerei. Mit Freude wurden nicht nur Amtsträger anderer Fraktionen, sondern auch Bundesländer gegeneinander ausgespielt. Fraglich ist, ob dies alles der Sache, also den Menschen, die in und mit Schule arbeiten, gedient hat. Mängel und Defizite im vorhandenen Schulraum entstehen nicht von heute auf morgen, sondern sind meist über Jahre plan- und berechenbar. Daher erhebt sich für mich die Frage, warum die ÖVP, die über so viele Jahre in Bund und Land das Bildungsressort innehatte, eine derartige Baustelle hinterlassen hat. Zu den Fakten: In den letzten drei Jahren wurden in der Steiermark laut Landesschulrat 101 Millionen Euro verbaut im Schulbereich, das ist, wie wir wahrscheinlich alle hier beurteilen werden, das ist zu wenig, 101 Millionen Euro in drei Jahren, das ist zu wenig. Wie viel war das in den fünf Jahren davor? Da war die ÖVP die Nummer 1 in Bund und Land beim Bildungs- und Wissenschaftsressort. In den fünf Jahren davor war es nicht einmal die Hälfte, 42 Millionen Euro. ÖVP, Bildung und Wissenschaft. Wissen Sie meine Damen und Herren, seit wann die Universitäten ständig im Gerede sind, schlechte Ausstattung, Missverhältnis Lehrende, Studierende, Beschränkungen der Studienplätze, Studiengebühren, Knock-out-Prüfungen, seit wann sind die Universitäten ständig im Gerede, seit sie von der ÖVP geleistet und kaputt gespart werden. Aber Minister Hahn war ja früher im Glückspielsgewerbe tätig, vielleicht werden in Zukunft immer stärker beschränkte Studienplätze verlost und in der Lotterie vergeben. Zurück zu den Fakten: Heuer sind 26 Millionen zugesichert für vier Schulen in der Steiermark, davon beginnt das GIBS bereits umzubauen. Bis 2018, also in einem Jahrzehnt, sind weitere 131 Millionen Euro zugesichert für die restlichen 32 Projekte. In den nächsten Wochen wird eine Prioritätsliste erstellt. Selbstverständlich fordern wir im Sinne von

Schülerinnen und Schülern und der Lehrkräfte, aber auch der Bauwirtschaft, dass diese Vorhaben rasch verwirklicht wird und nicht erst in zehn Jahren und das mit einem Bauvolumen, das nach oben hin offen bleibt. Aber bekanntlich ist die ÖVP ein Teil der Regierungskoalition mit recht guten Kontakten zum Finanzminister. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir Freiheitliche stimmen selbstverständlich der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Nur 26 Millionen Euro für die Steiermark an diesen Investitionskosten, ich glaube, und das obwohl wir 13 %, Kollege Spath hat es angesprochen, aller Schüler in Österreich haben, das ist ein wahrer Skandal. Es ist angeführt worden, Niederösterreich bekommt 197 Millionen, also da ist wirklich keine Gerechtigkeit zugegen. Nur vier Projekte werden im Jahr 2010 in der Steiermark gefördert, obwohl viel mehr Förderungsbedarf besteht. In Graz betrifft es nur eine einzige Schule in der Marschallgasse, meinen Informationen nach eben dem GIBS, das als Einziges hier gefördert wird. Und ich denke, das ist eine ernst zu nehmende Benachteiligung auch der Steiermark, wenn man bedenkt, was alles mit diesen Konjunkturvorhaben und Konjunkturpaket, was es ja eigentlich auch darstellen soll, einhergeht. Aber was genauso aus unserer Sicht ein Skandal ist, ist die Tatsache, dass sich unsere politischen Landesvertreter auf Bundesebene nicht durchgesetzt haben und diese Verantwortung muss ich in Richtung SPÖ schieben, aber auch hier kann ich die ÖVP ebenso nicht aus der Verantwortung entlassen. Es ist ein bisschen ein Eiertanz, den Sie hier aufführen, denn Sie sind genauso in der Landesregierung vertreten und in der Koalitionsregierung im Bund sowieso. Kollege Fabisch hat das auch angesprochen, Sie waren auch lange genug im Bildungsressort verantwortlich. Ich kann nur an dieser Stelle, ich möchte es kurz machen, daran appellieren, setzen Sie bitte Ihre Kontakte im Bund ein, nehmen Sie den Telefonhörer in die Hand, bereden Sie gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner die Angelegenheit und verkaufen Sie die Steirer nicht für dumm. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Meißlitzer**: Die SPÖ-Fraktion stimmt der Dringlichkeit natürlich zu, denn alles, wo es um Schulbauten geht und den Rahmen, den die Schule braucht, ist dringlich und kann nicht oft genug gefordert werden. Zum Antrag werde ich mich dann melden.

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Das BZÖ stimmt der Dringlichkeit zu, nur ich stelle mir zur Dringlichkeit schon eine Frage, und zwar die Frage stelle ich nicht an die Fraktion der Grünen, sondern die Frage stelle ich schon der Fraktion der ÖVP. Wenn wir heute hier im Gemeinderat diese Petition, die wir nicht nur in der Dringlichkeit unterstützen, sondern selbstverständlich auch im Inhalt unterstützen, hier heute einbringen und wir machen das nächsten Dienstag, kommenden Dienstag, was ich jetzt versucht habe die letzten drei Monate, schon zu machen und bringe genau den gleichen Text im Nationalrat ein als Entschließungsantrag, als bindenden an die Frau Ministerin Schmied versehen mit einer namentlichen Abstimmung, stimmen ihre Grazer ÖVP-Nationalratsabgeordneten immer dagegen. Und daher frage ich mich, was das soll? Heute etwas für dringlich zu erklären, wo man in vier Tagen dagegen stimmt. Bei allem, wo wir uns hier in der Stadt einigen, bei Anträgen, egal aus welcher Fraktion sie kommen, kann ich mir größtenteils bei den Grünen, bei der freiheitlichen Fraktion sicher sein, dass das, was wir hier wirklich ernst nehmen und für dringlich erklären und dann auch hier abstimmen und versuchen, es ins Parlament zu bringen, dass diese Fraktionen auch im Nationalrat halten und auch geschlossen diesen Wunsch durchtragen, nur nicht bei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren bei der ÖVP. Und das ist jetzt mehrmals passiert und wir haben mehrmals Petitionen aus diesem Gemeinderat zum Inhalt von Entschließungsanträgen gemacht, Asylaufnahmезentrum Süd, Aussagen des Bürgermeisters, die nicht gekommen sind und Sie haben nicht zugestimmt und daher frage ich mich, für was dann eigentlich dieses Gremium da ist, wenn die ÖVP-Fraktion dann auf Bundesebene komplett anders agiert als sie hier versucht, im Grazer Gemeinderat vorzugaukeln. Ich danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Meißlitzer** zum Antrag: Ich habe ja schon gesagt, alles was Schulausbauten und Schulbauten insgesamt betrifft, ist natürlich dringlich, aber ich denke mir, den Landeshauptmann und die Landesrätin zu etwas aufzufordern, was ohnehin im Laufen ist, ist ein bisschen müßig und sehr mühsam. Und ich denke mir, Herr Kollege Spath, Sie verwechseln sowieso Äpfel mit Birnen, aber wahrscheinlich sind Sie schon im Vorwahlkampf, indem Sie mit Halbwahrheiten in Ihrem Antrag da ein bisschen sehr sorglos umgehen. Es ist richtig, dass nur drei Projekte bis Ende 2010 reif für den Spatenstich sind und diese haben ein Investitionsvolumen von 26 Millionen, aber die 36 Projekte, die von der Steiermark eingebracht wurden, sind vom Schulentwicklungskonzept von 2008 bis 2018 eingereicht und sie alle wurden bewilligt. Das heißt, dass es im vorigen Herbst bereits bekanntgegeben wurde, dass dieses Investitionsvolumen von 158 Millionen der Steiermark zur Verfügung gestellt werden und sobald Baubeginn ist, sobald diese ganzen Unternehmen und sobald diese Baupläne und alles auf dem Tisch liegt und angefangen wird, sobald fließt natürlich auch das Geld. Ich denke mir, es wäre besser darüber nachzudenken, wie schnell manches passieren kann und vor allem, es ist doch so, dass im Pflichtschulbereich auch in Graz ein Schulprogramm besteht und auch dort müssen wir ansetzen, auch im Pflichtschulbereich gibt es viele Projekte, die umgesetzt werden müssen. Und, Herr Spath, Sie als Kollegiumsmitglied des Landesschulrates werden doch wissen, dass Landesrätin Vollath nicht zuständig ist, weil es sich um Bundesschulen handelt, und daher ist dieser Antrag nicht korrekt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Schönberger**: Also es ist großartig, was im Laufen ist, das ist mir neu. Meines Erachtens ist es eher eine bodenlose Frechheit, wie man mit der Steiermark in punkto Erweiterung, Sanierung und Neubau von Schulgebäuden umgeht. 600 Millionen Euro für die Jahre 2009 und 2010 wurden beschlossen für die Erweiterung, Sanierung und den Neubau von Schulgebäuden. 13 % aller österreichischen Schüler und Schülerinnen gehen in der Steiermark zur Schule. Wie Kollege Spath gesagt hat,

sind es nicht 70 Millionen, wenn man genau nachrechnet, 13 % von 600 Millionen, 78 Millionen Euro würden der Steiermark zustehen, 78 Millionen Euro, die in die Steiermark hätten fließen sollen. Beschämende 26 Millionen sind es geworden. Da kann ich mich noch an einen Wahlkampf erinnern, und zwar der SPÖ, gar nicht lange her, letztes Jahr Nationalratswahlkampf war das, glaube ich, ich übersetze kurz, es ist sehr viel geschrieben, aber im Großen und Ganzen steht, ein offenes Ohr für jede einzelne Sorge. Für Sie habe ich ein offenes Ohr mitgenommen und zwar das Ohr des Herrn Voves haben wir heute da, es ist kein Faschingsscherz bitte, das Thema ist viel zu ernst (*Applaus ÖVP*). Meine Damen und Herren, da wird von der Regierung ein Konjunkturpaket verabschiedet, dass die Wirtschaft in den nächsten ein bis zwei Jahren ankurbeln soll, man höre (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ein bis zwei Jahre und 600 Millionen Euro für den Schulbau investiert, dann hört man vom Herrn amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates der SPÖ, dass die dringenden Maßnahmen bezüglich Schulbau ja eh, wie wir gehört haben, in den nächsten fünf, acht oder zehn Jahren umgesetzt werden, das ist das Konjunkturpaket, gratuliere. Jetzt müsste man glauben, da wir einen Herrn Landeshauptmann Franz Voves haben, SPÖ, eine Bildungslandesrätin, die angeblich nicht zuständig ist, SPÖ, und noch dazu einen Bundeskanzler Faymann, SPÖ, und eine Unterrichtsminister Schmied, SPÖ...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Und dazu einen Finanzminister Pröll.

Mag. **Schönberger**: ...da kann man wohl erwarten, dass die Steiermark zumindest nicht nachteilig behandelt wird, meine Damen und Herren. Im Gegenteil, die Steiermark bekommt von den Verantwortungsträgern der SPÖ aus Wien genau 33 % des zustehenden Schulbautenpaketes, da kann ich noch sagen, wie man so lieb im Gemeinderat sagen, danke, Franz, danke, Werner Faymann. Ich kann es nicht glauben, meine Damen und Herren, hier das Voves-Ohr, ein offenes Ohr laut SPÖ...

Zwischenruf GR. Herper: Danke Josef Pröll als Finanzminister.

Mag. **Schönberger**: Die Vermutung liegt nahe und da muss man kein ausgebildeter Facharzt sein, meine Damen und Herren, das Ohr von Landeshauptmann Franz Voves und Landesrätin Bettina Vollath muss verstopft sein, aber in der Steiermark und in Graz haben wir gute Hals-, Nasen- und Ohrenärzte, meine Damen und Herren (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich empfehle den beiden steirischen Verantwortungsträgern, ihre Ohren einmal ordentlich durchputzen zu lassen, damit sie wieder hören und die steirischen Anliegen, nicht nur ihrer Bundesgenossen...,

Zwischenruf StRin. Kahr: Ich habe gedacht, das Thema ist sehr ernst.

Mag. **Schönberger**: ...weiterleiten, sondern diese Benachteiligung für die steirische Wirtschaft, unsere Schulen, respektive für unsere Schülerinnen und Schüler auch wieder in Ordnung zu bringen und auch die letzten uns zustehenden 52 Millionen Euro in die Steiermark und nach Graz zu holen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Das ist ein kindischer Auftritt.

GR. **Grosz**: Die inhaltliche Debatte gibt mir Gelegenheit, mich noch einmal zu Wort zu melden. Ich weiß nicht, das ist Villacher Fasching für Arme, war eine Kurzvorstellung, ist nicht eines Ordnungsrufes wert, Frau Vizebürgermeisterin, schicke ich gleich voraus, aber ich möchte in dem allgemeinen Pharisäertum, das

sich hier schon den ganzen Tag in der ÖVP-Fraktion breit macht, Sie an eines kurz erinnern, ich weiß nicht, ob Sie es vielleicht vergessen haben, aber die Österreichische Volkspartei befindet sich in einer aufrechten Koalition als kleinerer Partner, weil bekanntlich die Nationalratswahl sie zertrümmert hat, in einer großen Koalition und in einer österreichischen Bundesregierung, ja, Finanzminister Pröll ist Ihr Parteiobmann, ja, Wilhelm Molterer war Ihr Parteimitglied und Wolfgang Schüssel ist es...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Bin ich mir ja bei Ihnen nicht so sicher, wo Sie ihre Urlis alle hinschicken, nachdem Sie sie aus der Regierung verbannt haben. Und so wie Sie sich hier gebärden, bin ich mir ja gar nicht sicher, ob sich das hier um eine gleiche Partei handelt und weil ich schon gesehen habe, dass die Frau Stadträtin Fluch sich jetzt geflissentlich darauf vorbereitet, indem sie den armen Kurt Hohensinner...

Zwischenruf StRin. Mag.^a Fluch: Das ist der Unterschied, ich bereite mich vor.

GR. **Grosz:** ...da schickt oder den armen Schönegger, um mir zu sagen, wann jetzt die ÖVP mitgestimmt hat oder nicht, ich sage es Ihnen gleich. Zweimal namentliche Abstimmungen, wie es darum gegangen ist, ein Asylertaufnahmезentrum oder ein Schubhaftzentrum in Graz zu verhindern. Im Budgetausschuss eine Ablehnung betreffend Vorziehen des Finanzausgleiches, ich weiß nicht, das dürfte Ihnen vielleicht bekannt vorkommen, sowie ein Entschließungsantrag abgelehnt zum Thema Aufrechterhaltung der AUA-Flüge, dürfte Ihnen auch bekannt vorkommen,

also ich wollte damit nur einer angedachten und ohnedies im Schuss nach hinten losgehenden Retourkutsche gleich vorweggreifen, um Ihnen es gleich von vorneherein erklären, wann aus meiner Sicht hier die ÖVP offenbar als Zwitter nicht mehr weiß, was sie ist, ist sie jetzt die Grazer Volkspartei, ist sie die steirische Volkspartei, ist sie die Bundes-ÖVP, die für alles zuständig ist. Werden Sie sich in Ihrem Selbstfindungskurs die nächsten Jahre klar, kriegen sie in zwei Jahren bei der Landtagswahl noch eine Halbierung drauf, aber bitte lähmen Sie mit dem Blödsinn da nicht den Grazer Gemeinderat. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StRin. Mag.^a **Fluch**: Ich vermeide es normalerweise, zu sehr auf den Herrn Gemeinderat Grosz einzugehen. In diesem Fall muss ich es mit ein paar Sätzen doch tun. Zuerst einmal das eine, so wie der Schelm denkt, so ist er, das heißt, er verwechselt auch hier den Gemeinderat mit dem Nationalrat, ich habe überhaupt keine Lust, mich darauf einzulassen, welche Anträge das BZÖ jetzt im Nationalrat eingebracht hat. Ich habe auch keine Lust, mich jetzt einzulassen auf eine AUA-Debatte oder auf eine Asyldebatte, das sind ernste Themen auch für uns, und entweder behandelt man die ordentlich, es ist nur typisch, dass der Herr Kollege Grosz halt immer einmal so ein Satzerl da und ein Satzerl dort hinwirft und glaubt, damit hat er sozusagen alles abgedeckt, das ist genau die falsche Einstellung, lieber Herr Kollege (*Applaus ÖVP*). Da lasse ich mir im Gegenzug sehr gerne gefallen, dass man mir ein bisschen vorwirft, mich geflissentlich vorzubereiten, ich glaube, das ist die bessere Art, Politik zu machen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: *Ui, jetzt zeigt sie es mir aber.*

Mag.^a **Fluch**: Klar ist, dass die ÖVP-Nationalratsabgeordneten bereits eine schriftliche Anfrage auch an die Frau Bundesministerin Schmied genau in der Angelegenheit der Finanzierung der Grazer Bundesschulen bereits gerichtet haben,

also der Bernd Schönegger ist einer, der da auch rasch unterwegs ist und auch als Nationalrat, das ist vielleicht der Unterschied, Grazer Anliegen nicht vergisst, da können wir uns ganz sicher sein. Zurück zum Antrag und zu Dingen, die schon gesagt wurden, ich möchte ein paar Sachen hinzufügen. Auf den Kollegen Fabisch antwortend, ich habe noch gut im Gedächtnis, wie eine zugegebenermaßen durchaus herbe Bildungsministerin der ÖVP immer wieder kritisiert wurde, sie würde unsere Schulen schlecht behandeln. Diese Baustelle, lieber Herr Kollege Fabisch, ist eine Baustelle der roten Bildungspolitik und das kann man sozusagen dann nicht jahrelang jemandem anderen wieder umhängen. Ich kenne dich auch nicht als einen, der sonst bei Farbenspielchen so locker irgendwelche Automatismen anwendet, in diesem Fall frage ich mich schon, denn klar ist, die Finanzmittel, die von einem schwarzen Regierungsmitglied kommen, die sind gesichert. Wie viel Geld tatsächlich nach Graz fließt, das ist eine Frage der Aufteilung dieser Mittel, und diese Aufteilung geschieht durch rote Bildungspolitiker im Bund und das Land, die roten Bildungspolitiker auf Landesebene haben da meiner Meinung nach nicht genügend aufgeschrieben, das ist schon ganz deutlich (*Applaus ÖVP*). Und ich nutze diese Gelegenheit, um schon eine prinzipielle Frage zu stellen, ein bisschen auch im Anschluss an das, was die Kollegin Meißlitzer heute schon gesagt hat. Denn ich frage mich, was hat uns die rote Bildungspolitik bisher wirklich gebracht, die neue Mittelschule, und da verschweige ich mich nicht, bringt positive Effekte für unsere Hauptschulen in Graz, weil sie sozusagen zusätzliche Ressourcen bedeutet. Damit ist eine neue Pädagogik möglich und das eröffnet Chancen für unsere Hauptschulen. Klar ist nur auch, die Frau Bundesministerin Schmied lässt sich dafür feiern, dass sie ein neues Schulmodell einführt, das, wie gesagt, nicht das ist, was es zu sein scheint, es ist glücklicherweise in Graz eine Stützung der Hauptschulen und keine Gesamtschule und damit es so gut funktionieren kann, wie es an unseren neuen Mittelschulen funktioniert, braucht es zusätzliche finanzielle Ressourcen, die vom Land kamen. Das was der Bund vorgesehen hat, hat dafür nicht gereicht. Zweitens, und da werde ich nicht müde, das immer wieder zu sagen, diese Modelle haben im Grund genommen mittlerweile ein Zwei-Klassen-System in unserem Schulsystem geschaffen, denn ich denke, dass auch die anderen Schultypen, zum Beispiel auch die AHS- Unterstufe im städtischen Raum, ganz dringend ebenfalls diese Ressourcen brauchen würde, die man den Hauptschulen, den neuen Mittelschulen zur Verfügung gestellt hat (*Applaus ÖVP*), diese Ressourcen gibt es dort nicht. Und

gleichzeitig, und das habe ich der Frau Bundesministerin auch einmal persönlich gesagt, werden sozusagen alle anderen Lehrer aus anderen Schultypen dann gerne ins Buh-Eck gestellt, da gibt es unglaublich viele Geschichten, wie unfähig die alle sind, das verletzt Pädagogen und Pädagoginnen ungemein und es wäre eigentlich Aufgabe der Frau Bildungsministerin, hier wirklich eine neue Gesprächsbasis zu finden, auf einem gutem gemeinsamen Weg zu kommen. Dieses Bemühen sehe ich leider nicht. Dritter Punkt, Tagesbetreuung. Es ist schon angesprochen worden, dass uns die Tagesbetreuung in der Stadt Graz zwei Millionen Euro kostet, es wäre mir lieber, wenn wir mehr an Ressourcen zur Verfügung hätten, dort die Qualität noch steigern können, es überfordert uns als Schulerhalter. Wir tun das, was uns möglich ist und wir sind schon froh, wenn uns seitens des Bundesministeriums, mit dem ich vor wenigen Wochen gesprochen habe, fünf weitere Stunden, Bundesstunden pro Woche in Aussicht gestellt werden. Das ist wirklich der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein, das sind solche Kinkerlitzchen, um heute ein Wort, das die Edeltraud Meißlitzer verwendet hat, in den Mund zu nehmen, aber ich sage es sehr deutlich. Angesichts der Not in den Schulen, sind wir auch dafür schon dankbar. Ich denke nur, es ist kein Grund, sich für eine rote Bildungspolitik abfeiern zu lassen. Wenn dann noch dazukommt, dass Bildung, die sozusagen sehr stark von Inhalten lebt, die stark von engagierten Pädagogen/Pädagoginnen lebt, von Pädagogen und Pädagoginnen, die auch genügend Kraft haben, um nicht ins Burn-out zu geraten, wenn dann dazukommt, dass neben diesen Aspekten der inhaltlichen Arbeit es natürlich auch die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen braucht, weil Schule heute nicht mehr bedeuten kann, dass Kinder einen ganzen Tag lang in Reihen still sitzen, sondern gerade die neue Pädagogik braucht auch neue räumliche Bedingungen. Die Stadt wird auch in der AOG Geld in die Hand nehmen. Auch wir ringen darum, das ist nicht einfach, wir wissen, wir sind auf einem Konsolidierungskurs, aber wir wissen, was wir unseren Kindern schuldig sind und wir haben vor, an die 30 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um notwendigen Schulraum zu schaffen. Gegen diese 30 Millionen Euro, die wir als Schulerhalter in der Stadt Graz in die Hand nehmen, sind die Millionen, die uns jetzt zur Verfügung gestellt werden von Seiten des Bundes wirklich beschämend. Und da muss ich jetzt noch etwas dazusagen. Eine Konjunkturbelebung, die nicht in den nächsten ein, zwei Jahren eintritt, sondern wie uns Edeltraud Meißlitzer sagt, vielleicht bis zum Jahr 2018, das ist in meinen Augen keine Konjunkturbelebung, also da stimmt

irgendetwas nicht in der Rechnung (*Applaus ÖVP*) und wenn ich das richtig sehe, dann läuft ja dieses Schulbauprogramm genau unter dem Titel Konjunkturbelebung. Konjunkturbelebung heißt rasch, denn nur dann kann es wirken. Was tatsächlich jetzt auch zum Ausbau ansteht, ist die GIBS in Graz und da habe ich schon auch einen Verdacht. Ich habe über lange Zeit auch persönlich mit dem Ministerium darum gerungen, dass das GIBS endlich vernünftige Rahmenbedingungen vorfindet. Das GIBS ist eine Schule, das wirklich eine besondere Stellung hat hier in Graz und ich bin über Monate hinweg immer auf Mauern gestoßen, weil man behauptet hat, irgendwie das sei eine Schule, die sei überbewertet und da wird irgendwie zuviel Wind darum gemacht. Das ist eine Schule, die aus allen Nähten platzt und das ist eine Schule, die gerade für den internationalen Standort Graz unverzichtbar ist (*Applaus ÖVP*), wir brauchen uns nicht als Motor einer regionalen Entwicklung verstehen, wir brauchen uns nicht verstehen als eine internationale Kulturhauptstadt, wenn wir zulassen, dass eine Schule wie die GIBS dann sozusagen ein bisschen belächelt wird und wenn man sich dann schon durchringt, die Marschallgasse sozusagen, dahinter verbirgt sich das ja, umzubauen und die GIBS in vernünftigen, einfach nur angemessenen Räumlichkeiten unterzubringen, dann gleichzeitig zu sagen, das habt ihr jetzt davon, dafür kriegt ihr in Graz momentan nicht mehr, also das verbirgt sich für mich dahinter, das ist wirklich eine Geringschätzung gegenüber der besonders guten pädagogischen Arbeit, die bei uns in Graz geleistet wird (*Applaus ÖVP*). Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir als ÖVP in Graz überlegen uns ganz genau, wenn wir mit so einem dringlichen Antrag uns an eine Bundesregierung richten, der wir angehören, aber es geht um eine Sache, die für Graz und für die Kinder hier viel zu wichtig ist, um hier politisches Kleingeld zu wechseln und deswegen bitte ich um möglichst breite Unterstützung für diesen Antrag. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe mir vorgenommen, meine erste Wortmeldung am heutigen Tag dafür zu nützen, um mich bei dir, Herr Bürgermeister, zu bedanken, wenn er mir nicht zuhört, kann ich mich nicht einmal bedanken; ich wollte mich bei dir bedanken, Herr

Bürgermeister, und bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen des Gemeinderates bedanken dafür, dass es möglich ist und möglich wurde, den traditionellen und auch für diese Woche vorgesehenen Tag für die Gemeinderatssitzung vorzuverlegen auf den heutigen Mittwoch und damit der sozialdemokratischen Fraktion und allen Demokratinnen und Demokraten, denen es ein Anliegen ist, die Gelegenheit zu geben, im Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934 die entsprechenden Veranstaltungen zu besuchen. Ich halte das für ein wichtiges und notwendiges, sehr, sehr erfreuliches Zeichen für die Lebendigkeit unseres demokratischen Systems, auch für die Anerkennung und den Respekt über Parteigrenzen hinweg. Wir sollten das nicht für all zu selbstverständlich halten und den Wert dieser Haltung, wie Sie eben auch in diesem Fall vom Herrn Bürgermeister ausgedrückt wurde, anerkennen und erwähnen. Heute vor 75 Jahren hat der bis zum heutigen Tag legendäre Bürgermeister Vinzenz Muchitsch seinen letzten Tag im Amt verbracht, am 12. Februar 1934 wurde er seines Amtes enthoben und man sieht an diesem Beispiel, und er hat es natürlich nie mehr angetreten, nie mehr einnehmen können, man sieht an diesem Beispiel, wohin uns falsche Form der Auseinandersetzung und Distanz zu demokratischen Formen führen kann. Daher möchte ich sagen, wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden es eine Erwähnung wert, dass diese Haltung heute so deutlich eine andere ist, das ist ein Ergebnis der Zweiten Republik, ein Ergebnis der Väter und Mütter der Zweiten Republik, es ist auch ein Ergebnis einer grundsätzlichen Haltung der hier im Hause anwesenden Fraktionen, dafür ein Dankeschön (*Applaus SPÖ*). Das war das letzte Freundliche, was ich jetzt an dieser Stelle leider sagen kann, weil ich zuerst einmal auf die Eva-Maria gerne reagieren möchte. Sie hat von einer Baustelle im Zusammenhang mit der Schulpolitik gesprochen und hat es, wenn ich es richtig verstanden habe, in dem Kontext abwertend gemeint. Ich bin froh, dass es eine Baustelle gibt, weil das heißt, dass hier gearbeitet wird, Baustellen sind Stellen, an denen gearbeitet wird und denen an einem größeren Ganzen gearbeitet wird. Eine Baustelle ist ein Ort der Arbeit auch deshalb, weil hier bewusst und klar ist, dass man mit einem Projekt noch nicht am Ziel ist und daher möchte ich diesen Begriff gar nicht zurückweisen, wenngleich ich mich über die sonstige Form der Argumentation im Zusammenhang mit den Investitionen im Schulbereich, also vom Bund zu verantwortenden Schulbereich, wundere, das war bestenfalls ein geistiger Bauchtanz, bei dem man ständig Angst hatte, dass die letzte Hülle fällt.

Zwischenruf GR. Grosz: Gott bewahre.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Die letzte Hülle ist gerade im letzten Zipfel vielleicht noch hängen geblieben, aber ich möchte dem Herrn Kollegen Schönberger vielleicht noch einmal ganz kurz die Gelegenheit geben, vielleicht auch geistig zu verfolgen, was die Frau Gemeinderätin Meißlitzer versucht hat, ihm zu erklären. Es ist allein bei ihm überhaupt nicht gelandet, da waren die Türen verschlossen. Also ganz einfach gesagt, der Unterschied, und der ist auch für ÖVPler zu verstehen, liegt darin, dass es langfristige und kurzfristige Maßnahmen gibt. Heuer werden insgesamt 40 Millionen Euro verbaut, 26 Millionen, die wir schon erwähnt haben und Kleinmaßnahmen im Ausmaß von zirka sechs Millionen und dazu noch die HTL Kapfenberg, wenn man also über die Stadtgrenzen hinausschauen mag. In den letzten drei Jahren wurden 60 Millionen Euro umgesetzt und im Vergleich dazu vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2005 waren es nur 42 Millionen, also deutlich weniger in einer Zeit, in der die ÖVP die Verantwortung für die Schulpolitik sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene getragen hat. Das gesamte Paket von 157 beantragten Millionen wurde bewilligt, für die Steiermark bewilligt, aber es wird sogar der ÖVP einleuchten, dass nicht 36 Projekte auf einmal umgesetzt und fertiggestellt werden können. Wir bemühen uns um eine möglichst rasche Umsetzung der bewilligten Millionen, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Aber es muss doch noch ausgeführt werden, dass es sich um Bundesschulen handelt und der Herr Kollege Spath als Mitglied des Kollegiums des Landesschulrates dürfte das wohl wissen, es kann ihn ja nicht wirklich überraschen, welche Kompetenzen es hier gibt und für Bundesschulen, lieber Herr Kollege, oder vielleicht machen wir einmal ein kurzes juristisches Seminar oder vielleicht kann der Magistratsdirektor das erklären, für die Bundesschulen ist nicht die Landesrätin Vollath zuständig, sie hat nicht dort die Investitionen zu tätigen und sie hat sie auch nicht zu verantworten. In der Steiermark ist im Laufe der Periode von Landeshauptmann Voves und des geschäftsführenden Präsidenten des Landesschulrates Erlitz mit insgesamt, inklusive der heuer zu veranschlagenden Mittel, 101 Millionen Euro in Schulbauten sehr gut gewirtschaftet worden und sehr viel Geld ausgegeben worden. Und im Vergleich dazu in der Phase Edlinger, also nicht Elke Edlinger natürlich, sondern Landesrätin

Edlinger – Lattinger, genau ein Drittel davon im Jahr 2000 bis zum Jahr 2005, und jetzt bin ich wirklich stolz drauf sagen zu können, das ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischer Schulpolitik und Investitionspolitik und einer konservativen Schul- und Investitionspolitik, weil das Problem (*Applaus SPÖ*), das wir heute in der Steiermark mit Bundesschulen haben, ist in der Verantwortung von konservativer Schulpolitik entstanden, weil man sich in Wirklichkeit um dieses Problem nicht kümmern wollte und weil man zu wenig Druck in Wien gemacht hat und das kann man einmal einbekennen, man kann einen Fehler einbekennen, das würde ich Ihnen und euch sehr empfehlen, um einen besseren Weg zu gehen. Und da wäre es sehr gut, die Politik von Franz Voves, von Landesschulratspräsidenten Erlitz, auch von der Bundesministerin Schmied zu begleiten, sie zu unterstützen, zu helfen, damit wir gemeinsam in der Steiermark etwas weiterbringen und nicht, damit man mit irgendwelchen falschen Informationen, auch wenn sie auf irgendwelche Landkarten gepappt werden, versucht, billiges Kleingeld zu machen. Und last not least, liebe Eva-Maria, eines muss ich dir schon sagen, in der puren Umsetzung uralter Projekte im Pflichtschulbereich, für den du verantwortlich bist, tatsächlich du verantwortlich bist, dann das große Heil zu sehen, ist zu wenig, das was man erwarten könnte von Schwarz und Grün wäre ein Investitionsschwerpunkt im Bereich der Schulen, der über das hinausgeht, was ohnehin schon in der letzten Periode vereinbart war. Da hat man leider geschlafen, da hat man kein Ohr, da hat man kein Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gezeigt. Nehmt euch ein Beispiel an Franz Voves, habt das Ohr bei den Menschen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss jetzt doch ein wenig auf die Vorwürfe eingehen, die von Seiten des Herrn Stadtrates gekommen sind, beziehungsweise von der Frau Kollegin Meißlitzer...

Zwischenruf GR. Grosz: Das waren ja keine Vorwürfe.

Mag. **Spath**: Ich weiß sehr wohl als Mitglied des Landesschulratskollegiums, dass die Frau Landesrätin nicht zuständig ist für Bundesschulen, aber ich weiß auch, dass der Präsident des steirischen Landesschulrates, der Herr Landeshauptmann Voves ist, da in dem Zusammenhang sehr wohl bei seiner Frau Ministerin, bei seiner Parteikollegin vorspricht und versucht, eben solche Investitionen in die Steiermark holen zu lassen (*Applaus ÖVP*). Frau Kollegin Meißlitzer, diese 600 Millionen Euro, die sind ja zusätzlich beschlossen als Konjunkturpaket von der Bundesregierung, das nach Österreich kommen sollte und davon kommen nur 26 Millionen, und Sie kennen ja höchstwahrscheinlich auch den SchEP-Plan, den sogenannten Schulentwicklungsplan, der im vergangenen Jahr im Juli 2008 beschlossen wurde, und da sind aber Schulen drinnen, die wir jetzt nicht auf unserer Liste finden, das in der Steiermark im Jahr 2009 und 2010 umgesetzt wird, wie zum Beispiel das wirtschaftskundliche Gymnasium in Graz, wie das BRG Petersgasse, das dringend Raumadaptierungen benötigt, wie zum Beispiel die Klusemannstraße, die Räume braucht, drei weitere Räume, wie zum Beispiel die BULME in Graz, der Werkstättentrakt umgebaut werden sollte, der bereits 1950 gebaut worden ist und seit 50 Jahren nichts angegriffen wurde oder wie zum Beispiel das HIB Liebenau, wo eben dringend ein Turnsaal benötigt wird, das sind alles Projekte, die im Jahr 2009 und 2010 im SchEP drinnen sind, von denen spricht die Frau Ministerin jetzt nicht mehr und das ist einfach hintangestellt, so wie es der Herr geschäftsführende Landesschulratspräsident großartigerweise dann in einem Zeitungsinterview und wie ich höre auf Druck vom Herrn Landeshauptmann dann gesagt hat, na ja, das kommt ja alles in den nächsten fünf bis acht Jahren. Aber jetzt ist gefragt, dass wir jetzt investieren im Jahr 2009 und 2010, und nicht erst im Jahr 2013 und 2014 (*Applaus ÖVP*). Ich darf mich bei all jenen Fraktionen bedanken, die diesen Antrag unterstützen und bitte um große Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Verschrottungsprämie: Ausweitung auf ÖV

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach deutschem Vorbild wurde nunmehr auch in Österreich eine Verschrottungsprämie eingeführt, wonach ein Jahr lang für Pkw, die mindestens 13 Jahre alt sind und ein gültiges Pickerl aufweisen, 1500 Euro Verschrottungsprämie bezahlt werden, die beim Kauf eines Neuwagens refundiert werden.

Die Grundidee dieser Aktion stammt, wie gesagt, aus Deutschland und liegt sicher unter anderem auch darin begründet, der deutschen Autoindustrie über die schwere Krise hinwegzuhelfen. Worin schon der gravierende Unterschied zu Österreich liegt: Österreich ist nicht Stammsitz von Autoproduzenten, wir sind praktisch ausschließlich Zulieferer und leben von Zulieferbetrieben. Das bedeutet, dass die Verschrottungsprämie in Österreich wenn überhaupt, dann nur äußerst bedingt für die Sicherung der Autoindustrie zum Tragen kommt, wenn überhaupt für die Zulieferer, sondern zu allererst dem Kfz-Handel zugute kommt.

Und zum anderen weisen Umweltexpertinnen und Experten darauf hin, dass der ökologische Aspekt, mit dem vordergründig diese Verschrottungsprämie begründet wurde, eher geringe Auswirkungen hat, vor allem auch dann, wenn man die Umweltbelastungen durch die Produktion eines Pkw in Betracht zieht.

Um daher nicht den irreführenden Eindruck zu erhärten, der Kfz-Verkehr wäre in einer wie auch immer gearteten Weise umweltförderlich und auch jene Menschen zu zusätzlich zu animieren, die überlegen, vielleicht sogar grundsätzlich vom Kfz auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen, was wir ja seit Jahren und vielen Jahren auch in diesem Hause fordern, uns einsetzen und ihn programmatisch beschließen und auch zielführend unterstützen, wäre es durchaus sinnvoll, diese Verschrottungsprämie auszuweiten: Und zwar insofern, dass nicht nur der Kauf eines Neuwagens gefördert wird, sondern auch wahlweise im selben Ausmaß auch eine finanzielle Unterstützung beim Erwerb von ÖV-Jahreskarten ausgeschüttet wird.

Natürlich geht es bei dieser Grazer Initiative auch um die Unterstützung seitens des Bürgermeister, der Verkehrsreferentin und des Finanzreferenten sowie der anderen Mitglieder der Stadtregierung, die in diesem Zusammenhang ersucht werden, mit den verantwortlichen Stellen des Bundes diesbezüglich Gespräche aufzunehmen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die verantwortlichen Stellen des Bundes werden im Sinne des obigen Motivenberichts auf dem Petitionswege ersucht, die geplante Verschrottungsprämie für Alt-Pkw dahingehend zu erweitern, dass damit nicht nur die Neuanschaffung eines Kfz gefördert wird, sondern sie wahlweise auch für den Erwerb von ÖV-Zeitkarten verwendet werden können. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Klubobmann Karl-Heinz Herper! Ihr habt immer wieder im Gemeinderat gute Anträge zweifelsohne, dieser Antrag ist wirklich für den Schrottwolf, wie wir heute im Finanzausschuss auch etwas gehabt haben, weil diese Verschrottungsprämie ist ja an sich eine Geschichte, die in Deutschland entwickelt worden ist, dort war man wenigstens so kreativ vor lauter mangelnder Ideen, dass man wenigstens gesagt hat, zweieinhalbtausend Euro bietet man den Bürgern an, wenn sie ihr betagtes Auto sozusagen ausmustern und zerlegen lassen, weil die deutsche Automobilindustrie natürlich auch händeringend nach zusätzlichen Aufträgen Ausschau gehalten hat. Jetzt das Ganze abzukupfern, wie es die schwarz/rote Koalition in Wien gemacht hat und zu sagen, na ja, streichen wir tausend Euro, wir geben nur noch 1.500, das war ja wirklich allein schon in Wien draußen. Also wenn einer flach daherkommt und sich am Boden legt, dann ist er noch ein Hochspringer, sage ich, gegenüber dieser Idee, die da gemacht worden ist. Dafür kannst du nichts, Karl-Heinz Herper, das ist klar, das ist in Wien geboren worden und gezeugt worden diese Idee, sie ist einfach wirklich äußerst schlecht und das sagen wirklich völlig unabhängige Zeitungen und Betrachter, dass das auch nicht

den Erfolg bringt, den man sich erwartet, weil es mehrere Argumente natürlich gibt. Die Leute, die ein 13 Jahre altes Auto haben, die werden sich nicht unbedingt einen Neuwagen anschaffen, es ist auch so, dass ist das Allerärmste eigentlich, was mir aufgefallen ist bei dieser Wiener Geschichte, dass das Auto, was verschrottet werden soll, ja noch fahrtüchtig sein soll, das hat ja noch ein gültiges Pickerl, mit dem kann er ja noch fahren, das ist ja noch voll für den Straßenverkehr tauglich...

Zwischenruf GR. Grosz: *Aber es hat keinen Katalysator.*

Mag. **Mariacher:** Es hat keinen Katalysator möglicherweise, aber es darf noch fahren, es ist gesetzeskonform und das auszumustern ist ja fast ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Nichtsdestotrotz dieser Ansatz ist auch durchaus wirtschaftlich nicht unbedingt zielführend, weil diese Autos, die da zur Verschrottung vorgesehen werden, haben mindestens noch einen Marktwert von 1000 Euro, weil jedes Auto, das noch fahrtüchtig ist, das ein Pickerl hat, es hat schon seinerzeit geheißen, es ist mindestens 15.000 Schilling wert, also zwischen 1000 und 1200 Euro wird es sicherlich normal der Wert sein, das heißt, ich tausche mein altes Auto, das noch fahrtüchtig ist, und kaufe mir dafür selbst, wenn der Antrag durchginge, eine Jahreskarte bei der GVB im Ausmaß von 284.40 und das war dann die Geschichte. Ich denke, dass kann es nicht sein und daher wird unsere Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klubobmann Karl-Heinz! Wir sind uns ja in Verkehrsfragen, Kollege Mariacher und ich hin, und wieder einig, hin und wieder nicht. In diesem konkreten Fall muss ich ehrlich sagen, hast du schon einiges vorweggenommen, was auch unsere Meinung ist. Zunächst einmal zur Verschrottungsprämie an sich und wie sie bis jetzt zustande gekommen ist. Es ist dann doch in der Diskussion relativ flott gegangen und es gab massive Kritik und

berechtigte Kritik. Es gab die Kritik des IHS von Felderer, es gab die Kritik der Umweltschutzorganisationen etc. und es gab schlussendlich auch die Kritik der Autofahrerklubs, des ÖAMTC zum Beispiel, bis hin zum Autohandel. Natürlich immer aus unterschiedlichen Motivationen heraus und aus unterschiedlichen Blickpunkten, aber insgesamt scheint diese Verschrottungsprämie, so wie sie jetzt auf dem Tisch liegt, zumindest schnell diskutiert worden zu sein und bei weitem nicht das zu erfüllen, was man erwartet hätte. Kollege Mariacher hat ja einige Argumente dahingehend auch schon aufgezählt. Ich möchte es nicht wiederholen, ich möchte auch nicht die Argumente wiederholen, sie sind allgemein bekannt, die zum Beispiel vom IHS in diese Richtung gekommen sind, was die Wirtschaftsstärkung an sich gemeint hätte, der Autohandel selbst würde sich teilweise steuerliche Maßnahmen wünschen und der Umweltansatz ist natürlich auch sehr fraglich, aber wenn man schon eine Verschrottungsprämie einführt, dann geht es natürlich darum, und das ist das erklärte Ziel, wenn man das wirklich so eng sieht, ist es der Austausch eines alten Autos gegen ein neues Autos. Daher hat zum Beispiel auch der VCÖ und irgendwo erinnert mich hier auch die Forderung in diesem dringlichen Antrag durchaus an einiges an Pressemeldungen, die zum Beispiel vom VCÖ kommen in den letzten Tagen. Der VCÖ fordert ja zum Beispiel eine Öko-Prämie, die aber unabhängig ist von der Verschrottungsprämie, also keine Kombination, weil sich das wirklich schwer kombinierten lässt, sondern einen anderen Ansatz. Etwas, was man sich durchaus auch überlegen könnte. Daher jetzt einmal unsere Meinung, die eben schlussendlich ablehnend ist sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt, nämlich, wenn wir jetzt eine Petition an den Bund schicken, wo drinnen steht, liebe Bundesregierung, bitte überlegt euch was anderes, weil aus diesem dringlichen Antrag heraus ergibt sich, muss man ganz ehrlich sagen, nicht viel mehr, überlegt euch was anderes auch Richtung Umwelt und Richtung ÖV-Zeitkarten, dann wird sich, glaube ich, mit diesem dringlichen Antrag nicht sehr viel ändern. Die Verschrottungsprämie, so wie sie jetzt auf dem Tisch liegt, erfüllt auch aus unserer Sicht bei weitem nicht das, was man vielleicht intendiert, man müsste hier generell wahrscheinlich ein neues Konzept auf den Tisch legen, dazu ist aber aus unserer Sicht dieser dringliche Antrag nicht geeignet, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Offenbar sind heute die einen Anträge wirklich in der zeitlichen Nähe zum Faschingdienstag ein wenig getrieben, denn das ist schon eigenartig. Die Bundesregierung, der ja deine Partei, lieber Karl-Heinz Herper, angehört, führt die Verschrottungsprämie ein, um den Automobilhandel anzutreiben. Die steirischen Sozialdemokraten, eine Landeshauptmannpartei in einem Bundesland, das durch Automobilzulieferbetriebe und damit Automobilhandel lebt, stellt in diesem Gemeinderat dieser steirischen Landeshauptstadt einen Antrag, dass wir uns die Verschrottungsprämie einrexen können und es eigentlich nicht darum geht, den Automobilhandel und die Automobilindustrie zu unterstützen, sondern die Zukäufe von Tickets der öffentlichen Verkehrsmittel, und ich habe absolut nichts dagegen, ich sage in einer Situation, wo wir eine Teuerung haben, Verkehrsmittel gratis, die Sozialdemokratie in der Graz AG gemeinsam mit der ÖVP die Möglichkeit die Tarife auch im regionalen Verbund in der Steiermark zu senken, nein, ganz im Gegenteil. Ich bin ja der Meinung, je mehr wir in den öffentlichen Verkehr investieren, umso besser ist es auch, auch für Umweltschutz, für das Klima. Aber eine Verschrottungsprämie, die deine Genossinnen und Genossen eingeführt haben, um uns in der Steiermark bei den Automobilzulieferern zu helfen, dann vom gleichen sozialdemokratischen Genossen durch einen dringlichen Antrag aushebeln zu lassen, das ist kühn, danke.

Zwischenruf GR. Herper: Aber kühn sind wir immer schon gewesen.

GR. **Hagenauer:** Ich fasse mich kurz, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es geht hier um die Dringlichkeit, aus der Sicht der Grünen ist diese gegeben. Die Aktion läuft, sie läuft so wie sie jetzt ist, aus unserer Sicht in die falsche Richtung, auf das werden wir bei der inhaltlichen Debatte eingehen können, aber sie läuft, und daher sehen wir einen Handlungsbedarf und stimmen der Dringlichkeit zu. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper:** Also ich wollte eigentlich mit meinem Dringlichen eine Diskussion in Gang bringen, die eh schon läuft, außerhalb auch dieses Gemeinderatssitzungssaales. Ich bedanke mich bei der grünen Fraktion, nehme ich auch an, ein Ansatz bei der KPÖ, der durchaus positiv zu werten ist, dass wir eine Diskussion in Gang bringen. Die Generalkritik, die Peter Mayr und der Kollege Mariacher vorgenommen haben an der Verschrottungsprämie, ist uns ja allen bewusst. Wir müssen ja nicht überall mithupfen. Wir wissen, dass es eine Möglichkeit gibt für den Kfz-Handel, aber das ist nicht der Weisheit letzter Schluss gewesen, da sind wir uns ja einig. Und die Diskussion wäre durchaus vonstatten zu führen, welche Alternativen oder welche Möglichkeiten sich bieten, anstelle der Verschrottungsprämie wahlweise den öffentlichen Verkehr zu fördern und umzusteigen. Ich denke, nicht nur der ökologische Aspekt der angesprochen wurde, auch der soziale Aspekt, wenn ich ein 13 Jahre altes Auto, niemand wird auf ein Saab-Cabrio umsteigen können aus sozialen Gründen, es geht ja auch um eine soziale Komponente, es geht um eine ökologische Komponente und wir fördern und unterstützen ja den öffentlichen Verkehr damit, also diese Graz-Initiative wäre was wertvolles. Ich hätte mir gewünscht bei der ÖVP, nachdem ja Sigi Nagl, Bürgermeister, neuer Vorsitzender des ökosozialen Forums ist, die Nachfolge des ehemaligen Vizekanzlers Riegler, dass sozusagen dieser ökologische Gedanke auch den Durchbruch in deiner Fraktion findet, es tut dem leider nicht so. Ich würde mir wünschen, wenn die Diskussion, die hier sich auch niederschlägt, hoffentlich nicht nur in der Zustimmung zur Dringlichkeit, dann auch inhaltlich weitergeführt wird in diesem Haus und außerhalb dieses Hauses. Ich bedanke mich bei den Fraktionen, die diesen Antrag unterstützen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Arbeitsplatz- und Wirtschaftsinitiative

GR. **Kolar** stellt namens von SPÖ, ÖVP, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Was lange währt, findet auch hier im Gemeinderat eine gemeinschaftliche Zustimmung, gemeinsamer Antrag, der schon vor einige Zeit von der SPÖ initiiert wurde, und zwar der sogenannte Finanzkrise folgt nunmehr leider erwartungsgemäß eine Wirtschaftskrise, die fast im Tagestakt neue Hiobsbotschaften aus dem Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich nach sich zieht: Kurzarbeit, Produktionsrückgänge, Personalabbau, Standortschließungen sind die Folgen. Die jüngsten AMS-Statistiken aus dem Jänner 2009 weisen für Graz gegenüber Jänner 2008 eine Zunahme an Arbeitslosen um 15 Prozent aus. 15.483 Menschen waren im Jänner 2009 im Arbeitsbezirk Graz vom AMS als arbeitslos geführt worden, um 2036 mehr als im Jänner 2008. Überaus dramatisch auch die Situation im Lehrstellenbereich: Aktuell gibt es 299 Lehrstellensuchende, um 50 mehr als im Jänner 2008, aber nur 68 offene Lehrstellen mehr, das sind um 40 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Hier haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung von der Stadt Graz eine Initiative gestartet, dass hier das Haus mit diesen angeschlossenen Betrieben und Bereichen auch einen Versuch unternimmt, um diese Lehrstellenproblematik aus der öffentlichen Hand her in den Griff zu bekommen.

Um dieser dramatischen Entwicklung gegensteuern zu können, waren von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion am 16. Oktober 2008 und am 15. Jänner 2009 dringliche Anträge eingebracht worden: Im Oktober war von uns gefordert worden, umgehend einen „Job-Gipfel“ einzuberufen - bestehend aus den Mitgliedern der Stadtregierung, mit VertreterInnen von AMS, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, ÖGB, Industriellenvereinigung, um ein gemeinsames Maßnahmenpaket zur Sicherung beziehungsweise Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Graz vorzulegen. Und im Jänner wurde eingefordert, der Bürgermeister, der Wirtschaftsstadtrat und der Finanzstadtrat mögen beauftragt werden, dem Gemeinderat bis April einen konjunkturellen Maßnahmenplan für Graz vorzulegen. Diese Anträge wurden von der schwarz/grünen Koalition abgelehnt.

Im Herbst 2008 wurde vom Wirtschaftsreferenten eine Wirtschaftsplattform einberufen der VertreterInnen von Land, Wirtschaftskammer Steiermark, Clustervertreter, Tochtergesellschaften der Stadt Graz und VertreterInnen der Stadt Graz, mit den jeweiligen Abteilungen, Magistratsdirektion, A 15, A 8 und VertreterInnen der Politik angehören. Es wurden zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten vereinbart.

In diesem Kreis war die derzeitige Wirtschaftssituation sowie Konsequenzen und Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Graz Thema. Im Rahmen der letzten Sitzung sind konkrete Leitprojekte und Maßnahmenpakete sowie deren klare Verantwortung und Umsetzungsschiene vereinbart worden.

Mittlerweile haben sich, wie erwähnt, die Wirtschaftsdaten und die Arbeitsmarktsituation weiter dramatisch verschlechtert und es geht in dieser Causa um die wirtschaftliche Existenz tausender Grazerinnen und Grazer und ihrer Familien und um die Zukunft der Grazer Wirtschaft.

Namens der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, ÖVP, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister der Stadt Graz möge veranlassen, dass die (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) im Herbst 2008 konstituierte Wirtschaftsplattform bestehend aus Mitgliedern von Land, Wirtschaftskammer, Cluster, Tochtergesellschaften der Stadt Graz und VertreterInnen der Stadt Graz sowohl aus dem Bereich der Verwaltung als auch aus dem Bereich der Politik ein Wirtschaftsnetzwerk einrichtet. Diesem sollen weiters VertreterInnen der Stadtregierung, von AMS, Arbeiterkammer, Bildungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen sowie der ÖGB angehören. Aufgabe des Wirtschaftsnetzwerkes ist die Erfassung, Koordination und Abstimmung von Vorschlägen und Programmen, die zur Sicherung, meine geschätzten Damen und Herren, beziehungsweise zur Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Graz beitragen.

Weiters soll bei den künftigen Investitionsentscheidungen der Stadt die Arbeitsplatzrelevanz jeweils ausgewiesen werden und es soll auch ein besonderer

Stellenwert dem kommunalen Wohnbauprogramm und der zur Schaffung von Gemeindewohnungen zukommen. Ich ersuche um Annahme und danke für die Unterstützung (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Schloffer** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Willi, lieber Antragsteller! Ich denke, wirksame Maßnahmen zur Abfederung der Krise sind sicherlich dringlich. Ich frage mich, warum ist es überhaupt so weit gekommen zu dieser Krise? Aber wenn ich auch daran denke, wie viel Geld es in den letzten Jahren gegeben hat, mit dem man spekulieren konnte auf privater sowie auch auf öffentlicher Ebene, wie viel Geld da der öffentlichen Hand an Spekulationssteuer durch die Lappen ging, aber das ist eine andere Geschichte. Aber es gibt noch immer Milliarden für die Banken, die Manager bekommen noch immer ihre Millionengehälter, aber bei der Basis da ist man natürlich noch immer knauserig und das muss jetzt aufhören, denke ich mir, und deshalb sind wir für ein kommunales Konjunkturprogramm. Das beinhaltet einen wichtigen Bestandteil, es muss die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus sein. Auch die Stadt Graz muss Geld in die Hand nehmen und darf nicht auf den Bund warten. Gerade in schwierigen Zeiten muss man soziale Zeichen setzen, die meisten Gemeindewohnungen sind in Wien und auch in Graz in den 20er- und 30er-Jahren entstanden. Da gab es auch eine schlechte Zeit, daran müsste man eine verantwortliche Kommunalpolitik heute anknüpfen. Der Bau von Gemeindewohnungen schafft Arbeitsplätze und das wollen wir und gleichzeitig auch neuen Wohnraum, der dringendst notwendig ist und ich denke, das ist hier in diesem Saal einem jeden bekannt und der auch dazu stehen wird. Wir wollten ja einen Zusatzantrag stellen, aber der Antragsteller hat ihn mit aufgenommen, daher brauche ich den nicht mehr stellen und sage nur noch, wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich sehr, dass es jetzt zur Einigung über alle Parteien geben wird bei dem Antrag, wundern tut mich die plötzliche Geisteswandlung der ÖVP, weil es ist einige

Male, ich glaube einmal zumindest, ist es ja schon abgelehnt worden, ein Antrag, der in fast gleicher Form schon gestellt worden ist, bei der ÖVP habe ich schon die Sorge gehabt, dass sie sich von der Wirtschaftspolitik verabschiedet, weil der Wirtschaftsbund ja doch immer trommelt, wir sind die Wirtschaft und ÖVP-Wirtschaftspartei usw. Sehr gut ist, dass die SPÖ den Antrag eingebracht hat und nach der FPÖ natürlich die neue Wirtschaftspartei, wir werden Dringlichkeit und Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann dem Willi Kolar einfach keinen Wunsch abschlagen, und wir haben einfach einmal gemeint, es wäre an der Zeit, vielleicht auch einmal gemeinsam zu signalisieren, dass wir da auch gemeinsam handeln, das erwarten die Menschen. Ich wollte nur, und ich sage das auch dazu, weil das oft so mitschwingt, tu endlich was, mach endlich was, es wird irrsinnig viel gearbeitet, gerade in den Bereichen, wir haben es jetzt auch mithinein arbeiten können, da gab es schon die Zusammenarbeit im Netzwerk, wo wir versucht haben, rund 30 Maßnahmen auch klar mit Datum, auch klar mit Zuständigkeiten zu vergeben, da wird auch von Seiten der Wirtschaftsabteilung in Zusammenarbeit mit vielen Institutionen gearbeitet, aber es schadet wahrscheinlich überhaupt nicht, den Kreis jetzt auszuweiten. Wenn man gerade wieder liest, was jetzt durch die Medien geistert, du hast es mir gerade gegeben, es passt jetzt vielleicht gut dazu, werden wir uns anstrengen müssen, kein Spielraum mehr für zusätzliche Hilfe, eine vertrauliche Studie lässt bei Europas Finanzministern die Alarmglocken schrillen, das Papier sagt nichts Geringeres als dass Europa durch die vielen Konjunkturpakete im Jahr 2010 das Geld ausgeht. Demnach wird das Budgetdefizit in der EU dann bei 5 % liegen. Genau wenn die Krise bei allen Konsumenten angekommen sein wird, wird es demnach keinen Spielraum mehr für staatliche Hilfe geben. Schon jetzt verheißt die Studie den Regierungen, dass die Wähler dafür erbarmungslos abstrafen werden und, und, und. Der Notgroschen ist aufgebraucht, Spielraum reduziert, wenn der Abschwung sichtbar wird... Das sind alles Botschaften, wir werden da auch gemeinsam in den nächsten Jahren auch in dieser Gemeinderatsperiode sehr gefordert sein und sehr sorgfältig mit diesem Thema auch umgehen müssen. Das, was es dann wirklich zu verhindern gilt, ist eine Massenarbeitslosigkeit zuzulassen, da werden wir an

Sonderprogrammen arbeiten, an die wir jetzt nicht einmal denken wollen. Das kann uns alles passieren, im Moment wie gesagt, bitte ich aber auch zu akzeptieren, dass die Damen und Herren, die wir da eingesetzt haben, und so groß ist unsere Wirtschaftsabteilung ja auch nicht, ihr Möglichstes tun, und da möchte ich der Frau Mag. Keimel auch danken, weil die Wünsche sind unheimlich groß und an allen Enden und Ecken zu sein und wie gesagt, es brennt ja über verschiedensten Branchen und über Graz und darüber hinaus, das sollte hier auch einmal im Gemeinderat gesagt werden und ihr ein Dankeschön ausgesprochen werden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsamkeit ist ein Gebot der Stunde, wurde gerade gesagt. Ich kann das nur unterstreichen. Ich war im letzten Jahr im Oktober der Erste im Gemeinderat, der schon geahnt hat, befürchtet hat, sicher nicht gehofft hat, dass es zu dieser Krisenerscheinung kommt, wo mich manche hier im Haus noch mit großen Augen, auch auf der Regierungsbank, angesehen haben und gesagt haben, na ja, so schlimm wird es ja nicht werden.

Zwischenruf StRin. Kahr: Das habe ich sicher nicht gesagt.

Mag. **Mariacher**: Ich sage manche, nicht alle, um das zu definieren. Folgendes, ich danke auch der SPÖ für diesen Antrag, den wir ja als Freiheitliche auch mittragen und in Ergänzung auch zu den Worten, die der Christoph Hötzl seitens der Wirtschaft für uns gesprochen hat, möchte ich aber schon einiges klarlegen: Es ist in diesem Antrag verpackt sozusagen der Mantel, wie wir vorgehen, dass man sich zusammensetzt, dass das übergeordnete Thema stimmt, ich hoffe auch, dass die Banken auch entsprechend einbezogen werden, weil ohne Geld wird es nicht funktionieren. Aber ich denke, wir sollten uns auch klar über die politische Vorgabe,

über die politische Metrik sozusagen überlegen, welche Ziele eigentlich die Hauptziele sind, die wir eigentlich politisch, und wir sind hier Mandatäre des Gemeinderates, umgesetzt haben wollen. Und ich denke, eines der wesentlichsten Themen ist es, dass wir besonders die Jugend, die jetzt im Begriff ist, eine Ausbildung anzugehen, dass man ihr diese Ausbildung eröffnet, dass man der Jugend, die die Möglichkeit hat und die Fähigkeit auch mitbringt, eine entsprechende Ausbildung zu machen, eine berufliche Ausbildung, dass man hier diese ermöglicht. Und ganz wesentlich ist es, dass man bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die beruflich tätig sind, auch schaut, dass sie in Arbeit und Brot bleiben, auch wenn, sage ich, einmal die wirtschaftliche Situation auch eine Dämpfungsmaßnahme erforderlich macht mit Kurzarbeitsmaßnahmen, es ist allemal noch besser, jemand arbeitet in einem aufrechten Arbeitsverhältnis, das eine temporäre Kurzarbeit erforderlich macht, als er verliert komplett den Job. Fällt nicht nur den Sozialbudgets zur Last, sondern ist das Problem, dass er mit wachsender Dauer der Arbeitslosigkeit auch dann den Anschluss an das Berufsleben verliert. Ich denke also, dass wir auch in die Zukunft hinein wirklich neben Sozialaspekten, die sicherlich auch im Wohnbau zu finden sein werden, sicherlich auch Bedacht nehmen müssen, dass wir in die Forschung, in die Zukunft investieren, weil das sind die Arbeitsplätze von morgen und wir müssen hier wirklich uns alle anstrengen und deswegen höre ich jetzt auf mit der Rede, beginnen wir sofort und nicht gleich. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Kolar: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Dringlichkeit und die inhaltliche Thematik wurden ja im Antrag dementsprechend ausgeführt. Ich persönlich bin sehr froh, dass es hier zu einer politischen Gesinnungsänderung gekommen ist, dass wir gemeinschaftlich als Stadt Graz diese schwierige Aufgabe wahrnehmen werden in Zukunft und danke letztendlich auch allen, die hier mitgegangen sind, besonders auch dem Herrn Bürgermeister für diese Initiative (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Einrichtung eines Monitoring- und Steuerungselementes für soziale Brennpunkte im öffentlichen Raum

GR. **Baumann** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Der öffentliche Raum in Graz, unsere Straßen, Plätze und Parks werden Tag für Tag von vielen Menschen genutzt. Unterschiedliche Arten der Nutzung und unterschiedliche Gruppen kommen mitunter in Konflikt miteinander. Ein konkretes Beispiel sind die Konflikte rund ums Sigmundstadl im Bezirk Lend. AnrainerInnen beschwerten sich, dass ihre Kinder oft auf der Straße gefragt werden, ob sie nicht Drogen kaufen möchten. Der Besitzer eines Geschäftes, in dem günstig ins Ausland telefoniert werden kann, beschwert sich, dass Leute zu ihm ins Geschäft kommen und glauben, bei ihm gerade Drogen kaufen zu können, weil in der Gegend gedealt wird. Die Polizei wird - angeblich aus Personalmangel - nicht aktiv.

Grazerinnen und Grazer überlegen bereits, aus dieser Gegend wegzuziehen.

Solche Konflikte müssen von der Stadtpolitik ernst genommen und bearbeitet werden. Einseitiges Durchsetzen der Stärkeren führt dazu, dass andere von der Nutzung des jeweiligen öffentlichen Raumes ausgeschlossen sind und auch einen anderen Wohnort oder Aufenthaltsort suchen.

Wie sich jedoch in den bisherigen Besprechungen herausgestellt hat, bedarf es eines Monitoring- und Steuerungselementes, um diese sozialen Entwicklungen im öffentlichen Raum zu verfolgen und geeignete Interventionen zu setzen.

Für die Bearbeitung von Konflikten ist es zuerst notwendig, diese festzustellen. Dazu ist eine Beobachtung der Ereignisse im öffentlichen Raum, das Monitoring, notwendig.

Bereits jetzt sind verschiedene Gruppen von Personen auf den Straßen von Graz aktiv und nehmen soziale Konfliktfelder beziehungsweise deren Auswirkungen in Form von Vandalismus und Verschmutzung wahr.

Einige sind Bedienstete der Stadt wie MitarbeiterInnen des Sozialamtes, der Ordnungswache und der Wirtschaftsbetriebe, einige erhalten Förderungen seitens der Stadt wie Vereine, die Streetwork anbieten und einige wie die Polizei sind ebenfalls von öffentlichen Geldern finanziert.

Was aus unserer Perspektive derzeit noch fehlt, das ist ein Zusammenlaufen der verschiedenen Beobachtungen der Bereiche Jugend, Soziales, Gesundheit und des Aufgabenbereiches der Wirtschaftsbetriebe; ein Gremium, in dem konkrete Probleme, wie zum Beispiel jenes rund um den Sigmundstadl, besprochen werden und wo gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird.

Die Interventionen bewirken eine Verbesserung an einem konkreten Ort, es muss jedoch zusätzlich beobachtet werden, welche Verlagerungen des Problemfeldes in der näheren und weiteren Umgebung entstehen.

Dabei sollten Lösungen nicht nur darin bestehen einen Konflikt von einem Straßenzug in den anderen zu verschieben, sondern es sollte versucht werden, allen Beteiligten individuelle Angebote seitens der Stadt zu unterbreiten und so die Ursachen der Konflikte zu verhindern, wie dies zum Beispiel von Otmar Pfeifer und Johannes Eder aus dem Sozialamt seit Jahren praktizieren.

Dazu sollten sich die oben genannten BeobachterInnen regelmäßig treffen, soziale Brennpunkte benennen und Lösungsmaßnahmen erarbeiten.

Im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs, der ÖVP, der SPÖ und der KPÖ stelle ich den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Zuständigen, Herr Bürgermeister Siegfried Nagl als Koordinator und Stadträtin Elke Edlinger werden beauftragt

1. ein Monitoring- und Steuerungselement einzurichten, in dem die Expertisen von
 - VertreterInnen der örtlichen Sicherheitspolizei

- StreetworkerInnen
- VertreterInnen des Sozialamtes
- MitarbeiterInnen der Ordnungswache
- der KRIPPO/Sondereinheit Drogen
- dem Drogenkoordinator der Stadt Graz
- VertreterInnen des MigrantInnenbeirates sowie
- MitarbeiterInnen der Wirtschaftsbetriebe

einfließen können, wobei auf eine geschlechterparitätische Besetzung zu achten ist.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes soll dadurch eine Beobachtung der sozialen Konfliktfelder in unserer Stadt erfolgen und es sollen sinnvolle Maßnahmen zur Entschärfung der Konflikte gesetzt werden, die nicht nur zu einer Verlagerung des Problems führen.

Die Ergebnisse der Beobachtungen sollten regelmäßig gesammelt und analysiert werden, um daraufhin Maßnahmen zu setzen.

2. dafür zu sorgen, dass bei konkreten Anlassfällen weitere Personen wie BezirksvertreterInnen, MitarbeiterInnen des Integrationsreferates etc. mit einbezogen werden und ihre Sichtweisen und Lösungsvorschläge einbringen können (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir werden selbstverständlich der Dringlichkeit zustimmen, weil wir grundsätzlich natürlich glauben, dass jede Initiative wichtig ist, wenn es gelingt, jemanden von der Straße, wenn man so sagen darf, wegzuholen oder jemanden aus dem Drogenschungel wieder auf den ordentlichen Weg zu bringen. Mich hat natürlich ein bisschen verwundert, dass dieser Antrag gerade von den Grünen kommt, Kollegin schaut mich, oder Altklubfrau schaut mich gleich böse an dann oder Ex oder wie auch immer, schaut mich gleich böse an. Wie gesagt, da möchte ich dem Herrn Bürgermeister einmal das Wort reden, weil ich glaube, dass in großen Dingen wir uns immer verstanden haben, wenn es um diese Sachen geht, ob das beim Arbeitskreis Sicherheit war usw., der Herr Bürgermeister hat immer versucht,

ein offenes Ohr zu haben, das habe ich eigentlich bei den Grünen in dieser Periode vermisst und auch in der letzten Periode ist mir überhaupt komplett abhanden gekommen und es wundert mich natürlich schon ein bisschen, weil ich will, dass jetzt nicht die Emotionen hochkommen, aber wenn man so in den älteren Wahlkampfbroschüren geblättert hat, da ist immer gestanden von den Grünen, ein bisschen Freigabe von weichen Drogen usw., und das ist ja mir immer wieder, ich bin...

Zwischenruf GRin. Binder: Legalisieren.

Mag. **Korschelt**: Legalisieren, ok, gut, nichts anderes, halt besser ausgedrückt, aber ich bin, wie gesagt, im wahrsten Sinne kein Fachmann und ich kann mich immer beraten lassen. Der Großteil von Fachleuten sagt natürlich immer wieder, dass gerade diese Legalisierung der erste Schritt eben hin ist zu härtern Drogen. Auch vor eineinhalb Jahren wäre das Wort SOKO, hätte bei den Grünen ja einen Schüttelanfall ausgelöst, inzwischen hat sich das...vielleicht ist das der Erfolg, Sie sind ja so Motivationstrainer, dass Sie die Leute trainieren, dass sie keine große Emotionen kriegen, wie gesagt,...

Zwischenruf GR. Baumann: Ich trainiere ja, dass man Emotionen bekommt.

Mag. **Korschelt**: Bei den vorletzten Gemeinderatssitzungen haben wir ja nicht gerade gemerkt von Ihrer Trainerqualifikation, haben uns ja nicht gerade überzeugen können, ich habe ja schon Angst gehabt um den kleinen Grosz dann.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Aber wie gesagt, ich glaube auch, dass die Intention schon ist, aber bringen wird es ehrlich gesagt nichts, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Das wird wieder so sein, dass man noch eine Kommission bilden, Kreisky hat gesagt, wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis, und so ist es so genauso. Also die einzige Maßnahme, und ich glaube, der Kollege von der Polizei, von der Kriminalpolizei ist schon verschwunden oder man sieht ihn nicht mehr, weil er so geheim ist, dass man ihn nicht mehr sieht, ist er schon gegangen?

Zwischenruf GR. Grosz: Ist ja ein verdeckter Ermittler.

Mag. **Korschelt**: Ist ein verdeckter Ermittler und ist schon gegangen. Es steht eh heute in der Zeitung, werden wir noch diskutieren über den Vorschlag vom Kollegen Grosz, das Um und Auf ist einfach mehr Polizei auf der Straße, das nutzt Ihnen nichts, da können Sie jetzt noch 27 Kommissionen einrichten und geschlechterneutral und alles was da drinnen haben, ist ja alles schön, nur nutzen wird ehrlich das sicher nichts und wie gesagt, ich kann den Herrn Bürgermeister als Zeuge aufrufen, wir sind ja oft genug in Sicherheitsfragen unterwegs gewesen, aber, Herr Bürgermeister, wenn Sie ehrlich sind, das ist wahrscheinlich, wird halt so ein Antrag sein, was halt die Grünen gesagt haben, jetzt müssen wir auch einmal was tun und Sie werden gesagt haben, na gut, heute habe ich eine grüne Krawatte an. So wie Sie dem Willi nichts abschlagen, weil Sie den Grünen nichts abschlagen können, aber Substanz fehlt an dem Antrag. Aber wie gesagt, wir wollen ein Zeichen setzen und wir sind sicher, um an den Anfang zurückzukommen, wir sind immer jederzeit dafür zu haben, wenn es darum geht, die Drogenkriminalität zu bekämpfen, alles soll uns recht sein, nur, und ich bin gespannt dann und ich werde es hoffentlich

noch da herinnen erleben, bin gespannt, bringen wird es sicher nichts. In diesem Sinne stimmen wir trotzdem dem Inhalt und der Dringlichkeit zu (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht nur einen kleinen Nebensatz. Ich glaube, man sollte möglichst alle Maßnahmen ergreifen, vom Jugendbereich über die Polizei bis hin zum Sozialbereich zu vernetzen, aber in einem Punkt, und das ist mir besonders wichtig und ein Anliegen: Wir müssen unterscheiden lernen in allen unseren Überlegungen, was ist Opferschutz und was ist Verbrechensbekämpfung. Und so gesehen hat der Kollege Korschelt einfach Recht, die Verbrechensbekämpfung ist zu forcieren, die muss man de facto durch noch mehr Einsatz, noch mehr Ressourcen gegen einen sehr mächtigen stark ausgestatteten Gegner auch führen. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass immer mehr Jugendliche im Drogenbereich Drogen bekommen, die synthetisch hergestellt werden, kann ja nur empfehlen, einmal wirklich auch nachzufragen, woraus das Extasy besteht, was unsere jungen Menschen, und dann kommst auch weg von der Debatte vor der Schule oder sonst wo, weil du kriegst selbst in den Lokalen, und unsere Polizei ist unterwegs und versucht dort, wo die Konfliktherde auftreten, dort wo gedealt wird, auch verdeckt zu ermitteln. Es macht ja auch nicht immer Sinn in der neuen Uniform sich dorthin zu stellen, weil dann sind die bekanntlicherweise auch wieder weg. Das heißt, auch die Frage, wie groß die Gruppe der Drogenbekämpfung ist, die auch nicht in Uniform, sondern verdeckt ermitteln sollte unser Augenmerk bekommen und sollte mit dem Landespolizeikommando immer wieder abgestimmt werden und was mir ganz, ganz wichtig ist und das ist das Dramatische, wenn junge Menschen mit Ersatzdrogen, also sprich mit Substitol, dann abhängig gemacht werden. Dem Thema müssen wir uns ja auch widmen, aber ich glaube, jede Maßnahme sollte unterstützt werden. Aus dem Grund gab es kein Freudemachen durch Krawatte oder sonst was, sondern ich glaube, es macht einmal Sinn, ich sage schon auch dazu und ich bitte, das alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auch zu bedenken, wenn Sie einen dringlichen Antrag oder einen Antrag schreiben, ich kriege alleine heute wieder so viele Arbeitskreise, die ich umsetzen soll, dass ich de facto gar nicht mehr weiß, wie ich überhaupt noch arbeiten kann. Es geht sich schon fast gar nicht einmal mehr aus. Es sind so viele Themen und ich mache einen Arbeitskreis, wie man das erledigen

könnte und ich bitte auch eines, Managen, Führen, etwas weiter zu kriegen, auch im Sinne der Stadt als Gemeinderäte soll unter dem Motto stehen, weil so viel zu tun ist, und wir beschäftigen uns ja in Unternehmungen heute auch schon mit soviel Themen und Dingen, wir müssen drüber nachdenken, was wird möglichst schnell wirksam. Und das sollte auch hinkünftig bei Anträgen und Diskussionen möglichst im Vordergrund stehen, darum ersuche ich Sie persönlich, weil ich weiß wirklich schon nicht mehr, wie wir das alles auf die Schiene kriegen sollen. Ich kann es ja dann auch nur weiter delegieren und auch der Herr Magistratsdirektor und unsere Beamtenschaft hat de facto zur Zeit so was wie Vollausslastung und in manchen Bereichen wissen wir schon nicht mehr, wie wir zusammenkommen. Deswegen gab es auch das letzte Mal die Debatte, wo ich gesagt habe, bitte nicht den ganzen Magistrat noch einmal beschäftigen, bitte sich auf das konzentrieren, was wirksam wird und da gibt es einige Punkte drinnen, darum bitte ich wirklich alle (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir werden dem Antrag des Herrn Gemeinderates Baumann zustimmen, aber gestatten Sie mir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, aber gestatten Sie mir eine kleine Bemerkung. Abgesehen davon, dass ich durchaus über die Erleuchtung der Fraktion der Grünen zufrieden bin, dass sie auch dieses Thema der Drogenproblematik nunmehr kennen, möchte ich Ihnen ein Zitat auf die Reise geben. Regieren heißt, die Zeichen der Zeit zu erkennen und Gefahren von Volk und Land abzuwenden. Und daher kann Ihre Politik in einer Regierung nicht lauten zu reagieren, sondern zu agieren und das erwarte ich mir von einer Regierung, auch im Fall der Drogenproblematik. Daher die wie vom Bürgermeister zitierte 500. Gründung eines Arbeitskreises, gut und schön, nur noch einmal, es geht um Opferschutz und es geht um Kriminalitätsbekämpfung. Die Opfer werden nicht weniger und sie werden ihr Leben nicht leichter führen durch einen Arbeitskreis, geschweige denn die Täter fürchten sich vor einem solchen und daher darf ich Sie bei der Gelegenheit dann einladen, über konkrete Maßnahmen, die am Tisch liegen, sei es das Verbot von Substital, sei es die Aufstockung der Grazer Polizei um eine Sonderkommission Drogen, aber auch die kontroversiell diskutierte Thematik um eine Schutzzone halt

dann bei meinem Antrag weiterzudiskutieren, denn offenbar wollten es ja die Grünen nicht, dass beide Anträge, obwohl sie inhaltlich sehr ähnlich sind, zusammengezogen werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Edlinger** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht darf ich kurz erklären, warum wir zwar den Antrag in seiner vorliegenden Textierung nicht zu hundert Prozent für sehr gelungen erachten, aber trotzdem bereit sind, Dringlichkeit und Antragstext zu unterstützen. Lieber Kollege Baumann, wir haben im Vorfeld schon am Freitag am Abend diesbezüglich telefoniert und auch am Wochenende mail-mäßig in diesem Zusammenhang Kontakt gehabt, warum? Grundsätzlich ist die Idee, ein derartiges Vernetzungs- und Steuerungselement zu schaffen, ja nichts Neues, ich darf in Erinnerung rufen 2002, damals gegründet von Bürgermeister Alfred Stingl und Caritaspräsident Küberl wurde die ARGE City ins Leben gerufen, einige, die ich im Raum sehe, haben an einzelnen Sitzungen ja später dann auch teilgenommen, die hatte genau diese Intention, es ging darum zu vernetzen unterschiedliche handelnde Akteure/Akteurinnen. Leider ist es dann 2003 nach einem Führungswechsel auch in dieser Stadt eingeschlafen und wir wissen, dass in weiterer Folge die Politik des Bürgermeisters auch eher eine andere war, man könnte sagen, es war die Politik der Kirschlorbeeren. Die ARGE City hatte natürlich sehr stark den Focus der Innenstadt, der Hauptplatzthematik und der Frage Hauptplatz und Aufenthaltsort zum Beispiel für bunte Menschen etc. Es sind damals aus dieser Vernetzung, aus diesem Austausch durchaus verschiedene Maßnahmen angeleiert worden, umgesetzt worden, ein wichtiges Element, von dem wir heute noch immer profitieren, ist einfach die Möglichkeit für stundenweise Beschäftigung, um einfach auch jenen Menschen, die zum Beispiel keinen Vollzeitjob schaffen würden aus

welchen Gründen auch immer, trotzdem so eine Rampe zurück in den Arbeitsmarkt zu bauen. Warum der Antrag, so wie der da liegt, nicht sehr gelungen ist unserer Meinung nach ist, du hängst auf der Drogenproblematik aktuell rund um Sigmundstadl jetzt die Forderung nach dem Steuerungselement auf und ich sage dir eines, wenn Kinder angesprochen werden in der Nähe des Sigmundstadls oder woanders, ob sie Drogen kaufen wollen, dann werden wir das mit sozialer Arbeit nicht in Griff kriegen, dann geht es hier nicht um einen sozialen Konflikt im Zusammenleben, sondern das ist kriminelles Vorgehen, Drogenkriminalität und da braucht, da gebe ich dem Bürgermeister Recht, und ich denke weit verbreitet werden wir das ähnlich sehen, Drogenbekämpfung, Drogenproblematikbekämpfung, Drogenkriminalitätsbekämpfung vor allem braucht einfache ausreichende Ressourcen im sicherheitspolizeilichen Umfeld. Und eine andere Geschichte ist noch, du sagst, du möchtest frühzeitig Konflikte und Entwicklungen erkennen. Tatsache ist auch, dass in und um den Volksgarten von frühzeitig schon längst keine Rede mehr ist, weil dort einfach wirkliche Konflikte, nämlich Lärmkonflikte am Bezirkssportplatz mit den Anrainern, die Konflikte, dass Senioren/Seniorinnen sich nicht sicher fühlen, weil sie eben das Gefühl haben, sie haben dort keinen Platz, die Frage Konflikte zwischen kleinen Kindern und größeren Kinder, alles jenseits der Drogenfrage (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und der Drogenproblematik, die sich dort abspielt, das ist schon alles längst eskaliert. Aus den Erfahrungen heraus, wenn man den Bereich dort annimmt, ein zusätzliches Problem, deswegen gehen wir mit, ist, dass einfach ganz viele verschiedene Stellen zuständig sind. Wir haben es ja nur für den Volksgarten uns angeschaut damals im Herbst, es sind acht/neun/zehn Ämter und Referate der Stadt, dazu die Polizei, dazu noch beauftragte Vereine etc., die alle dort dran sind und da macht natürlich eine Vernetzung immer Sinn. Aber die Erfahrungswerte, die ich in der Zwischenzeit gesammelt habe, nachdem ich mir erlaubt habe, im November alle diese Stellen einmal an einen Tisch zu holen mit den Anrainersprechern gemeinsam und einen Zukunftsdialog zu starten, was den Volksgarten anlangt ist, dass die Vernetzung allein auch noch nicht reicht, weil nur auszutauschen, wer macht was, Tatsache ist, aus jedem Gespräch kommt so eine Liste, was eigentlich noch zusätzlich nötig wäre und das braucht zusätzlich einfach wirklich dann Stellen, die da dranbleiben, die nachfragen, die weiter koordinieren, deswegen muss man sich dann gut anschauen Monitoring allein und Hinschauen ist zu wenig, nachdem Hinschauen braucht es ein Tun. Deswegen noch einmal, wir

finden es nicht in der Gänze der Argumentation gelungen die Intention, dass eine Vernetzung bessere Koordination geben muss, die unterstützen wir natürlich, das ist auch unser Weg, den Weg, den wir früher schon beschritten haben, den wir jetzt beschreiten und auch mit euch beschreiten wollen, aber bitte einfach auch da muss ich anderen Rednern Recht geben, setzen wir dort die Erwartungshaltungen an, wo man realistisch dann auch mit der Umsetzung landen können. Weil soziale Arbeit hat ihre Grenzen und Drogenkriminalität muss einfach mit Polizei und sicherheitspolizeilichen Fragen behandelt und bekämpft werden. Nur mit der Vernetzung werden wir kein Drogenproblem lösen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Baumann:** Es ist schön, dass jede Fraktion in diesem Antrag ein bisschen was gefunden hat, was sie unterstützen könnte. Ich habe nur den Eindruck, dass ich in manchen Dingen schon auch wissentlich falsch verstanden wurde. Also es ist kein Antrag zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, der müsste anders ausschauen, weil die Drogenkriminalität gehört mit polizeilichen Maßnahmen bekämpft. Die Drogensucht oder Suchtverhalten, die wird mit anderen Interventionen und mit anderen Präventionsmaßnahmen, mit Maßnahmen der Schulung und der Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und auch mit den Drogenkonsumenten und -konsumentinnen notwendig sein. Meine Intention, und da war das Beispiel Sigmundstadl da, weil das jetzt diesen Antrag eher noch forciert hat, aber diese Überlegungen mit einer Schaffung einer Gruppe, die sich mit sozialen Entwicklungen in der Stadt beschäftigt, und das sollte sozusagen schon ein großes Interesse des Herrn Bürgermeister sein, wie sich denn die öffentlichen Plätze entwickeln, welche Personen wo Nutzungskonflikte haben mit welchen, und da bedarf es schon einer kontinuierlichen Auseinandersetzung auch im Rahmen der sozialen Agenda dieser Stadt. Es freut mich trotzdem, dass jede Fraktion und jede Abteilung auch da aus dem Stadtsenat einen Teil daraus gefunden hat und hoffe, dass dieses Monitoring und Steuerungselement auch lebendig bleibt, um soziale Konflikte, die es in dieser Stadt gibt und die es weiterhin geben wird, ausreichend zu beobachten hat und geeignete Initiativen, geeignete Maßnahmen zu setzen, damit diese Konflikte handhabbar werden, bereinigt werden können und vielleicht auch der eine oder andere auch gelöst werden kann. Danke für die Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Energieeinsparung im Gebäudesektor durch Sanierungsoffensive und Anhebung energierelevanter Vorgaben in der Steiermärkischen Bauordnung; Petition an das Land Steiermark

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Antrag geht es um Energieeinsparung im Gebäudesektor durch Sanierungsoffensive und Anhebung energierelevanter Vorgaben in der Steiermärkischen Bauordnung als Petition an das Land Steiermark. Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung schon vom Konjunkturpaket gehört, wo 100 Millionen Euro pro Jahr für eine Sanierungsoffensive vorgesehen sind. Das ist leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, für das, was wir in Wahrheit brauchen würden. Diejenigen unter Ihnen, die mit mir gemeinsam (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) im Gemeindeumwelt- und Stadtplanungsausschuss sind, wissen auch, wie das abläuft, wenn wir BauwerberInnen zu Gast haben, die uns Projekte präsentieren. Meistens stellen wir dann die Frage, nach welchen energetischen Standards gebaut wird und meistens erhalten wir dieselbe Antwort und diese Antwort ist, was die Bauordnung, was das Baugesetz vorschreibt. An diesem Beispiel sehen wir sehr gut, dass eben die Bereitschaft, mehr zu investieren in einem Bau und danach aber viel weniger Energie zu verbrauchen und weniger Kosten in Betrieb zu haben, eine sehr geringe ist und dass wir dringend gesetzliche Vorgaben brauchen, die besser sind als das, was wir derzeit haben. Wir brauchen so rasch wie möglich eine Effizienzoffensive und zusätzliche Sanierungsanreize, um eben die strategischen Energie- und klimapolitischen Ziele der EU, nämlich minus 20% Energieverbrauch bis 2020, minus 20% CO₂-Emissionen bis 2020, 20%-Anteil an erneuerbare Energieträgern bis 2020

erreichen zu können und wir müssen uns immer dessen bewusst sein, dass diese Offensive ein Jobmotor ist, den wir dringend brauchen in Zeiten wie diesen.

Ein aktueller Rohbericht des Rechnungshofes warnt vor dem Scheitern der Klimaziele im Bereich "Raumwärme". Es werden da acht Zahlen genannt über den Rückgang des CO₂-Ausstoßes im Jahr 2006 in dem Bereich Raumwärme, das kommt aber leider nicht davon, dass es höhere Energieeffizienz gibt, sondern daher, dass das ein milde Winter war und deshalb zum Heizen weniger Energie gebraucht wurde.

In dem Zusammenhang übt der Rechnungshof auch Kritik an den Ländern, für die immer noch keine konkreten Einsparungsziele vorliegen und die mit ihrer Wohnbauförderung zunehmend Budgetlöcher stopfen, statt sie in Energieeffizienz zu investieren.

Sie erinnern sich, in der Gemeinderatssitzung im November 2008 haben wir ein sehr ambitioniertes „Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020, kurz KEK 2020, *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)* beschlossen und zwei von den vier Handlungsfeldern, nämlich Energieeffizienz bei stadteigenen Gebäuden und Anlagen sowie Energieeffizienz bei Wohngebäuden, Haushalten und Betrieben.

Die Stadt Graz ist bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele und der Durchführung von Maßnahmen, die auch im Rahmen der Arbeit am Kommunalen Energiekonzept definiert werden, auf die gesetzliche Rahmenbedingungen seitens des Landes Steiermark angewiesen, das heißt, wir brauchen dort die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben, um wirklich erfolgreich in Graz an einer Ökostadt Graz arbeiten zu können.

Das Land Steiermark ist daher aufgefordert, ehestmöglich und mit Nachdruck Rahmenbedingungen im Gebäudesektor zu schaffen, um so zur Umsetzung von Energie-Effizienz zu verpflichten und eine maßgebliche Verbesserung unserer CO₂-Treibhausgasbilanz im Sektor Raumwärme zu erreichen.

Im Namen des Grünen und des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge folgende Petition an den Steiermärkischen Landtag beschließen:

Der Landtag wird ersucht, von der Landesregierung einzufordern, durch die rasche Umsetzung folgender Maßnahmen im Gebäudesektor die entsprechenden Rahmenbedingungen zur massiven Reduktion des Energieverbrauchs und zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2020 zu schaffen:

- ▶ Im Baurecht ist gemäß OIB Richtlinie 6 die Mindestanforderung für Neubauten auf maximal 55 kWh/m² und Jahr bereits ab 2009 zu begrenzen.
- ▶ Bei umfassenden Altbausanierungen soll die Mindestanforderung auf maximal 75 kWh/m² und Jahr bereits ab 2009 begrenzt werden.
- ▶ Die Bauvorschriften des Landes Steiermark müssen auf Bestimmungen untersucht werden, die die Durchführung energetisch optimierter Maßnahmen einschränken könnten und solche Bestimmungen sollten im Sinne der Energieeffizienzsteigerung novelliert werden.
- ▶ Sanierungsoffensive des Landes für alle Nachkriegsbauten 1945 bis 1980, inklusive Eigenheime, bis 2015 mit einer Energieeinsparung um durchschnittlich 70%.
- ▶ Adaptierung der Wohnbauförderung beziehungsweise Sanierungsförderung im genannten Sinne.
- ▶ Bei den Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen zur thermischen Sanierung ist auf die soziale Verträglichkeit dieser Maßnahmen durch langfristige Finanzierungen beziehungsweise Contractingmodelle Bedacht zu nehmen.

Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Also die KPÖ wird diesen Antrag weitgehend unterstützen. Dass wir natürlich Interesse haben, dass gerade auch bei städtischen Wohnungen und bei städtischen Bauwerken diese

thermischen Bestimmungen eingehalten werden, aber wir haben doch in irgendeiner Form bei der ganzen Sache ein bisschen Bauchweh und zwar, dass gerade MieterInnen mit geringem Einkommen, genau die Leute wohnen in solchen sanierungsbedürftigen Gebäuden, weil gerade dort der Mietzins für sie leistbar ist. Auf Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, zu deren Bedeckung die Mietzinsreserve oft nicht ausreicht, folgen dann unweigerlich Mieterhöhungen, die sich sozial schwache MieterInnen häufig nicht leisten können beziehungsweise dass auch Mieter dann aus diesen Häusern ausziehen müssen. Meistens sind die Mietzinsreserven für diese Sanierungen dann nicht ausreichend vorhanden und daher möchten wir einen Zusatzantrag stellen, der gemeinsam von KPÖ und SPÖ eingebracht wird, der folgend lautet:

Bei den Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen zur Erleichterung der thermischen Sanierung ist auf die soziale Verträglichkeit dieser Maßnahmen und den Mieterschutz Bedacht zu nehmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Andrea! Das ist ein richtiger und wichtiger Antrag, den du hier einbringst. Er ist in Verstärkung dessen, was schon eigentlich auf Landesebene zum Teil im Laufen ist. Ich verweise nur darauf, dass der Landeshauptmann Franz Voves die Artikel-15a-Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zwecke der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen unterzeichnet hat, mit dem sich das Land im Artikel 11 zur Sicherstellung der Umsetzung der Richtlinie 6 Energieeinsparung und Wärmeschutz verpflichtet. Ich glaube, das ist wichtig festzuhalten, ich glaube auch, die Steiermärkische Energieeinsparung zur Wärmeschutzverordnung ist seit 5. Jul 2008 in Kraft. Derzeit in Verhandlungen, ich habe mich dann auch noch einmal informieren lassen, sind die Förderungsanreize zwecks Ausarbeitung der Förderungsrichtlinien, Wohnbauförderungsgesetz in Arbeit. Dennoch halten wir das, was du hier gemeinsam in einem Antrag von Grünen und ÖVP vorschlägst, für richtig. Es liegt auf der Linie, die auch Landeshauptmann Voves und Landesrat Wegscheider eingeschlagen haben und deswegen wird die SPÖ-Fraktion sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt die Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das Schlusswort bitte noch, das habe ich vorher vergessen.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich möchte mich herzlich bedanken sowohl für die Zustimmung zur Dringlichkeit als auch zum Antrag. Ich sehe das auch so, dass es für uns wichtig war, noch ein zusätzliches Zeichen der Dringlichkeit in Richtung Land zu machen. Ich weiß, dass dort einiges im Weg ist, wir haben auch in den letzten Wochen einige Studien präsentiert bekommen und ich glaube, wir müssen aber auch als Stadt jede Gelegenheit nutzen, einerseits einen Druck zu machen beziehungsweise auch zu sagen, wir brauchen was von euch, damit wir auf dem richtigen Weg sein können. Ich möchte auch noch kurz was zu dem Zusatzantrag sagen hinsichtlich des Mietrechts. Ich glaube, dass wir durch die Aufnahme dieses Punktes, den mir die Frau Klubobfrau Bergmann gesagt hat, nämlich diesen Hinweis auf die soziale Verträglichkeit im Zusammenhang mit langfristigen Finanzierung und Contractingmodellen in diese Richtung gegangen sind, weil ich habe schon mit einigen Bauträgern gesprochen und es gibt Modelle, wo die Bauträger dann auch diese Kosten übernehmen und die Betriebskosten sich eben dementsprechend senken und hier ein Ausgleich geschaffen wird. Auf der anderen Seite sehe ich halt leider Beispiele von Häusern, wo wirklich Sanierung gemacht wird und wo sich die Mieterinnen und Mieter gegen eine Wärmedämmung zum Beispiel aussprechen und dabei vergessen, dass die Arbeitskräfte, die dort tätig sind, das Gerüst und alles, wenn das Haus sowieso eine neue Farbe bekommt schon unheimlich viel kostet und dass eigentlich die Wärmedämmung das relativ Geringste ist, was noch

dazukommen würde und deshalb glaube ich, dass durch entsprechende Finanzierungsmodelle wir diesen sozialen Aspekt sehr gut abdecken können.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.15 Uhr bis 18.55 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.55 Uhr den Vorsitz.

6) „Pneumobil“ wieder einrichten – Petition

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lungen- und Atemwegsprobleme zählen zu den meistunterschätzten Krankheiten in unserer Gesellschaft, obwohl sie weit verbreitet sind. Manchen Betroffenen ist ihre Gefährdung selbst nicht bewusst, da sich diese Erkrankungen eher langsam und allmählich, manchmal erst nach Jahren, bemerkbar machen und auswirken. Rauchen und Passivrauchen, schlechte Luftqualität am Arbeitsplatz, der Autoverkehr, Schadstoffe der Industrie und anderes mehr tragen ihren Teil dazu bei.

Asthma, COPD, also chronische Entzündung der Atemwege, verengte Bronchien, da vermisse ich unseren Gemeinderatskollegen und Fachmann Prof. Dr. Hammer sehr, der könnte uns das sehr deutlich schildern, ein großer Könnner, und ähnliche Erkrankungen können die Folge sein. Der Prävention kommt hierbei enorme Bedeutung zu: Wir brauchen ein niederschwelliges Angebot, das auch arztferneren Schichten unbürokratisch zur Verfügung steht.

Diese Einrichtung, meine Damen und Herren, gab es bereits: Von 1989 bis 2001 führte das Pneumobil, Initiator und Leiter war Primar Dr. Gert Wurzinger, über 100.000 Untersuchungen in Graz, in der Steiermark und in anderen Teilen

Österreichs durch. Dieser speziell eingerichtete Bus mit einem versierten Team wertete Lungenkapazität und -funktion aus und ging damit weit über die Möglichkeiten des Lungenröntgens hinaus, das sich in erster Linie nur auf Tuberkulose konzentrieren kann.

Dieses Erfolgsmodell wurde teilweise 1:1 im Ausland übernommen, so in der Schweiz, in Deutschland und sogar in den USA.

Finanziert wurde diese Einrichtung durch das Land Steiermark. Eine Investition, die durch die Früherkennung mitgeholfen hat, unzählige Krankheiten gar nicht erst ausbrechen zu lassen und sich so nicht nur vom Gesundheitsstandpunkt aus, sondern auch volkswirtschaftlich voll gerechnet hat.

Leider hat die Landesregierung vor einigen Jahren die Mittel dazu eingestellt.

Ich stelle daher namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht die Steiermärkische Landesregierung, jenes niederschwellige, unentgeltliche Angebot zur Lungen- und Atemwegsuntersuchung wieder einzurichten, wie es in der Form des Pneumobils seit 1989 und in den Folgejahren bestand. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag.^a Dr. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle hier in diesem Raum sind uns bewusst, dass die Lungenerkrankungen, die bronchialen Erkrankungen im zunehmenden Faktor begriffen sind. Wir wissen auch, dass Maßnahmen dagegen ergriffen werden müssen, vor allem in Zeiten von Feinstaub, von welchem Graz eben besonders betroffen ist. Betreffend von den Maßnahmen ist die Frage, ob das Pneumobil wirklich die beste Lösung ist und bevor man die Einrichtung einer Institution durchführt, sind natürlich bestimmte Abklärungen vorzulegen und zu betreiben. In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Fraktion einen Abänderungsantrag, wenn ich ihn kurz formulieren darf, Herr Bürgermeister. Ergänzend zum Motivenbericht vom KPÖ-Gemeinderatsklub und von dir, lieber Andreas, ist auszuführen, dass

wichtige Abklärungen betreffend Dringlichkeiten, Bedarf, Trägereinrichtung usw. vor der Einrichtung eines Pneumobils seitens der Steiermärkischen Landesregierung zu überprüfen sind. Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den Abänderungsantrag, der Grazer Gemeinderat ersucht die Steiermärkische Landesregierung, die finanziellen und tatsächlichen Möglichkeiten jenes niederschweligen unentgeltlichen Angebotes zur Lungen- und Atemwegsuntersuchung wieder einzurichten, zu überprüfen, wie es in der Form des Pneumobils seit 1989 und den Folgejahren bestand. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem ehemaligen Lungenfunktionsbus, wie er geheißen hat, der dann nachher zum Ende, also von 1999 bis 2001, dann zu einem Pneumobil aufgerüstet worden ist, konnten nicht nur die ursprünglichen Krankheiten wie Tuberkulose erkannt werden, wofür ja das klassische Röntgen die richtige Diagnose war. Dieses Röntgen aber dann für die weitere Diagnostik anderer Krankheiten, ich denke etwa an Lungenkarzinome, nicht die entsprechende Wirkungsweise entfachen konnte. Sehr richtig und auch im Antrag enthalten ist, dass andere Erkrankungen wie das COPD natürlich stark im Vormarsch sind und hier natürlich die Umwelteinwirkungen sich auch als teilweise Zivilisationskrankheit widerspiegeln. Dieses niederschwellige Angebot, das im Antrag enthalten ist, ich habe da längere Zeit darüber nachgedacht, es hat natürlich schon einen Reiz, wenn es gelingt, mit dieser mobilen Vorgangsweise wirklich an Personengruppen heranzutreten, heranzukommen, die man mit stationären Einrichtungen, Lungenfacharzt oder einer klinischen Ambulanz für Pulmologie gegebenenfalls nicht erreichen kann. Wir alle wissen auch, dass Lungenerkrankungen, die Tuberkulose betrifft ja hauptsächlich als Organ die Lunge, eine Krankheit ist, die eigentlich eine solche der Armenwelt heute ist, allein ein Drittel der Weltbevölkerung leidet an Tuberkulose und jährlich werden neun Millionen Ansteckungen finden statt beziehungsweise Infektionen. Es ist daher natürlich in dieser globalisierten Welt schon ein Faktor, sich hier gesundheitsmäßig abzusichern. Wenngleich die Fälle an Tuberkulose, die aufgetreten sind, in den letzten Jahren eher stagnieren, also bei rund 900 Fällen österreichweit liegen, wobei im Jahr 2007

ganze neun Fälle mit multiresistenter Tuberkulose aufgetreten sind. Dennoch ist eine latente Gefahr, die einfach vorhanden ist und der man zeitgerecht begegnen sollte und ich sehe es einmal so formuliert, dass dieser mangelnde Lungenfunktionsbus, den wir derzeit eben nicht zur Verfügung haben, uns in gewisser Weise auf einem Aug blind macht, dass wir erst im Grunde im Nachhinein reagieren können, wenn die Statistik der ARGE oder anderer Organisationen im Nachhinein ein, zwei Jahre später entsprechend erst die tatsächliche Situation von heute sozusagen widerspiegeln. Ich denke, dass es hier also wichtig ist, im Vorfeld etwas zu machen und es wäre mir ein besonders Anliegen inhaltlich in Ergänzung dieses Antrages, wenn es wirklich gelingt, mit dieser Einrichtung wirklich die gefährdeten Zielgruppen zu erreichen, die nicht stationäre Einrichtungen aufsuchen und auch darauf aufbauen, die von der Landesregierung sichergestellt wird, dass diese Menschen, die untersucht worden sind und wo man festgestellt hat, dass hier eine gesundheitliche Beeinträchtigung bereits gegeben ist, auch die Möglichkeit erhalten und diese auch wahrnehmen, entsprechende Therapien zu machen, weil nur dann kann ihnen geholfen werden. In diesem Sinne unterstützen wir diesen Antrag. Danke (*Applaus KPÖ und FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Weltweit gehören die Lungenerkrankungen heute zu den häufigsten Ursachen und sie steigen weiter dramatisch an. So wird sich COPD, die sogenannte chronische Bronchitis in den nächsten Jahren zur dritthäufigsten Todesursache entwickeln. Lungenkrebs tritt immer häufiger auf und Tuberkulose wird heutzutage wieder öfter als noch vor Jahren diagnostiziert. Eine regelmäßige ärztliche Kontrolle der Lunge ist wichtig. Denn die meisten Lungenerkrankungen erfolgen schleichend, ihre Symptome werden erst in den späten Stadien spürbar. Je früher sie daher erkannt werden, desto erfolgreicher wird die Behandlung sein. Das Pneumobil ist daher als breites und niederschwelliges Angebot ein geeignetes Mittel, aus diesem Grund stimmt die ÖVP-Fraktion inhaltlich und der Dringlichkeit zu (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR. **Baumann**: Die Argumente sind im Raum, die Grünen stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Nur ganz kurz, ich bedanke mich sehr, sehr herzlich im Sinne wahrscheinlich hunderter Betroffener, tausender Betroffener, wenn es danach wirklich einmal Realität wird. Ich kann die Sozialdemokratie nicht ganz verstehen, muss ich ehrlich sagen, denn Überprüfungen, Überprüfungen, bitteschön, es hat sich bewährt gigantisch. Es ist in vielen Ländern übernommen worden, teilweise 1 : 1, bitte drücken wir uns jetzt nicht davor, vor einer notwendigen Einrichtung, nur weil es vielleicht der eigene Mann, die eigene Frau eine Etage höher in der politischen Hierarchie dann zu vertreten hat. Denken wir an die Langzeitwirkung, die dieses Projekt haben kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zum Antrag: Also ich gebe dir Recht, es ist ein guter Antrag, es ist eine fachlich vertretbare Lösung, wir meinen nur, dass man sich halt bemühen sollte, auch die Umsetzung zustande zu bringen und dazu, das weiß man, brauchen wir eine geeignete Persönlichkeit, die in der Lage ist, dieses Projekt voranzutragen, wie das der Universitätsprofessor Wurzinger war, und man braucht auch die geeignete Finanzierung und die lässt sich nicht mehr ohne weiteres aus dem Boden stampfen. Unter anderem auch deshalb, weil die technischen Voraussetzungen sich in den letzten 20 Jahren drastisch verändert haben, zum Besseren hin verändert haben. Was ich aber gerne zusage, und wir werden dem Antrag prinzipiell zustimmen, aber mit einem gewissen Bauchweh, weil wir glauben, dass es sich an die falsche Stelle richtet und gewisse Mängel in der Formulierung hat, aber wollen wir heute nicht darum streiten. Ich werde mich jedenfalls darum bemühen, in Gesprächen mit dem Gesundheitslandesrat diese Idee auch voranzutreiben und zu forcieren. Also es gibt bei uns eine grundsätzlich positive Haltung zu diesem Antrag,

wir haben nur auf Mängel hingewiesen, die unserer Meinung nach berechtigterweise wahrzunehmen sind. Daher auch unser Abänderungsantrag, der diese Mängel eben aus unserer Sicht auch beheben könnte (*Applaus SPÖ*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Lücken im Steiermärkischen Baugesetz – Petition an die Landesregierung

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Im Steiermärkischen Baugesetz ist vorgesehen, dass Baubewilligungen erlöschen, wenn mit dem Bauvorhaben nicht binnen fünf Jahren nach Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Diese Bestimmung wird systematisch umgangen, um mit bewilligten Bauvorhaben auch Spekulationen zu betreiben.

Häufig wird vorerst mit der Bauausführung begonnen, diese aber dann für geraume Zeit wieder eingestellt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Der Bauherr hat dann, dank der unzureichenden Bestimmungen des Baugesetzes, unbeschränkt Zeit, auf den für ihn günstigsten Zeitpunkt für die Fertigstellung zu warten.

Einige Baulücken in Graz sind Zeugen für diesen Missstand. So sei auf das Areal Zweiglasse/Ecke Lagergasse verwiesen. Dort gibt es sogar eine mehrere Jahrzehnte alte Baulücke, die wegen des Ausnützens des oben genannten Schlupfloches im Gesetz sogar die aufrechte Baubewilligung für ein Hochhaus noch hat.

Während andere Bundesländer dieser Vorgehensweise dadurch einen Riegel vorgeschoben haben, dass einschlägige Regelungen das Erlöschen der Baugenehmigungen vorsehen, wenn das betreffende Bauvorhaben nicht binnen 4-5 Jahren nach Baubeginn vollendet wird, ist in der Steiermark diesbezüglich keine vergleichbare Lösung in Vorbereitung.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Landesregierung auf, dem Landtag eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes vorzulegen, die einen eindeutig bestimmten Zeitraum vorsieht, nach deren Ablauf die Baugenehmigung für ein Bauvorhaben erlischt, falls dieses bis dahin nicht vollendet wurde (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Ina Bergmann! Deine Ausführungen sind sehr interessant und zeigen ein tatsächlich bestehendes Problem auf. Ich glaube aber, das heißt, ich nehme vorweg, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und kündige auch an, dass wir einen Abänderungsantrag einbringen, den ich dir schon gegeben habe, dass wir die Problematik, die dahinter steht, zuerst bei der Bau- und Anlagenbehörde abfragen sollen. Wir haben dort Mitarbeiter des Magistrates, die täglich mit dieser Problematik auch konfrontiert sind und ich glaube, es ist sinnvoll, bevor wir eine singuläre Maßnahme in einer Petition vom Land fordern, dass wir zumindest unsere Mitarbeiter ersuchen, uns eine Stellungnahme dazu abzugeben. Möglicherweise wird das dann ohnedies, so wie du es vorgeschlagen hast, auch das Land erreichen. In diesem Sinne Zustimmung zur Dringlichkeit und Einbringung eines Abänderungsantrages.

GR. **Hagenauer**: Für die Grünen die Position, wir stimmen der Dringlichkeit zu, weil das Anliegen ein berechtigtes ist. Es hat im Landtag einen Antrag der KPÖ auch

gegeben in diese Richtung, der dann leider keine Mehrheit gefunden hat, aber es wurde schon erwähnt, die Materie ist eine sehr komplexe und es braucht bei einer derartigen Bestimmung natürlich eine Formulierung, die dann auch wirklich hält. Das ist, wenn ich mir die Anmerkung gestatten darf, halt einmal mehr wieder genau die Situation, in der der Gemeinderat auch ist, das oft die wichtigsten und ernstesten Anliegen ein paar Stunden vor der Sitzung kommen und innerhalb von einem Tag eine derartige Materie sicher nicht so formuliert werden kann und beurteilt werden kann, wie es ihr entsprechen würde, genau eben weil die Sache so ernst und wichtig ist. Ich denke, dass diese Frist, die wir bekommen, wenn wir eine Stellungnahme und einen Gewinn an Argumenten und realistischer Einschätzung, wenn wir eine Stellungnahme bekommen, wie die Situation in Graz sich darstellt, der Sache nicht abträglich ist, sondern ihr nur dient und wir werden daher auch dem Zusatzantrag der ÖVP in diesem Sinne zustimmen. Danke.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Intention der KPÖ ist mit diesem Antrag ja recht gut gemeint, die Formulierung im Antrag selbst überzogen. Ich möchte es hier auch begründen. Überzogen dahingehend, weil es vorwiegend die kleinen Häuslbauer trifft, die eine Fertigstellung nicht schaffen. Bewiesen ist es dadurch, dass die vielen kleinen Häuslbauer ihre Wohnbauförderung verlängern müssen, es gibt nämlich eine Frist zur Fertigstellung über die Steiermärkische Wohnbauförderung. Das heißt, diese Frist ist indirekt gegeben, der Landesgesetzgeber hat, wenn Sie die Erläuterungen zum Steiermärkischen Baugesetz anschauen und auch das Baugesetz selbst, eine Bestimmung drinnen, die da heißt: Erlöschen der Baubewilligung, die Baubewilligung erlischt, wenn mit dem Vorhaben nicht binnen fünf Jahren nach Rechtskraft der Bewilligung begonnen wird. Ja, sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren, ich möchte Ihnen auch die Erläuterungen dazu vorlesen. Von einer Bauvollendungsfrist wurde abgesehen, da es eine nicht vertretbare Härte für den Bauherren darstellen würde, wenn etwa auf Grund eintretender finanzieller Schwierigkeiten sein Bauvorhaben nicht beendet werden kann und dann die Behörde zu Folge Erlöschens des Baukonsens einen Beseitigungsauftrag erlassen müsste. Das heißt, das ist eine Gefahr für die kleinen Häuslbauer und das wollen wir nicht mittragen. Wir wollen aber sehr wohl eine

Änderung, auch für die Großbauvorhaben, mitinitiiieren, bei den Großbauvorhaben ist es etwas anders, da ist ein großer Bauherr dahinter, hat eine finanzielle Kraft, er hat einen Finanzplan und auch eine Fertigstellung. Hier dürfte es sehr wohl der Fall sein und auch möglich sein, dass binnen einer angemessenen Frist eine Fertigstellung und eine Bauvollendung erfolgt. Wir wollen auch diese Intention des Kollegen Piffli-Percevic unterstützen, weil gerade hier die Großbauvorhaben eine andere Behandlung erfahren sollen. Unsere Intention ist es auch, dass die zuständige Stadträtin eine Vorlage uns aufbereitet, einen Formulierungsvorschlag für den Gemeinderat erarbeitet und wir dann darüber befinden können. Das heißt, ja zur Dringlichkeit, ja zum Abänderungsantrag, nein zum Inhalt, so wie er es darstellt von der KPÖ, weil es hier für die kleinen Häuslbauer schlichtweg überzogen ist (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Ich kann mich im Großen und Ganzen aber nur der Kollegin von der sozialdemokratischen Fraktion anschließen. Auch wir sehen das Problem darin, es geht da auch um die kleinen Häuslbauer unter anderem auch, die teilweise mit eigenem Einsatz, teilweise mit echter Nachbarschaftshilfe arbeiten, wo die Bauvorhaben einfach länger dauern, wo man unter Umständen auch Finanzierungen oder im Normalfall auch Finanzierungen aufnehmen muss, die natürlich auch mit Besicherungen im Grundbuch arbeiten, mit Pfandrechten, wenn da mitten in der Baustelle und das kann sein, dass nach fünf Jahren, dass man da mitten in der Baustelle davon reden kann, wenn da plötzlich nachher wirklich der Baubescheid verwirkt und die Behörde dort einen Beseitigungsauftrag geben muss, geht es um Existenzen. Grundstück ist entwertet, Haus muss weg, also wir können weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen, und der Abänderungsantrag von der ÖVP, der ist für uns einfach zu wenig gehaltvoll, weil da wieder nur prüfen und nachschauen, hat keinen Inhalt für uns, also auch diesem können wir leider nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte eine Bemerkung ja auch tun, weil das auch nicht unwesentlich ist. Der Abänderungsantrag, der noch gestellt werden wird vom Herrn Klubobmann ist deswegen auch wirklich wichtig, und da möchte ich ins Horn stoßen wie der Herr Gemeinderat Hagenauer. Das ist eine sehr diffizile Angelegenheit und wir sollten an einen Bereich auch denken, die Landeshauptstadt Graz bekommt einen Aufschließungsbeitrag in dem Augenblick, wo eine solche Baugenehmigung auch erteilt wird. Das heißt, wir sollten dann und haben wahrscheinlich dann auch eine rechtliche Verpflichtung, wenn diese wieder erlischt, auch da wahrscheinlich das wieder zurückzugeben. All diese Dinge, die schon genannt wurden, ist ein sehr komplexes Paket und deswegen ist es gut, wenn jetzt einmal auch unsere Abteilungen damit betraut werden, damit wir genau den Fall, den die Frau Mag. Bauer auch zitiert hat, dann Richtung Land weitergeben können und nicht die falschen erwischen beziehungsweise uns auch selbst dann keinen Schaden in finanzieller Form zukommt.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, ich danke für die inhaltlichen Ausführungen, die Susanne Bauer auf den Punkt gebracht hat und du noch einen wesentlichen zusätzlichen Aspekt. Daher verlese ich unseren Abänderungsantrag statt des Antrages, das gleich an die Landesregierung vorzulegen. Mit einem bindenden von uns so dort gewünschten Inhalt stellen wir den Abänderungsantrag, der wie folgt lautet: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die Mag.-Abt. 17 – Bau- und Anlagenbehörde mit einer Prüfung sowie einem Bericht an den Gemeinderat beauftragen. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung zum Abänderungsantrag.

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser Form hat die KPÖ nicht nur den dringlichen Antrag hier im Haus gestellt, sondern in der Vergangenheit auch schon normale Anträge, das heißt, auch damals hätte die Bau- und Anlagenbehörde bereits die Möglichkeit gehabt, diesen Antrag zu prüfen und Stellung abzugeben, das ist bis heute nicht geschehen. Und ich denke, so wie wir hier den Antrag formuliert haben, heißt das ja noch lange nicht, wir haben weder

einen genauen Zeitraum hineingegeben, das heißt, auch die Novellierung dieses Baugesetzes muss natürlich genau überdacht werden, aber auf was es uns ankommt ist, dass in dieser Sache einmal Bewegung hineinkommt und dass sich auch die Landesregierung jetzt wirklich einmal damit beschäftigt. Wie lange diese Zeiträume sind, das muss einfach auch aus den Ergebnissen dieser Prüfungen, und ich nehme an, dass die Gesetze oder die Novellierungen der Gesetze doch geprüft werden und sehr eingehend diskutiert werden und das können auch wir hier in der Stadt eigentlich nicht tun, sondern das ist eben die Aufgabe des Landtages und der zuständigen Stellen im Land. Es tut mir nur leid, dass man hier eigentlich wieder Verzögerungen in Kauf nimmt und so wie ich das jetzt einschätze, wird der Antrag in dieser Form nicht beschlossen werden, sondern der Abänderungsantrag. Wir werden auf alle Fälle darauf drängen, dass dieser Bericht der Bau- und Anlagenbehörde so schnell als möglich vorliegt hier im Gemeinderat und wir werden auch in dieser Frage das weiter betreiben (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Vermittlung und Training Lehrstellensuchender durch den Magistrat Graz

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Zahl der Arbeitslosen steigt auch im sogenannten Arbeitsmarktbezirk Graz an. Exakt 2.309 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren sind nunmehr mit Stichtag 31.1.2009 in den politischen Bezirken Graz und Graz-Umgebung als arbeitslos und Arbeit suchend gemeldet gewesen. Im Jahr 2008 waren es noch 1.799. Daraus ergibt sich eine Steigerung der jugendlichen Arbeitslosen in Graz um 28,35 % binnen eines Jahres. Weitere 540 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren befinden sich im Arbeitsmarktbezirk Graz in diversen Schulungen, sind somit

hinsichtlich der Statistik geparkt, weil sie während dieser Zeit nicht in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen.

Demnach gehört vor allem die Gruppe der Jugendlichen zu den vorrangig Betroffenen der aktuellen misslichen Arbeitsmarktsituation.

Steiermarkweit stehen mit dem 31.1.2009 insgesamt 719 Lehrstellensuchenden ganze 197 offene Lehrstellen gegenüber. Noch krasser ist die Situation in Graz, wo mit 299 Lehrstellensuchenden und 68 offenen Lehrstellen ein noch deutlicheres Missverhältnis besteht.

Damit die jungen Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren nicht zu ungelernten Hilfsarbeitern werden, ist verstärkt dafür Sorge zu tragen, dass diese rechtzeitig eine Arbeit erlernen und hierzu die erforderliche Lehre durchlaufen können. Auch die Quote zwischen positiv absolvierten und nicht bestandenen Lehrabschlussprüfungen bereitet uns Sorge. Steiermarkweit traten 2008 insgesamt 7.875 Kandidaten zur Lehrabschlussprüfung an. Rund 15% von ihnen mussten mit „nicht bestanden“ beurteilt werden. Diese Kandidaten verfügen demnach bis auf weiteres über keinen positiven Lehrabschluss.

Unter Berücksichtigung der sehr angespannten budgetären Situation der Stadt Graz sind neue, innovative Ideen und Konzepte gefragt, die zu einer Verbesserung der Situation im Lehrlingsbereich in Graz beitragen können.

Unser Vorschlag beinhaltet, dass die Stadt Graz für ausgewählte Lehrstellensuchende ein Vermittlungs- und Trainings-Modell anbieten möge. Dieses soll nachweislich erfolglos um eine Lehrstelle bemühten Jugendlichen angeboten werden. Eine Kommission soll sodann die Aufnahme nach Maßgabe der zugeteilten finanziellen und personellen Ressourcen vornehmen. Ziel ist es, die Jugendlichen bei der Lehrstellensuche zu unterstützen, sie auch während der Lehrzeit zu betreuen und ihnen begleitend zu helfen, um sodann einen optimalen Ausbildungsverlauf zu ermöglichen, der mit einer positiven Lehrabschlussprüfung beendet werden soll. Wenn sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Betreuung und des Trainings als ungeeignet beziehungsweise dieser seitens der Stadt Graz freiwillig gewährten Unterstützung als unwürdig erweisen – aus welchen Gründen auch immer

- sind diese aus dem Programm herauszunehmen, um neuen Platz für unterstützungswürdigere Bewerber zu bekommen.

Demnach sollte der Magistrat Graz eine Art Vermittlerrolle und eine Trainerfunktion für Lehrstellensuchende übernehmen. Das Modell könnte etwa folgendermaßen aussehen:

Firmen, die auf der Suche nach Lehrlingen sind, melden den Bedarf dem Magistrat. Lehrstellensuchende wiederum schließen mit dem Magistrat, den Eigenbetrieben oder den stadt eigenen Gesellschaften und Tochterunternehmen der Stadt Graz einen besonderen Betreuungs- und Trainings-Vertrag ab, der die Vermittlung an interessierte Firmen, ihr Training sowie ihre Betreuung und die Begleitung bis zum Abschluss ihrer Lehr-Ausbildung umfasst. Verletzt ein Lehrling beharrlich seine Pflichten bei der ausbildenden Firma, nimmt ihn der Magistrat zurück und versucht ihn noch ein weiteres Mal zu vermitteln. Sollte dies abermals aus den gleichen Gründen misslingen, endet die Betreuung und das Training ohne Angabe weiterer Gründe.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stellen mein Gemeinderatskollege Mag. Mariacher und ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl im Sinne des obigen Motivberichtes zu ersuchen, umgehend die zuständigen Magistratsstellen zu beauftragen, geeignete Modelle und Vertragsformen zur Vermittlung von Lehrstellensuchenden an Betriebe durch den Magistrat Graz sowie für das Training beziehungsweise Coachen Lehrstellensuchender durch die Stadt Graz ausarbeiten zu lassen.
2. In der Folge sollen die Ergebnisse dem Gemeinderat unverzüglich zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden (*Applaus FPÖ*).

GR. **Kolar** zur Dringlichkeit: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Lehrstellenproblematik war in diesem Haus ja schon des Öfteren ein Thema und wir haben ja auch hier bei der letzten Gemeinderatssitzung die wichtigen und wesentlichen Schritte schon einstimmig beschlossen, nämlich die Schritte, die dazu notwendig sind, den jungen Menschen eine Chance zu bieten. Dieser Antrag, der hier vorliegt, ist weder dringlich noch inhaltlich letztendlich nachzuvollziehen, weil die Vorschläge, die hier im Motivenbericht genannt werden, nämlich, dass Lehrstellensuche Vermittlungs- und Trainingsmodelle letztendlich zur Verfügung gestellt bekommen, das gibt es letztendlich alles. Ich darf auf das Arbeitsmarktservice verweisen, hier sind Lehrstellensuchende im Vermittlungsbereich letztendlich betreut und die Trainingsmodelle und alle Dinge, die mit der zwischenbetrieblichen und trialen Ausbildung zu tun haben, werden letztendlich von unterschiedlichen Bildungsinstitutionen wahrgenommen. Aus meiner Sicht lehne ich es ab und wir von unserer Fraktion ja auch, noch ein zusätzliches neues Organisationsinstrument zu schaffen, nämlich hier dem AMS und den Bildungsinstitutionen das Wasser abzugraben und die Stadt Graz mit neuen Formen der Organisationsstrukturen letztendlich zu beschäftigen. In diesem Sinne lehnen wir von unserer Seite her die Dringlichkeit und, wenn Sie gestatten, auch den Inhalt ab (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich kurz fassen, vieles wurde gesagt. Dringlich ist die Sache selbstverständlich, am Arbeitsmarkt herrscht Handlungsbedarf. Aber noch dringlicher erscheint mir, dass die FPÖ über sinnvolle Zuständigkeiten nachdenkt. Die Arbeitsmarktpolitik und die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist beim AMS angesiedelt und bei den Vereinen, die von dort beauftragt werden, Vereine, die aber auch gerne unterstützen, aber die Arbeitsmarktpolitik ist dort in besseren Händen, dort soll sie auch bleiben. Also ist die Dringlichkeit dieses Antrages natürlich abzulehnen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf auch namens der ÖVP zur Dringlichkeit kurz Stellung nehmen. Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung führt auf Basis von einigen Gemeinderatsbeschlüssen zweimal jährlich das Netzwerktreffen zur Jugendbeschäftigungsdrehscheibe Early Bird unter Einbindung politischer Repräsentanten sowie der jeweiligen Experten durch, um Maßnahmen zur Stärkung der Jugendbeschäftigung in Graz unter Einbindung sämtlicher relevanten Akteure zu entwickeln. Unter anderem läuft ausgehend von Diskussionen in diesem Netzwerk gerade eine Erhebung, die über den Verein Pasch abgewickelt wird, insbesondere mit der Fragestellung Bereitschaft und Motivation der Grazer Unternehmer, Lehrlinge aufzunehmen. Das Ergebnis dieser Erhebung wird im Mai vorliegen und auch wieder präsentiert werden. Die im Antrag von den beiden Herren Gemeinderäten beinhaltete Vorschlag beziehungsweise Vermittlungsauftrag wird im Moment, so wie der Gemeinderat Kolar das eben gesagt hat eindeutig vom AMS und zwar Service für Unternehmen wahrgenommen, speziell für schwer vermittelbare Jugendliche gibt es ein derartiges Vermittlungs-, Beratungs- und Begleitungsangebot von den Vereinen wie Pasch, Jugend am Werk, Mafalda etc. Deswegen kann ich mir nur vorstellen, dass das alles nicht bekannt gewesen ist und deswegen ist auch für uns dieser dringliche Antrag eben nicht dringlich, weil eine doppelte Arbeit werden wir uns nicht aufbürden, weil es von Seiten der Stadt Graz in der Vergangenheit schon gut entschieden worden ist und sehr viele Akteure das jetzt auch in der Begleitung tagtäglich umsetzen. Wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Ich möchte mich eigentlich meinen Vorrednern anschließen, es gibt sicher sehr viele Stellen, die sich in der Vermittlung von Lehrstellen bemühen. Was ich mir aber eher vorstellen könnte, dass wir einfach auch mehr Lehrstellen bekommen, das wäre wichtiger als die Vermittlung von Lehrlingen, denn wenn wir bedenken, dass sehr viele Lehrwerkstätten in den letzten Jahren und sehr viele Betriebe Lehrstellen gestrichen haben, wäre es vielleicht auch eine Überlegung, dass vielleicht sich das Magistrat Graz selbst überlegt, mehr Lehrlinge auszubilden und als vorbildlicher Lehrherr aufzuscheinen, das wäre meiner Meinung nach sinnvoller, und wenn auch nur fünf Lehrplätze neu geschaffen werden, wäre das schon einmal ein

Fortschritt. In diesem Sinne werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen und auch dem Antrag nicht. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es bekümmert mich schon ein wenig, weil die anderen Parteien hier kein Problem sehen und wieder viele Jugendliche im Stich lassen.

Zwischenruf GR. Baumann: Zuhören.

Ing. **Lohr**: Es sind viele Vereine erwähnt worden, die meisten sind uns bekannt und wenn Sie kommen mit der Lehrlingsgarantie vom AMS, ja die schaffen es scheinbar nicht, es fehlen 230 Lehrstellen in Graz, das sind Jugendliche, die wirklich da eine Werkstelle wollen und sich bemühen drum und da wäre es seitens der Stadt durchaus eine soziale Aufgabe, dass man ihnen hilft und auch zur Seite springt. Die Frau Kollegin Bergmann von der KPÖ hat es gesagt, viele Betriebe nehmen keine Lehrlinge, ja das stimmt, und darum haben wir uns ja auch mit diesem Konzept überlegt, warum sie keine Lehrlinge nehmen wollen, haben auch teilweise mit den Betrieben gesprochen und sie haben halt auch Probleme mit der Qualität von Jugendlichen, die zu ihnen kommen (*Applaus FPÖ*). Sie trauen sich in Graz ab und zu keine Jugendlichen mehr nehmen, sei es Drogenproblematik, Diebstähle in den Firmen...

Zwischenruf unverständlich.

Ing. **Lohr**: Nein, um Gottes Willen, das gilt nicht für alle, ich will die Jugend natürlich auch in Schutz nehmen, aber diesen Vorbehalt gibt es seitens der Unternehmer, und um diesen Vorbehalt etwas abzubauen, hätte der Magistrat Graz oder die Stadt Graz die Möglichkeit gehabt, dass man die Jugendlichen schon ein bisschen qualitativ in diese Richtung durchsucht und ihnen ein Rüstzeug gibt und dann werden auch wieder mehr Firmen bereit, Lehrlinge anzunehmen. Also ich sehe, die Freiheitlichen stehen allein hinter den Jugendlichen, macht nichts, es sind bald Arbeiterkammerwahlen, der Kollege Korschelt wird sicher eine Freude haben, wenn dann mehr bei den freiheitlichen Arbeitnehmern ihr Kreuzerl machen. Jedenfalls bitte ich trotzdem noch einmal um Vernunft und bitte um Zustimmung bei diesem wichtigen Thema (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Jugendpolizei für Graz

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich möchte vorwegschicken, dass meine Intention einer Einführung einer Jugendpolizei für Graz nicht unbedingt zu reduzieren ist auf die Drogenproblematik, die wir ja vorhin schon debattiert haben und auch nachher debattieren werden, sondern ein etwas umfassenderes Thema darstellt. Alleine im letzten Jahr gab es einen rasanten Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität in Graz so wie auch bundesweit. Laut einem Bericht der Kleinen Zeitung vom April 2008, in diesem Bericht gilt Graz als Kerngebiet der Jugendkriminalität in der Steiermark, zudem wurde ein starker

Anstieg der Kriminalität der Zuwanderer der zweiten und dritten Generation verzeichnet.

Von Innenministerin Fekter hört man zu diesen Horrorzahlen keine fundierte Stellungnahme und erst recht keine politischen Konzepte, um die überbordende Jugendkriminalität zu bekämpfen.

Eine mögliche Maßnahme wäre die Einführung einer entsprechenden Abteilung bei der Grazer Polizei, die sich ausschließlich der jugendlichen Tätergruppe annimmt. Bis dato gibt es in Graz keine derartige Abteilung. Die Arbeit mit kriminellen Jugendlichen ist derzeit auf verschiedene Abteilungen aufgeteilt. Differenziert wird hierbei jedoch nicht, das ist entscheidend, nicht nach dem Alter, sondern nach unterschiedlichen Deliktsbereichen. Eine Zusammenfassung aller Angelegenheiten rund um die Jugendkriminalität bei einer Spezialabteilung Jugendpolizei könnte in diesem Bereich eine effektivere Polizeiarbeit schaffen.

Die Jugendpolizei sollte demnach in der Jugendszene aktiv sein und an öffentlichen Orten sowie vor allem an neuralgischen Punkten präsent sein. Durch das Kennen, den persönlichen Kontakt zu potenziellen Gewalttätern und deren Umfeld könnte sie kritische Entwicklungen sofort erkennen und antizipieren. Sie sollte einen offenen Kontakt zu den Jugendlichen pflegen und rund um die Uhr erreichbar sein, um so auch ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen den Jugendlichen und der Polizei aufzubauen.

Die Jugendpolizisten sollten zusätzlich zu ihrer Ausbildung besonders im Bereich der Gewaltprävention sowie in Jugend- und Migrationsfragen geschult sein.

Die Jugendpolizei wäre eine sinnvolle Ergänzung in der Jugendarbeit und kann durch ihre präventive Wirkung dazu beitragen, Gewaltdelikte und andere kriminelle Handlungen zu verhindern und auch deren teure Folgekosten zu mindern.

Dank einer konsequenten Vernetzung von Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und Polizei soll der Jugendpolizist als Berater agieren und gleichzeitig vorbeugend wirken. Der große Vorteil gegenüber der herkömmlichen Sozialarbeiter-Lösung liegt

darin, dass der Jugendpolizei unter anderem auch repressive Mittel zur Verfügung stehen. Die wichtigsten zu behandelnden Themen durch den Jugendpolizisten wären zum Beispiel Gewalt, Vandalismus, Alkohol- und Drogenkonsum sowie alle Delikte der Kleinkriminalität.

Für Graz ist ein Personalaufwand von zusätzlich mindestens 20 speziell ausgebildeten Jugendpolizisten sinnvoll.

Aus Polizeikreisen sind bezüglich dieses Vorschlages positive Signale zu vernehmen. Allerdings, und das wurde auch angesprochen und gesagt, erlaubt natürlich die aktuelle personelle Situation keine diesbezügliche Maßnahme. Es liegt also klarerweise am Bundesministerium für Inneres, das entsprechende Personal bereitzustellen.

Es soll also neben einer generellen Personalaufstockung bei der Grazer Polizei, ist ja auch eine immer wieder getätigte Forderung von uns, und heute auch bekräftigt durch einen Zeitungsbericht, wie sehr die Polizei eigentlich in Not ist und wie wichtig es in Graz und in der Steiermark insgesamt wäre, hier eine Personalaufstockung bei der Polizei vorzunehmen, aber ergänzend soll es auch zu einer Installierung von Jugendpolizeidienststellen kommen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, Herrn Bürgermeister Nagl zu ersuchen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Grazer Polizei sowie dem Landespolizeikommandanten für Steiermark einen Vorschlag im Sinne des obigen Motivberichtes auszuarbeiten und diesen im Anschluss dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen, um sodann vom Bundesministerium für Inneres die notwendige Unterstützung zur Einführung einer Jugendpolizei in Graz einzufordern.
Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Gemeinderat, werter Herr Bürgermeister! Der Antrag, der heute gestellt wurde, der scheint momentan so ein bisschen eine Modeerscheinung zu sein österreichweit. Die FPÖ stellt diesen Antrag in Salzburg, in Wien, das hat mich einfach jetzt ein bisschen interessiert, was eine Jugendpolizei, und das ist der Titel, was damit verbunden ist. Es klingt ja gut, Jugendpolizei, das klingt plakativ und reißerisch. Aber ich bin wertfrei an meine Recherchearbeit gegangen und habe mir das angeschaut. Ich habe im Internet recherchiert, ich habe mit der hiesigen Polizei gesprochen und ich habe auch mit dem Innenministerium telefoniert. Und überall, wo man sich nur erkundigt, ist eine Meinung, ist die Meinung da, dass es keinen Sinn ergibt. Ich möchte das anhand des Beispiels Wien erklären. Wie du wahrscheinlich weißt, hat es in Wien einmal eine Jugendpolizei gegeben, hat es einmal gegeben, und zwar waren da die Beamten isoliert in einer Abteilung und dort ist man halt auch gereift, man ist gescheitert geworden und hat eingesehen, dass es sinnvoller ist, dass man überall in allen Abteilungen, in allen Wachstuben Jugendkontaktpersonen installiert, weil Jugendkriminalität ist leider eine Querschnittsmaterie, das kommt in vielen Bereichen vor, deswegen hat es keinen Sinn, in einer Abteilung die Beamten zu haben, wenn sie vor Ort die Jugendlichen nicht kennen. Das hat keinen Sinn, das habe ich wirklich von allen Bereichen bekommen. Wie gesagt, wir sind da ganz offen an die Recherche gegangen, aber die Erfahrung zeigt, dass das Ganze keinen Sinn ergibt. In Graz haben wir 23 Jugendkontaktbeamte, die werden auch ausgebildet, ich habe auch mit der Christina Jahn geredet, man könnte das noch intensivieren, das kann man machen, das wäre gut, aber was machen die Jugendkontaktbeamten?

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das ist so wie der Nestler bei der Feuerwehr.

GR. **Hohensinner**: Aber es wäre einmal nicht so schlecht, wenn du zuhörst, Herr Kollege, ich weiß nicht, du bist jetzt schon bei der Arbeiterkammerwahl, ich verstehe das, da bist nervös, aber jetzt höre mir bitte zu. Jugendkontaktbeamte die bekämpfen

halt die Symptome, da sind wir uns einig, die Wurzel des Problems ist woanders, das können wir auch erörtern, das ist einfach die Arbeitslosigkeit, wenn man jung ist, man hat keine Perspektiven, man hat in der Freizeit vielleicht zu wenig Angebote und dann muss man schauen, und da braucht es einen überparteilichen Schulerschluss, dass man genug Angebote bietet. Da brauchen wir kein Parteihickhack draus zu machen, da müssen wir uns alle daran beteiligen und uns zusammenreißen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Wenn ihr was wollt, ist das ein überparteilicher Schulerschluss?

GR. **Hohensinner:** Siehst du dass anders, Herr Kollege, nein, ich sehe, dass das eine Aufgabe für uns alle ist. Ich möchte jetzt noch einmal zu dem T-Shirt kommen, was der Georg Schröck jetzt angesprochen hat. Dass das BZÖ halt ein bisschen Probleme mit Geschenken hat. Wir haben ja einen Nationalrat hier sitzen, der war dabei, dass auf Bundesebene der Klubobmann Bucher Schwierigkeiten hat, Koalabären mit Pandabären auseinanderzuhalten und jetzt bekomme ich heute hier im Gemeinderatssitzungssaal ein Geschenk, wo ein Rechtschreibfehler drauf ist, also man sollte wirklich überlegen, besser zweimal, bevor man was macht und man muss sagen, dass hier vielleicht, ich hoffe es nicht, aber die Bildungspolitik, über die wir heute schon diskutiert haben, sich durchsetzt. Ich möchte auch zu meinem T-Shirt kurz Bezug nehmen, ihr seht alle auf meinem T-Shirt die Zahl 77, das ist nicht 69, auch nicht 88, das ist mir ein wirkliches Anliegen, das ist eine Sickerinformation, eine Sache zum Nachdenken...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Was hat das mit der Dringlichkeit zu tun?

GR. **Hohensinner**: ...weil es gibt heute junge Menschen, die gebildet sind, ich möchte da keinen vorverurteilen, aber gebildete Menschen, die im Internet Sachen bestellen und für solche Leute wären Jugendkontaktbeamte sehr sinnvoll (*Applaus ÖVP*). In diesem Sinne wird die Grazer ÖVP weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, zumindest jene, die noch auf den Zuschauerrängen zu später Stunde diese Diskussion mitverfolgen. Ich finde das irrsinnig rührend und ich bin sehr gerührt über die umfassende Rechercharbeit des Gemeinderates Hohensinner, der also bei der Hotline des Innenministeriums angerufen hat und sonstige Behörden der Republik offensichtlich gequält hat, um sein Wissen ein wenig zu erweitern, aber wenn er Jugendpolitik tatsächlich ernst nehmen würde, dann bräuchte er nicht recherchieren. Wenn Jugendpolitik nicht nur Selbstzweck, wäre, um in der Politik zu bleiben und über das Ticket des ÖAAB andere Funktionen in dem Land zu erhaschen, wenn Jugendpolitik wirklich nicht nur Selbstzweck sondern Berufung wäre, dann würde man über diesen dringlichen Antrag und seine Dringlichkeit anders diskutieren. Ich bin auch nicht schlüssig, ganz ehrlich, ich weiß nicht, ob es gescheit ist, eine Jugendpolizei einzuführen, zumal wir gerade im Grazer Bereich wissen, dass wir ohnedies einen Mangel an Exekutivkräften haben, das wir zig wenn nicht hunderte zusätzliche Exekutivplanstellen aus einer Sicherheitspartnerschaft, die seit einigen Jahr vor sich hindampft und nicht umgesetzt worden ist, dass wir diese brauchen, dass wir als Notlösung eine Ordnungswache gebildet haben, über deren Sinnhaftigkeit die Mehrheit der Grazerinnen und Grazer bis heute grübelt und wir jetzt hergehen, nachdem wir weder eine Aufstockung der Exekutivkräfte haben, jetzt im Jänner einen Anstieg der Kriminalität haben, vor allem auch der Jugendkriminalität, dass wir jetzt diskutieren über eine Jugendpolizei. Gerade jetzt der zweite dringliche Antrag, der sich dann noch, der dritte mit dem Drogenpaket, der sich auch inhaltlich mit den Zuständen oder die Ursache der Zustände, die Diskussion am Lendplatz, die Drogenkriminalität war und wir so viele wirklich große Defizite in der Sicherheitspolitik haben, dass ich nicht glaube, dass das mit einer Jugendpolizei zu bewältigen ist, sondern schlichtweg mit dem konsequenten Einfordern von zusätzlichen

Exekutivplanstellen. Aber ich stelle mich nicht hier heraus und versuche, wirr würde mir einen Ordnungsruf einheimsen, aber durchaus sehr kurios eine Recherchearbeit vorzugaukeln, um schlichtweg das Wort Nein zu sagen, nein, weil du dich offensichtlich mit Jugendpolitik nicht auseinandersetzen willst (*Applaus FPÖ*). Wir werden, auch wenn ich unschlüssig bin, dem Antrag zustimmen, der Dringlichkeit zustimmen, wenn es die Möglichkeit ist, auch dem Antrag inhaltlich zustimmen, weil ich meine, jeder, der sich in der derzeitigen Situation einer überbordenden Kriminalität mit der Bekämpfung der Kriminalität, der Ursachen und deren Auswirkung beschäftigt, verdient Unterstützung, das ist notwendig. Ich glaube aber, dass am Ende des Tages und am Ende dieser Diskussion, nachdem ja heute auch schon die Grünen überzeugt worden sind, dass es eine Drogenkriminalität in dieser Stadt gibt, obwohl sie es Jahre negiert haben, dass wir nicht mehr lange brauchen werden, um auch im Sicherheitsapparat eine Verbesserung zu erreichen. Ich hoffe, dass der heutige Antrag, aber auch der nachfolgende dringliche Antrag von uns, ein weiterer Mosaikschritt auf dem Weg dorthin ist. Ich danke.

GR. **Schneider**: Liebe ZuhörerInnen, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Zunächst einmal danke für diese wichtige Initiative, Herr Klubobmann. Jugendliche haben heutzutage Probleme und dadurch entstehen dann weitere Probleme durch das Verhalten mancher Jugendliche, das muss unbedingt bearbeitet werden. Sehr wichtig und richtig ist auch der Hinweis auf die Vernetzung der Polizei mit Sozialarbeit, mit dem Jugendamt, mit den Streetwerkeinrichtungen, mit dem Suchtkoordinator der Stadt, um hier die Kräfte zu bündeln, die Probleme rechtzeitig zu erkennen und zu handeln, einen entsprechenden Antrag hat es ja heute von meinem Kollegen Heinz Baumann gegeben, der wurde auch angenommen und da wird sich in Bälde einiges Gutes tun. Was die konkreten Maßnahmen angeht, sind wir auch der Meinung, so wie auch andere Fraktionen, wie auch die von der Polizei selber gekommen ist, dass das nicht ganz zielführend beziehungsweise schwer umzusetzen ist, wir wissen um die personell schwierige Lage der Polizei in Graz, wo wir uns hier im Gemeinderat auch alle einige sind, dass sich da etwas ändern sollte. In diesem Sinne vielleicht, Kurt, wenn du das nächste Mal mit dem Innenministerium telefonierst, das auch dazusagen. Vielleicht können

wir auch eine gemeinsame Initiative, das wäre sehr schön, eine gemeinsame Initiative der Nationalratsabgeordneten, die aus Graz kommen, hier einmal erreichen in Wien, die sind ja schließlich da draußen, um auch für den Wahlkreis, aus dem sie kommen, ein bisschen sich einzusetzen und Druck zu machen. Diese personell schwierige Lage der Polizei, gerade in den großen Städten in Österreich, das muss man auch sagen, ist natürlich die Schuld der Bundesregierung und auch ihrer Vorgängerregierungen. Vielleicht, aber da sind wir uns einig, also da müssten wir nur den Druck erhöhen. Selbstverständlich haben wir auch recherchiert, haben mit PolizeibeamtInnen einerseits in unseren grünen Reihen gesprochen, andererseits mit dem Stadtpolizeikommando, diese Ausbildung zu JugendkontaktbeamtInnen wird momentan nicht angeboten, ist auch nicht aktualisiert momentan. Laut Auskunft des Stadtpolizeikommandos gibt es 18 KontaktbeamtInnen, die Zahl schwankt da von Redner zu Redner, jedenfalls ist die Grundidee, in jedem Bezirk einen zu haben, die sind natürlich nicht immer im Dienst und wahrscheinlich zu wenig, um das alles jederzeit abfangen zu können. Was es momentan gibt, sind Spezialausbildungen für verschiedene Konflikte, zum Beispiel Sucht, für Gewaltkonflikte, sexuelle Übergriffe und Eigentumsdelikte, das betrifft natürlich den Jugendbereich und was von der Polizei auch gekommen ist, ist dass die Repression allein viel zu kurz natürlich greift und Prävention sehr wichtig ist. Daran ist gerade auch die Polizei sehr interessiert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und wir sind daher herausgefordert, auch aus dem Antrag, den es heute gegeben hat, der heute hier angenommen worden ist, was zu machen und in Graz vorzuzeigen, wie eine gute Vernetzung hier funktionieren kann. In diesem Sinne werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zustimmen, das Thema ist wichtig und wir werden handeln, wir werden auch natürlich dort, wo wir in Kontakt mit der Polizei sind, im Arbeitskreis Sicherheit, das sicher zum Thema machen, alle gemeinsam, denke ich, nächstes Mal. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, liebe Kollegen! Die Stimme ist etwas schwächer,...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ist auch nicht schlecht.

GR. **Eichberger:** ...aber ich hoffe, dass dadurch vielleicht der Inhalt stärker wird. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist ein ernstes Thema die Jugendkriminalität und aus diesem Grund, glaube ich, soll man das auch mit der entsprechenden Würde hier vertreten, die entsprechenden Standpunkte. Und ich glaube, es ist jedem in diesem Haus bekannt und bewusst, dass speziell auch die Sozialdemokratie seit geraumer Zeit hier Versuche unternommen hat, vor allem die Rahmenbedingungen, insbesondere die Personalstände der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, in diesem Haus zum Thema zu machen. Und es ist aber schon ziemlich der einzige Punkt, wo sich unsere Vorstellung der Sozialdemokratie mit diesem gegenständlichen dringlichen Antrag nämlich deckt, insofern, dass es ein dringliches Muss und eine dringliche Notwendigkeit ist und ich weiß nicht, wie oft hier an diesem Rednerpult in den letzten Monaten und Jahren auf diese Notwendigkeit der personellen Aufstockung der Besetzung der entsprechenden Planstellen hingewiesen wird. Und das gilt es, glaube ich, auch in diesem Haus hier einfach entsprechend vorzutragen, vehement zu fordern und letztendlich, und da appelliere ich wieder einmal und zum wiederholten Mal vor allem an den Herrn Bürgermeister Mag. Nagl, dass er hier die entsprechende Härte und das Durchsetzungsvermögen bei der entsprechenden Ministerin auch einsetzt, um hier wirklich endlich die notwendigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hier nach Graz zu lotsen. Was die Dringlichkeit dieses gegenständlichen Antrages betrifft, möchte ich nur darauf hinweisen, dass es bei der Polizei und bei diversen Polizeiinspektionen hier in Graz bereits derzeit spezialisierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gibt, die übrigens, und das möchte ich in diesem Zusammenhang schon sagen, die Steigerung der Kriminalität ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Polizei schlechte Arbeit macht, und da möchte ich besonders hier auch an diesem Rednerpult einmal die hervorragende Leistung und den hervorragenden Einsatz der Grazer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hervorheben und ihnen für diesen Einsatz auch entsprechend danken. Gleichzeitig ist es so, dass, wie gesagt, bei diesen Polizeiinspektionen bereits Spezialistinnen und Spezialisten haben, die eine hervorragende Arbeit machen, sehr aktiv, sehr erfolgreich im Jugendschutz bereits

tätig sind und wir aus diesem Grund von einer eigenen Gruppe, einer eigenen Abteilung Jugendpolizei hier nicht sehr viel halten. Zum anderen kommt auch eines hinzu, dass, glaube ich, es nicht die Aufgabe der Politik ist, hier für die Polizei strategische organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen insofern, dass wir der Polizei mehr oder weniger vorgeben, welche Abteilungen, welche Einheiten sie bilden soll, sondern ich glaube, Aufgabe der Politik muss es sein, für entsprechendes Personal zu sorgen. Ich bin überzeugt, dass die Polizeidirektion und die Verantwortungsträger bei der Polizei die entsprechenden richtigen Schritte zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Kriminalität hier leisten werden und auch leisten können, unter der Voraussetzung der entsprechenden personellen Ausstattung. Und zu guter Letzt, weil hier auch die Rede ist oder in diesem Antrag es vorkommt der Hinweis, das mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gesprochen wurde, die dieses System einer eigenen Jugendpolizei, vielleicht gibt es das nächste Mal einen Antrag, weil man für die Senioren auch eine Spezialeinheit braucht, vielleicht auch noch eine Seniorenpolizei und, und, und, also hier gibt es ja noch eine Menge von verschiedenen Antragsvarianten, muss man schon eines sagen, das nicht, und ich glaube die wenigsten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine eigene Jugendpolizei befürworten und gut heißen. Und ich darf nur aus einem Mail von Personalvertretern der Grazer Polizei im Zusammenhang mit der Installierung oder mit der angedachten und in Form des dringlichen Antrages vorgeschlagenen Installierung einer Jugendpolizei einen Satz bringen: Wir wollen keine Sonderpolizei, sondern ausreichend Polizei für alle Inspektionen um das Problem der Kriminalität in ihrer Gesamtheit wirkungsvoll bekämpfen zu können (*Applaus SPÖ*). In diesem Sinne sind wir für eine wirksame Bekämpfung der Kriminalität insgesamt, wir sind für eine deutliche Aufstockung des Personalstandes bei der Grazer Polizei, wir sind für eine Anerkennung, Wertschätzung der Arbeit dieser Kolleginnen und Kollegen in der Landeshauptstadt Graz, wir sind aber gegen die dringliche Behandlung dieses Antrages für eine Jugendpolizei, und die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion ist auch gegen den Inhalt dieses gegenständlichen dringlichen Antrages. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Ich bin einmal mehr verwundert. Also das, was mein Kollege, der Gerald Grosz, heute schon gesagt hat, die parteipolitische Zwittergestalt der ÖVP offenbart sich hier heute wieder einmal. Ich gebe ja zu, diese Idee der Jugendpolizei ist ja nicht zur Gänze von mir,...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Jugendpolizei ist eure Jugendpolitik.

GR. **Sippel**: ...ich habe sie lediglich etwas auf Graz heruntergebrochen und dementsprechend adaptiert, schauen Sie doch bitte etwas weiter wie über Graz hinaus, nämlich zu ihren Kollegen nach Klagenfurt, ÖVP-Bürgermeisterkandidat Scheucher, der fordert genau das jetzt im ÖVP-Wahlkampf für die Bürgermeisterwahl in...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel**: Ok, das ist ein anderes Thema. Tatsache ist, dass das, und da muss ich dir, Kurt, auch widersprechen, da hast du dann nicht richtig recherchiert, in Wien hat es nie (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eine Jugendpolizei gegeben, es hat eine Jugendpolizei in Salzburg gegeben und wesentlich an diesem Zugang ist das, dass man sagt, die Tätergruppe, das Alter ist hier das entscheidende Kriterium und nicht die Deliktsbereiche. Jetzt ist alles aufgeteilt in unterschiedliche Deliktsbereiche und genau das stellt die Problematik auch in der Polizeiarbeit dar, denn die Aufsplitterung in die unterschiedlichen Deliktsbereiche und die Kommunikation intern das funktioniert einfach nicht und in Salzburg, wie man damals die Jugendpolizei eingestellt hat auf Grund von Personalmangel und nicht aus inhaltlichen Erwägungen heraus, da hat es einen Riesenaufschrei gegeben, vor

allem von der sozialistischen Jugend und auch von sehr vielen anderen Sozialvereinen, die sich eben mit dieser Jugendpolizei in dieser vernetzten Jugendarbeit, wie sie auch vom Kollegen Schneider dankenswerterweise hervorgehoben wurde, weil das damit eben weggefallen ist. Und da bitte ich dann schon einmal, sich diese Dinge anzusehen. Tatsache ist, und das muss ich hier von heute und aus dieser Debatte auch mitnehmen, dass es anscheinend an Mut fehlt, hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen, weil wir haben einen Antrag vorher erlebt mit einem Monitoringsystem und Steuerungselemente, das ist alles schön und gut. Nur das ist eher eine verwaschene Geschichte. Uns geht es darum, die Sicherheit endlich auch auf die Straße zu bringen und nicht immer wieder zu debattieren und das war, denke ich, mit der Jugendpolizei ein innovativer Vorschlag, der nicht von mir persönlich stammt, ich habe das Rad nicht neu erfunden, es gibt in der Schweiz hier einige Einrichtungen, die bestens funktionieren, es hat in Salzburg funktioniert und ihr Bürgermeisterkandidat in Klagenfurt fordert das ebenso (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Sippel, geschätzte Gemeinderatsmitglieder von FPÖ und BZÖ. Mir ist eines wichtig, und das sollte man vielleicht einmal dezidiert da sagen, weil mir stoßt das bei so vielen Dingen auf. Da möchten ein paar immer die Sheriffs der Stadt sein, Sicherheitsaufgabe ist Bundesaufgabe. Ich weiß, eine große Mehrheit hier im Grazer Gemeinderatssaal, aber auch in der gesamten Stadt Graz, die weder Privatarmeen will, wir haben ganz klar gesagt, dass es Bundesaufgabe bleiben soll. Wir haben in Graz, und das ist mir wichtig, bitte zuhören, es ist nicht Aufgabe der Gemeinde primär, es ist Aufgabe des Bundes. Zweitens, Bezirkshauptmann kann zuständig sein im Fall von Graz, aber nicht, weil wir eine Polizeidirektion haben. Ich verwehre mich dagegen, dass es dauernd hier Experten gibt, die mehr wissen als unsere Sicherheitskräfte, die tagtäglich den Dienst auf der Straße für uns tun. Und es wird manches Mal so dargestellt, dass die Herrschaften gar nichts wissen und wir ihnen dauernd sagen müssen, was wir alles brauchen, und jetzt komme ich zu ein paar Vorschlägen und ich denke, da gehen wir in die komplett falsche Richtung und die Polizei beantwortet diese Vorschläge der Politik auch jedes Mal sehr deutlich. Es hat geheißen einmal Bürgerwehr, klares Nein der Politik damals und ein klares Nein der Polizei, brauchen wir nicht. Nicht aufregen, es war eure Idee,

ist fürchterlich danebengegangen, will auch keiner. Es ist das Schutzzonenthema wieder aufgetaucht, können wir auch gerne diskutieren, die Polizei, unsere Sicherheitskräfte und Experten sagen ganz klar, nein zu den Vorschlägen und wenn man da anderer Meinung ist, dann behauptet man ja fast, dass die keine Ahnung hätten, dagegen verwehre ich mich. Wir sind jetzt beim Jugendpolizeithema, sagt uns die Polizei, nein, wir kommen zum Zugang, zum erleichterten Zugang von Waffen und da bin ich echt schockiert, seitdem ich den Report oder die Nachrichtenaussendung gestern oder vorgestern gesehen habe (*Applaus ÖVP*), wenn der Generalsekretär der FPÖ gemeinsam mit dem Parteiobmann, mit dem Herrn Strache, in den Keller geht, Nationalratsabgeordnete mit Schießübungen dort beglückt, wo man sogar den Laserstrahl und ich weiß nicht was alles sieht, ich kenne mich da zu wenig aus bei den Waffen, dann frage ich mich, was das alles soll, ein erleichterter Zugang zu Waffen wird von der Polizei ebenso strikt abgelehnt und ich bin froh gewesen, dass wenigstens die Reporter vom Report den Mut hatten, einmal zu sagen, was das für ein Alptraum ist, was da der Bevölkerung wieder zugemutet wird. Die Bevölkerung bewaffnen und ich weiß nicht was alles.

Zwischenruf: Zum Schutz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, zum Schutz der Bevölkerung, ich gratuliere ganz, ganz herzlich. Meine klare Devise ist, hören wir den Experten zu, deswegen gibt es auch einen Arbeitskreis und einen Sicherheitskreis mit der Polizei, und in diesen Arbeitskreis und Sicherheitskreis kann jeder kommen und mit der Polizei selbst diskutieren. Da wird all diesen Überlegungen eine klare Abfuhr erteilt und Graz hat keine Ausnahmestände, es sind keine Wildwestdinge hier herbeizuzeichnen, Gerald Grosz, du weißt, auch das Kehren und Besen und was es alles ist. Graz wächst in der Bevölkerung, die Menschen kommen hierher, weil sie die Lebensqualität in der Stadt so schätzen und mir ist eines wichtig, und da bin ich mit dem Kollegen Eichberger immer einer Meinung gewesen: Wir brauchen weniger Verwaltungskram bei der Polizei und wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten. Dafür kämpfen

wir gemeinsam, wie schwer das ist, in Österreich zu mehr Planstellen auch zu kommen, diese zu besetzen, wie lange die Ausbildung dauert, weiß auch jeder. Da sind wir alle einer Meinung, das wünschen wir auch zur Entlastung und ich hoffe, dass die Dienstsysteme in Österreich jetzt dann auch endlich zwischen Gendarmerie und Polizei, das alte Thema, so angepasst werden, dass man da auch alle an einem Strang ziehen. Aber wie gesagt, das Schlimmste war für mich, und ich wollte das heute bringen, dass wirklich auch politisch Verantwortliche, die im Parlament sitzen, Schießübungen veranstalten und Vorschläge machen, dass es einen erleichterten Zugang zu Waffen gibt. Ich will das heute klar und deutlich hier ablehnen und auch noch einmal sagen, und bitte nicht immer so tun, alle anderen sind quasi ausgenommen, wir haben keine Chance, was zur Sicherheit beizutragen. Es ist gut, was heute auch schon beschlossen worden ist, was der Kollege Schneider gesagt hat, dass wir auch alle Sozialkräfte da vernetzen, aber ich kann da einfach nicht länger zuhören, dass ein paar glauben, die Sicherheitsexperten zu sein und eigentlich mit all ihren Vorschlägen bei den wahren Sicherheitsexperten auf Ablehnung stoßen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Unfassendes Maßnahmenpakt gegen die Drogenkriminalität in Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, den Grünen noch ein wenig Gelegenheit zu geben, den Sitzungssaal wie üblich zu verlassen und darf...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Macht ihr ja sonst auch immer, aber ich darf ganz kurz etwas schon dazu sagen und zwar jetzt zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister. Also das habe ich in der Geschäftsordnung nicht gelesen, dass nach dem Schlusswort des Antragstellers noch das Schlusswort des Vorsitzenden zulässig ist, aber das mein bescheidener Beitrag zur Geschäftsordnung.

Bgm. Mag. **Nagl:** Zur Geschäftsordnung, gleich zur Aufklärung, als Vorsitzender darf ich das Wort ergreifen bei jeder Gelegenheit und ich werde es auch tun, wenn es wirklich notwendig ist und das wird auch so bleiben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Ist ja kein Problem, das sieht ja auch die Geschäftsordnung vor, dass der Bürgermeister selbstverständlich jederzeit das Wort ergreifen kann und das Wort ergreifen soll, aber das Schlusswort hat mir, also zumindest bis heute, eigentlich gesagt, dass das Schlusswort der Schluss zu dieser Debatte ist...ok, benennen wir es bei der Geschäftsordnungsreform anders, es ist das halbwarne Zwischenwort, weil am Schluss ist immer noch was anderes möglich, es ist nicht ganz fair. Das will ich damit sagen. Auf der einen Seite den objektiven in der Theorie ganz starken Vorsitzenden zu geben, aber dann de facto, und die Kritik möchte ich schon in dieser Geschäftsordnung, und ich rede jetzt zur Geschäftsordnung, dann durchaus parteipolitisch die Färbung durchglänzen zu lassen, ich finde es halt nicht fair, aber es muss jeder seinen eigenen Standpunkt auch in so einem verantwortungsvollen Amt definieren. Und jetzt von der Geschäftsordnung hin zu unserem dringlichen Antrag betreffend die Situation der Drogenkriminalität in Graz. Im Gegensatz zum Bürgermeister habe ich eine ganz andere Meinung von Politik. Ich bin zumindest, was die Bundesgesetzgebung betrifft, Vertreter der Legislative und im Rahmen der Gewaltenteilung habe ich als Legislative den Auftrag, der Exekutive die Gesetze zu

machen und auch die Aufträge zu geben. Ich habe einen anderen Eindruck von Politik und auch mein Zugang zur Politik ist ein anderer, da ich glaube, dass am 20. Jänner zumindest für eine Periode des Gemeinderates die Grazerinnen und Grazer den Volksvertretern, und so heißen wir ja eigentlich auch, die Verantwortung in die Hände gelegt hat, in entscheidenden Bereichen einzugreifen, Rahmenbedingungen zu schaffen, Visionen und Ideen zu entwickeln, damit es am Ende des Tages den Grazerinnen und Grazern besser geht. Ich brauche daher auch, um die Drogenproblematik zu erkennen, keine Laufburschen, die mir Bestellexpertisen liefern und seien sie auch von der Polizei, sondern ich verlasse mich durchaus auf Eindrücke, die mir die Bürgerinnen und Bürger der Stadt geben und nicht nur mir geben, sondern im speziellen Fall dem Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz. Am 27. Jänner 2009 um 6.57 Uhr wendet sich Frau Heide Lichtenegger an den Bürgermeister der Stadt Graz Siegfried Nagl, also vor knapp 15 Tagen; zum Vergleich, die Berichterstattung über die Problematik am Lendplatz, im Bezirk Lend, hat sich vor einer Woche entwickelt. Das ungefähr auch zum Informationskanal des Bürgermeisteramtes, Dienstag, 27. Jänner, 6.57 Uhr, Frau Lichtenegger an sehr geehrten Herrn Mag. Nagl: Als besorgte Familie und Anrainer der Weißeneggergasse im Bezirk Lend fühlen wir uns auf Grund des regen Drogenhandels und einhergehender Beschaffungskriminalität in unserer Wohnstraße von der Politik und der Exekutive regelrecht im Stich gelassen. Der Drogenhandel, und das sind jetzt nicht meine Worte, bevor da durchaus ein motivierter Aufschrei kommen könnte über motivierte auch möglicherweise politisch motivierte Äußerungen, der Drogenhandel ausschließlich von, und das ist ungeachtet grüner Scheuklappen Fakt, Schwarzafrikanern abgewickelt, nimmt täglich zu. Völlig ungeniert und am helllichten Tag mehrmals zu beobachten, zu fotografieren und zu filmen, wähnt man sich im gesetzfreien Urwald. Wir haben, wie andere besorgte Familien in unserer Gasse auch, zwei Kinder, heute wurde unsere Tochter sechsmal, Ausrufungszeichen, von Schwarzafrikanern auf Drogen angesprochen, der Sperrmüll vom benachbarten Afrocenter regelmäßig vor unserer Tür abgestellt wird, man laut Auskunft der Polizei trotz Fotoaufnahmen nichts machen könne, im benachbarten Volksgarten ein Anpöbeln noch das geringste Ärgernis darstellt, mag zwar Fantasten verwundern, für uns ist das leider traurige Realität. Ein Außerhausgehen für unsere Kinder im Dunkeln ohne Begleitung oder Abholen per Auto ist nicht mehr möglich. Langsam gewinnt man den Eindruck, man wolle die Problematik bewusst auf

gewisse Gegenden fokussieren und eingrenzen, um das Unliebsame von Innenstadt und besseren Wohngegenden fernzuhalten. Warum gibt es keine Polizeipräsenz, warum werden offensichtlich kriminelle Handlungen geduldet, was gedenkt man seitens der Politik zu unternehmen? Sich über einen weiteren Rechtsruck wundern? Sollte sich in absehbarer Zeit nichts ändern, ziehen wir, wie andere Familien in unsere Gegend auch in Erwägung, dieser schönen Stadt den Rücken zu kehren und unsere Abgaben und unsere Kaufkraft einer der Umlandgemeinde zur Verfügung zu stellen. In Erwartung Ihrer geschätzten Stellungnahme verbleiben wir hochachtungsvoll Familie Lichtenegger, ergeht abschriftlich per Mail Lisa Rücker, Bezirksvorsteher Otto Trafella, FPÖ Graz, BZÖ Graz. 27. Jänner, wir haben es alle bekommen, auch ich habe es bekommen, wir haben alle reagiert...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Also ich kann es für mich sagen, Sie sagen es für sich und ob es andere getan haben, kann ich nicht, ich habe mit Trafella nicht gesprochen, beim Bürgermeister weiß ich es auch nicht. Ich weiß nur, eine Woche später steht das in der Zeitung, der Wirbel ist perfekt, die Politik oder zumindest Vertreter von politischen Parteien, die diese Mail bekommen haben, sind schockiert über diese Zustände und der Bürgermeister ordnet an, eine Woche später nach dem medialen Druck, jetzt muss die Polizei dort was tun. Dann wird das diskutiert und ist ein weiterer Mosaikstein dieser ewig langen Diskussion, die ich seit meiner Anwesenheit in diesem Gemeinderat diskutiere und die Sie, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich schon seit Jahren in diesen heiligen Hallen diskutieren. Aber wir kein Stück weitergekommen sind, kein Stück weiter, sondern de facto die Problematik immer schlimmer geworden ist. Die Problematik schlimmer geworden ist, dass selbst dem bemühtesten Negierer in diesem Haus es nicht mehr gelingt, diesen Umstand klein- oder wegzureden. Und nochmals, mir ist Frau Lichtenegger nicht bekannt, nochmals, Frau Lichtenegger ist nicht im Interessentenverteiler oder im Mitgliederverteiler des BZÖ zu finden. Ganz im

Gegenteil, sie beschwert sich offensichtlich zwischen den Zeilen und sie warnt vor einem Rechtsruck, über den sich keiner zu wundern braucht, denn die Zustände, in denen sie und ihre Kinder zu leben haben, sind menschenunwürdig, die sind menschenunwürdig, wenn ihre Kinder sechsmal am Tag, mehrmals am Tag das Angebot bekommen, eine Einstiegsdroge sich in den Körper zu werfen, damit sie langsam dahinsiechen und irgendwann vergiftet sterben. Das ist menschenunwürdig, wenn wir als Politik nicht reagieren und da bin ich der Meinung, nachdem es nicht funktioniert, dass wir unsere Aufgabe als gewählte Volksvertreter wahrnehmen sollten, nicht uns in den Sessel oder in die bequeme Polsterung unserer Sessel zurücklehnen und sagen, ich mach nur das, was die Polizei mir sagt und wenn sie mir gar nichts sagt, bleibt alles so wie es ist, das ist nicht unsere Aufgabe. Und so habe ich auch den Bürgermeister der Stadt Graz vor einigen Jahren auch nicht kennengelernt, der durchaus mutig Ideen beschritten hat. Wir kommen auch noch auf das Thema Substitol, das heuer in einem Teil dieses Antrages enthalten ist, wo Bürgermeister Nagl aber offensichtlich die Grazer Volkspartei einen ganz mutigen, aber richtigen Weg geht, einen richtigen Weg, gestärkt auch durch die Meinung eines Politikers, keines Experten, sondern eines Politikers, des Herrn Landtagsabgeordneten Hamedl, der zufälligerweise Exekutivbeamter ist und die Erfahrungen aus beiden Bereichen ihn dazu geführt haben, zu diesem Schluss zu kommen, dass Substitol kein Drogenopfer weniger macht, sondern ganz im Gegenteil heutzutage eine der weitverbreitetsten Drogen ist und die Pharmaindustrie offensichtlich der größte legale Drogendealer unseres Landes ist. Das was ich heute auch will, und ich bin mir da nicht zu schade und ich bin auch nicht müde, diese Gebetsmühle die nächsten vier Jahre weiter zu führen. Wenn es zu keinen Verbesserungen kommt, ist schlichtweg eines, aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, aus Gesprächen mit Eltern, aus Vorschlägen mit Exekutivbeamten und in dem Fall verlasse ich mich nicht auf Goldfasane, kein Schimpfwort, das ist sprichwörtlich Umgangston für hochrangige Offiziere, die ihre letzten Straßendienste dabei bewältigt haben, indem sie von ihrer privaten Hauseinfahrt in ihr Büro gegangen sind, aber sonst eigentlich nicht mehr viel von der täglichen Realität auf unseren Straßen Bescheid wissen. Auf diese Meinungen verlasse ich mich, einfache Exekutivbeamte, Experten und diese Experten, diese einfachen Meinungen haben 2006 die Österreichische Volkspartei, hört zu, die sozialdemokratische Partei Österreichs, die Freiheitliche Partei Österreichs und das BZÖ dazu veranlasst, in

besonders schwer wiegenden Fällen Schutzzonen zu verordnen. Und wir wissen, dass die Schutzzonen verordnet und bestellt und erwünscht von Bürgermeister Häupl in Wien und der jetzigen Innsbrucker ÖVP-Bürgermeisterin Hilde Zach dort umgesetzt worden sind und teilweise zu Erfolgen geführt haben. Noch einmal, Mehrheitsbeschluss, Sicherheitspolizeigesetz 2006, Schutzzonen, zwei Städte in Österreich, Wels und andere haben es eingeführt, und sie helfen und siehe da, wird haben bis heute Schutzzonen, die uns helfen. Das Privileg einer Schutzzone genießt der österreichische Nationalrat. In dem Moment, wo er zu seinen Tagungen zusammentritt oder in dem Moment, wo am Dienstag der Ministerrat am Ballhausplatz sich trifft, gehört die Umgebung in einem Raum von 500 Metern Umkreis, wir automatisch zur Schutzzone erklärt. Aus einem Sicherheitsbedarf heraus, dass den armen Parlamentariern, wenn es nicht gerade hineinregnet, nicht irgendetwas Gröberes passiert und der armen Regierung, dass sie nicht einmal mit dem nassen Fetzen aus ihren Ämtern hinausgejagt werden, wenn sie nicht fleißig für die Bevölkerung arbeiten. Für jene gelten Schutzzonen, für jene machen wir ständig Schutzzonen, aber Schutzzonen rund um Schulen, und zwar besonders gefährdete Schulen zu installieren um eines zu ermöglichen, der Exekutive ein Wegweiserecht, ein Wegweiserecht rein auf den Verdacht hin, das tun wir nicht. Wir lassen es zu, dass die Realität so aussieht, dass Kinder in Graz, 13/14-jährige Kinder von Drogendealern angeworben werden, um diese Mörder an der Jugend, der Kindheit sich mit dieser Anwerberei neue Kundschaft schaffen wollen. Und wir wissen in dieser Diskussion, dass Graz der neue Markt ist und wir können es auch nicht negieren, wir wissen es. Wir wissen, und da darf ich Ihnen auch etwas vorlesen, weil es ja auch nicht von mir kommt und keine Rechercharbeit bei der Frau Innenministerin war, sondern ein einfacher Brief und ein einfaches Urteil der Republik Österreich zu einem Drogenfall, zu einer Strafsache, die in Graz abgelaufen ist, wo eindeutig auch bestätigt wird, dass der Substitolmarkt immer mehr von Wien nach Graz sich verlagert. Es schreibt mir am 9. Februar 2009 um 10.59 Uhr, das kennt ihr schon, kennst du das auch, habt ihr das schon beantwortet? Das Büro des Bürgermeisteramtes, das nie Antworten liefert, lest euch einmal das durch, was ihr von Menschen dieser Stadt bekommt, dann wisst ihr auch, was tatsächlich die Situation ist. Eine Dame schreibt, dass sie die größten Probleme mit ihrer Schwester hat, die offensichtlich mit einem gewissen Herrn J., und ich anonymisiere dieses Schreiben, seit 2004 zusammen ist, in Lebenspartnerschaft wohnt, mittlerweile beide

drogenabhängig sind, der Herr J. zu einer 24-monatigen Haftstrafe verurteilt worden ist, dieser Haftstrafe, hier ist das Urteil, diese Haftstrafe bis heute nicht angetreten hat, mit den Worten, dass er bei dem Verein Oikos in Klagenfurt eine Therapie angemeldet hat, diese Therapie bis zum heutigen Tag nicht angetreten hat, also wir schreiben heute den 11. Februar 2009, er nach wie vor die Haftstrafe nicht abgeübt hat und diese Schwester mir schreibt: Ich kann und will einfach nicht verstehen, wie ein verurteilter Drogendealer frei herumlaufen darf. Ich weiß, dass Herr J. weiterhin regelmäßig nach Wien fährt, um dort Substitol in großen Mengen zu kaufen, so kann man das Drogenproblem in Graz doch nicht in den Griff bekommen, wenn verurteilte Dealer ihre Strafe nicht absitzen müssen. Nachdem sich das Geschriebene um ein Offizialdelikt handelt, sofern ich es nicht weitergebe, der Herr Dr. Lecker leider nicht mehr da ist, ich hätte es ihm heute gegeben, kriegt er es heute in der Nacht noch per Fax, denn ich glaube, in dem Fall ist die Polizei der richtige Ansprechpartner es zu lösen. Aber es versinnbildlicht eines, es drückt die Sorge einer Schwester aus, dass ihre leibliche Schwester aus einer Abwärtsspirale nicht mehr herauskommt, aber es zeigt uns einen Systemfehler, dass wir in Graz einer von vielen neben Wien, zum neuen Markt von Substitol, der Substitol kriminalität geworden sind. Und das, was Sie auch nicht, erster Bereich Lendplatz, zweiter Bereich Substitol und was sie auch nicht negieren können ist, dass wir in Graz sehr wohl Fälle haben, und das sind auch keine Erfindungen von mir, sondern Eindrücke von Müttern, von Vätern, liebe Sissi Potzinger, die Angst um ihre Kinder haben, wenn sie in einer Parkanlage spielen und sich mit einer Drogenspritze verletzen. Und wir haben diese Untersuchungen und wir hatten diese Untersuchungen in regelmäßigen Abständen am LKH Graz. Und noch einmal, es ist keine Visitenkarte für die Kulturhauptstadt Europas, auch wenn man es gerne sehen möchte, langsam gewinne ich ja den Eindruck, es möchten gerne Leute so sehen, es gibt gesellschaftliche Modelle, die man gerne sieht, wie man sich Gemeinschaften, wie man sich Kommunen vorstellt. Langsam glaube ich ja nicht mehr, dass das töricht ist und dass das nur negiert wird, weil man es nicht sehen will, sondern langsam bekomme ich den Verdacht, dass es sich hier um glatten Vorsatz handelt. Langsam bekomme ich den Verdacht, dass es in diesem Land, in dieser Stadt tatsächlich Strömungen gibt, die ein sicheres, die ein sauberes, die ein schönes, die ein lebensfreundliches, ein touristisch einzigartiges Graz nicht haben wollen. Anders ist es mir nicht zu erklären, der Bürgermeister reagiert heute bei einer Diskussion über den Waffengebrauch des Herrn Strache, und da teile ich seine

Meinung voll und ganz, auch ich habe den Eindruck, dass der auf dem Weg in sein Büro täglich gegen eine Tür rennt, aber das hat auch nichts mit Politik zu tun, ganz im Gegenteil, ich bin froh, wenn man die Waffen aus der Gesellschaft überall herausbekommen und nicht hineinbekommen. Es ist verrückt, wenn wir uns die amerikanischen Nachrichten uns anschauen, wie irgendwelche Wahnsinnigen reihenweise Schulen in die Luft sprengen und Kinder umbringen auf Grund dieser großzügigen Waffenbestimmungen, die in Amerika sind. Aber in der Diskussion hat ja auch der Bürgermeister richtig gesagt, das mit dem Besen und dass wir säubern, das gefällt ihm nicht, Sauberkeit, Ordnung, das gefällt ihm nicht, das ist offensichtlich ein anderes Bild, das man erzeugen will. Er selbst plakatiert, wir machen Graz sauberer und bis vor einer Stunde ist unten ein wunderschöner Müllwagen im zarten Orange gehalten, wir säubern unser Graz, von der offenbar städtischen Müllabfuhr im knallenden Orange, ich werde die Honorarnote der Graz AG verrechnen bei Gelegenheit. Was ich damit sagen will, das ist eine Möglichkeit, dass es offensichtlich gar nicht der Wunsch ist, Graz sauberer und sicherer zu gestalten, meiner ist es hingegen. Der Wunsch einer Mehrheit der Bevölkerung ist es, dass ihre Kinder nicht Opfer von Drogenkriminellen werden. Wir diskutieren auch heute nicht die mehreren Varianten, wie bekommt man einen Drogenabhängigen wieder von der Droge los, da gebe ich Recht, da verlasse ich mich tatsächlich auf den Kollegen Drogenkoordinator der Stadt Graz und da gibt es auch Berufenere. Da haben wir oft schon diskutiert, ob meine bescheidene Ansicht der Zwangstherapie gescheiter ist oder ob andere Therapieformen die idealeren sind. Da gibt es empirische Daten, da gibt es Studien darüber, darüber kann man diskutieren. Mediziner sind wir, zumindest bis auf wenige Ausnahmen, glaube ich, hier in diesem Gemeinderat nur wenige oder keine. Aber um was es mir geht ist, dass ich verhindere, dass Jugendliche, 12-,13-, 14-Jährige neue Konsumenten von Drogenkriminellen werden und das müssen wir mit dem heutigen Tag tun, das müssen wir sofort tun, das ist auch das Wichtige. Weil wir es nicht zulassen können, dass wir weitere Schicksale in diese Abwärtsspirale aus Drogen, Alkohol und Medikamenten hineinlassen und daher bin ich der Meinung, dass wir hier Maßnahmen zu ergreifen haben. Maßnahmen auch, wo wir endlich darüber diskutieren, dass wir die Grazer Exekutive, und zumindest das haben heute die Experten der Exekutive in allen Medien klar aufgenommen, Klubobmann Piffli-Percevic an die ÖVP-Fraktion, also wenn man sich schon so auf die Expertenmeinung von Goldfasanen der österreichischen Polizeiverwaltung verlässt,

dann hat das eine Empfehlung heute gegeben nicht des gleichen Herrn Westermayer, denn der ist ja gegen alles, was aus dem BZÖ kommt, der macht ja eine tadellose Expertise für die Politik, dass man eigentlich eh nichts zu tun hat, nein, vom Herrn Dr. Lecker, der sagt, ja über eine Soko Drogen und über eine Aufstockung der Grazer Polizei würden wir uns freuen, bei uns brennt es an allen Ecken und Enden, das nur das Thema,...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.

GR. **Grosz:** Ist nicht neu, Frau Vizebürgermeisterin, Sie werden mir schon gestatten, ich habe nicht im November 2007 unter Blitzlichtgewitter eine Sicherheitspartnerschaft unterschrieben und habe jedem, der dort anwesend war und über den Äther über Werbefilme und Radiospots versprochen, dass ich diese Sicherheitspartnerschaft in drei Monate umsetze und in Graz Milch und Honig fließt. Sie waren es auch nicht, Frau Vizebürgermeisterin, Sie waren damals Spitzenkandidatin der Grünen, aber Kollege Rajakovics wird ja wohl das noch wissen, was aus der Giftküche Pawel versucht hat, an den Mann zu bringen, aber die Umsetzung bis heute leider Gottes...

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich möchte nur ein Anliegen transportieren, weil die Aufmerksamkeit, die jetzt sehr abnimmt, hat vielleicht damit zu tun, dass irgendwann da niemand mehr folgen kann, worauf Sie hinaus wollen, es wäre gut, wenn Sie ihren Motivenbericht langsam zum Antrag hin verjüngen würden, weil dann könnten wir wieder folgen, es ist momentan wirklich etwas schwer zu folgen Ihren Ausführungen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Frau Vizebürgermeisterin, selbstverständliche leiste ich dem Wunsch nach Aufklärung Folge, wie gesagt, ich war auch schon beim vierten Punkt. Erster Punkt: Einrichtung Schutzzonen, zweiter Punkt: Verbot von Substitol, ich habe es jedes Mal mit Beispielen unterlegt und jetzt der dritte beziehungsweise vierte Punkt: Soko Drogen durch die Grazer Polizei, Aufstockung der Grazer Polizei. Ich wollte es nur jedes Mal einzeln durchargumentieren. Ich glaube, die Argumente sind schlüssig, ich glaube, die Argumente sind auch durchaus im einen oder anderen Fall, und da appelliere ich auch an die ÖVP, durchaus so geeignet, auch in Form von getrennten Abstimmungen hier auch eure Wünsche den Ausdruck zu verleihen. Mein Wunsch ist, dass Graz drogenfrei ist, mein Wunsch ist, dass wir die Kriminalität bekämpfen, mein Wunsch ist, dass wir die Auswirkung bekämpfen und selbstverständlich an die Ursache rangehen und daher bringe ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenates werden ersucht, einen entsprechenden Vorschlag zur Errichtung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität auszuarbeiten und diesen Vorschlag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat tritt die Stadt Graz an die Sicherheitsbehörden mit dem Ersuchen heran, entsprechend dem Vorschlag der Stadt Graz geeignete Schutzzonen auf Grazer Stadtgebiet zu verordnen. Von dieser Schutzzonenverordnung sollen in erster Linie die öffentlichen Plätze der Stadt Graz, Grazer Schulen, Kindergärten, Kindertagesheime und Parkanlagen umfasst sein.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Wege einer Petition die Bundesregierung auf, ein Verbot der Ersatzdroge so rasch als möglich zu veranlassen.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Du sitzt doch im Nationalrat.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das hast ja du mitbeschlossen.

GR. **Grosz**: Eben, und das Bundesministeriengesetz ist schon Kraft? Wirklich, also in dem Moment, wo ich es beschlossen habe, ist das Bundesministeriengesetz in Kraft getreten. Ich danke für den Hinweis, meines Wissens, liebe Kollegin, ich bin zwar mitten im Antragstext, liebe Kollegin Sissi Potzinger, Bundesministeriengesetz wurde beschlossen, meines Wissens noch nicht in Kraft. Inkrafttreten 1. März...

Zwischenruf GRin. Potzinger unverständlich.

GR. **Grosz**: Er ist der ressortführende Minister des derzeit noch bestehenden Bundesministeriums, deswegen ist auch die Frau Heinisch-Hosek Bundesministerin ohne Portefeuille, weil es das Frauenministerium noch immer beim BKA gibt.

3. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesministerin für Inneres für die Einrichtung einer SOKO-Drogen im Stadtpolizeikommando Graz mit zumindest 30 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten einzutreten.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

GR. Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat, Frau Vizebürgermeister, bevor wir uns jetzt über das Bundesministeriengesetz in die Haare geraten, was bei mir eh schwer

der Fall sein wird, möchte ich wieder zum Thema zurückkommen und darf vielleicht den Kollegen Grosz bitten um seine Aufmerksamkeit, weil in deiner Rede, die du immer ein bisschen in der Schrottschussmethode haltest, waren zwei sinnstörende Fehler drinnen. Des eine, der Fehler war natürlich, da möchte ich dich darauf aufmerksam machen, weil für einen Grazer Gemeinderat ist es natürlich ein bisschen peinlich dann, wenn du glaubst, dass die Müllabfuhr mit der Graz AG etwas zu tun hat...

Zwischenruf GR. Grosz: Wenn dich das stört, nehme ich dich nicht mehr ernst.

Mag. **Korschelt**: Tue nicht wieder so theatralisch, wir sind nicht bei den Vereinten Bühnen oder was. Die zweite Sache, und das möchte ich dich bitten, das ist auch etwas was, glaube ich, ein bisschen viel, da wirst du wahrscheinlich auch nicht bewandert sein, aber was vielen, Piffil-Percevic wahrscheinlich als ehemaliger Hauptmann, was vielen ein bisschen aufstoßt, die mit Militär was zu tun haben, ist immer dein Ausdruck Goldfasane, schaue einmal nach in der Literatur, wer als Goldfasan bezeichnet wurde und in welchem Zeitraum man Goldfasane bezeichnet hat. Also ich würde dich bitten, die Grazer Polizei und Polizeioffiziere, wenn sie auch viel Gold oben haben, nicht als Goldfasane zu bezeichnen. Weil das ist nicht gerade sehr gut dann (*Applaus FPÖ*). Dann zum Herrn Bürgermeister, er ist leider nicht anwesend, aber weil er das früher auch gesagt hat zu unserem Antrag, ich möchte mich schon dagegen verwehren immer wieder, wenn von unserer Seite her was kommt, dann heißt es immer wieder, ihr seid ja keine Experten usw., ja wer ist schon Experte, sondern das Leben ist halt einmal so und das spielt in der Demokratie, dass die Politik steht über den Experten und die Politik hat noch in der Demokratie, und auf das ist ja die Demokratie immer stolz, das Sagen (*Applaus FPÖ*). Aber nun zum Antrag vom Kollegen Grosz. Wir werden natürlich dem Antrag die Dringlichkeit geben oder werden der Dringlichkeit zustimmen und werden auch dem Inhalt zustimmen, weil, und da nehme ich ja an, dass es im BZÖ eine Kopiermaschine steht, die die

FPÖ-Anträge kopiert, weil da hat einmal am 21. Mai 2007 einen Antrag gegeben, zufälligerweise ist er von einem Gemeinderat Mag. Harald Korschelt gestellt worden und da heißt es dann, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den dringlichen Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass von der Stadt Graz an die Bundespolizeidirektion Graz mit dem Ersuchen herangetreten werde, dass auf dem Grazer Hauptplatz eine Schutzzone nach dem Sicherheitspolizeigesetz verordnet wird. Also nur soweit, wenn du sagst, wir haben andere Probleme, weil ich mir erlaubt habe, das zu sagen, wir sind uns dieses Problems sehr wohl bewusst und ich glaube, das kann mir niemand vorwerfen, dass ich diese Sache irgendwo verniedlicht habe. Ich kann dir auch gleich sagen, wie es heute ausgehen wird, weil die Rache des Journalisten ist das Archiv, die Rache vielleicht des kleinen Gemeinderates ist die Stenotypistin die vorne sitzt und mitschreibt, weil da gibt es schöne Protokolle natürlich, vor allem Klubobmann Piffli-Percevic wird wahrscheinlich seine Worte kennen, wo er auf meinen Antrag hin mir geantwortet hat, auch der Kollege Eichberger wird kommen, der hat damals auch gleich gesagt, Gemeinderat Eichberger zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf namens unserer Fraktion mich relativ kurz bringen. Also aufpassen, wenn er heute auch wieder sagt, er hat aber sehr lange geredet dann, aber nun zum Kollegen Piffli-Percevic, abschließend geht es um diese Sicherheitszonen, wir glauben, dass diese Prüfung abzuwarten ist und wir haben zusätzlich zum Alkoholmissbrauch auch eben noch das Wegweiserecht, das nach diesem Landespolizeigesetz vorgesehen ist, als gelindes Mittel, als verhältnismäßiges Mittel und ich hoffe nicht, dass wir eines Tages hier stehen und sagen, jetzt ist es soweit für eine Schutzzone, es ist Gott sei Dank nach unseren Einschätzungen noch nicht soweit. Wir schauen, ob ein rechtsstaatliches Mittel möglich ist und daher begrüßen wir einerseits die Sorge, dass alles ordnungsgemäß vorgeht, aber dieser Einsatz, dieses Mittel ist derzeit noch nicht gerechtfertigt, in diesem Sinne lehnen wir diesen Antrag ab. Danke, Applaus der ÖVP. Also, lieber Gerald Grosz, es wird dir heute wahrscheinlich dasselbe Schicksal ereilen, wie mich das damals ereilt hat. Nur möchte ich sagen, inzwischen sind ja schon fast zwei Jahre die Mur hinuntergeflossen und wenn man dem Herrn Bürgermeister immer zuhört, dann glaube ich schon, dass es am Hauptplatz schon Zeit wäre, einmal so etwas zu verordnen, weil ich glaube, ist schon soweit und wie gesagt, man braucht sich nur immer überzeugen, wir haben uns damals auch

überzeugen können im Sicherheitsausschuss, wo schon die Polizei mehr oder minder gesagt hat, es gibt schon 600 Drogensüchtige hier am Grazer Hauptplatz und da glaube ich, lieber Kollege Piffel-Percevic, also die Zeit wäre reif und ich glaube auch, die Zeit wäre reif für den Antrag vom Kollegen Grosz, wobei natürlich auch, und jetzt möchte ich dann eigentlich gleich schließen, das Problem ist halt, dass du halt, ich will das Waffenproblem gar nicht ansprechen, dass du mit dem Schrottgewehr halt immer schießt, lieber Gerald und versuchst halt, ein paar triffst und ein paar triffst nicht und so ist es auch mit diesem Antrag dann. Die Grundtendenz ist sicher richtig, nur, du...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ich stimme dir eh zu, ich habe kein Problem damit.

Zwischenruf GR. Grosz: Bitte dich, nicht zuzustimmen.

Mag. **Korschelt**: Dann hast überhaupt nur mehr zwei Stimmen dann, das wäre dann überhaupt eine Katastrophe.

Zwischenruf GR. Grosz: Da habe ich lieber das Alleinstellungsprinzip, bevor ich mit Banditen zusammen bin.

Mag. **Korschelt**: Reiß dich ein bisschen zusammen. Auch wenn du das Alleinstellungsmerkmal gerne haben willst, nur wir werden es dir nicht geben, das wird dir nicht möglich sein, weil es ist auch so, dass eben...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ich jammere ja gar nicht, wer jammert denn? Aber nur es ist auch so, dass diese Möglichkeit, und wenn du mit Schulen redest, wird dir fast jeder Schuldirektor sagen, er wird natürlich keine besondere Freude haben, wenn vor seiner Schule eine Schutzzone verordnet wird, man muss den Umkehrschluss gehen, du gehst jetzt auch ein bisschen, aber das ist halt so wie immer deine Anträge, es ist halt nicht ganz ausgereift, weil es gibt keine Möglichkeit, es kann nur von der Polizei das sozusagen verordnet werden, es muss eine Möglichkeit gefunden werden, dass die Stadt als neutrale Stelle eine Schutzzone verordnen kann, eine oder mehrere Schutzzone. Was dir vorschwebt, und das wird leider nicht gehen, dass du ganz Graz zu einer Schutzzone machen wirst, das ist unmöglich dann. Also das ist gesetzlich wieder unmöglich, deswegen ist also legislativ dieser Antrag, den du stellst, sehr schwer wahrscheinlich durchzubringen. Wobei ich dir konzidiere, dass die Grundtendenz sicher richtig ist und deswegen werden wir auch sowohl der Dringlichkeit, weil wie gesagt, wir sehen das Problem ist sehr dringlich, wie gesagt, wir sehen heute, dass das auch einer der Hauptpunkte der Diskussion im Gemeinderat war, das Problem ist sehr dringlich und wir werden auch dem Inhalt zustimmen, wobei wie gesagt, wir da ein bisschen Bauchweh haben, aber wie meistens bei deinen Anträgen hat man immer ein bisschen Bauchweh, weil das sind eben die großen Schrottschussanträge, aber wir werden trotzdem dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zwei Mitglieder dieses Hauses werden sicherlich auf Grund meiner Wortmeldung eine Freude haben. Der Erste ist sicherlich der Kollege Korschelt, weil heute kann ich ihm versprechen, dass ich wirklich extrem kurz bin und der Zweite, der mir danken wird, wird der Kollege Grosz sein, der nämlich vorher schon die große Sorge gehabt hat, nachdem er ja Multimandatar, Multieinkommensbezieher ist, dass er relativ spät nach Wien kommt und heute bei den Wortmeldungen von gewissen Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause immer darauf hingewiesen hat, wenn sich das so weiter hinzieht und so schleppt, dann bin ich erst morgen um acht Uhr in Wien. Ich kann dich beruhigen, ich halte dich mit meiner Wortmeldung heute sicherlich nicht auf, ich gebe dir die Möglichkeit, so rasch wie möglich nach Wien zu fahren, weil unsere Fraktion nicht bereit ist, lieber Gerald, auf diesem Niveau mit diesen fehlerhaften, ich gebe dir nur zu bedenken, erkundige dich, wann das Sicherheitspolizeigesetz in Kraft getreten ist, es ist alles falsch, es sind die Zugänge, die Ansätze falsch. Es gibt momentan keine einzige Schule im Stadtgebiet, die eine Schutzzone will, die Polizei und der Hofrat Lecker war ja früher oben...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

GR. **Eichberger**: Nein, ich gebe dir dann, du hast das falsche Bundesgesetzblatt, es ist ja wurscht, Gerald, es ist ja sowieso nicht notwendig, diesbezüglich zu diskutieren. Ich gebe dir nur eines mit, wenn es dir ein Anliegen ist und nicht nur einer medialen Berichterstattung bedarf, und diesen medialen Auftritt hast du eh mit deinem angekündigten dringlichen Antrag schon gehabt, ich glaube, deine Lust ist ja selber auch gestillt, was das Thema selber betrifft. Dir geht es darum, in den Medien zu erscheinen mit irgendwelchen Themen, das ist dir gelungen und in diesem Sinne kann ich dir nur sagen, es ist schade um die Zeit, so oberflächlich und so zynisch hier bei diesem Problem zu diskutieren. Es ist zwar interessant, wenn du hier Lesevorträge von Briefen hier vornimmst auf diesem Rednerpult, nur wenn es dir um die Sache geht, dann gäbe es sicherlich andere Möglichkeiten und auf anderem

Niveau, dieses wirklich ernst zu nehmende Thema zu diskutieren. Und in diesem Sinne ist die Sozialdemokratie nicht bereit, auch nur noch länger als meine Wortmeldung hier dazu eine Stellungnahme abzugeben. Dringlichkeit nein, Inhalt nein (*Applaus SPÖ*).

GR. Rajakovics: Im Großen und Ganzen ist dem Vorredner nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte aber trotzdem, na wenn einer 20 Minuten den Dringlichen vorträgt, kann man das nicht alles so einfach nur stehenlassen, auch wenn wir wissen, dass der hohe Priester des Anschürens und der Demagogie die Sachen eh grundsätzlich nicht allzu ernst meint. Uns ist im Gegensatz zu dir, lieber Gerald Grosz, es wirklich ein ernsthaftes Anliegen das Thema Drogen, nicht nur wenn es gerade passt und die Zeitung drauf aufspringt, sondern auch die ganze Zeit, wenn Bürger sich an uns wenden, wie auch die Dame. Ich kann dir dann nachher, damit wir das nicht genau aufrollen da hier, wie das dann weitergegangen ist mit der der Frau Lichtenegger und wo die Polizei observiert hat etc. Weil wir es eben ernst nehmen die Bürgeranliegen und wirklich was tun und nicht nur groß in der Zeitung gogutzen, sondern auch schauen, dass dann entsprechend was umgesetzt wird. Was wir nicht wollen ist, dass man mit Placebo-Maßnahmen in die Öffentlichkeit drängt wie du, die nur scheinbar Lösungen darstellen. Die Schutzzonen, das hat die Polizei, Gerald, mehrfach argumentiert, erscheinen grundsätzlich aus verschiedenen Gründen problematisch. Vorweg, Schutzzonen suggerieren ein wenig, dass es eine Zone gibt, wo eine Handlung nicht gestattet ist, wo hingegen es in anderen Bereichen doch gestattet würde. Eines sage ich dir, für mich ist, was Drogen betrifft Graz eine Schutzzone und wenn du glaubst, dass in Graz es einen Bereich gibt von 150 Meter, wo man es nicht darf und woanders ist es erlaubt, das sicher nicht. Für uns ist ganz Graz eine Schutzzone und die Polizei hat, und natürlich macht sie das auch selbstverständlich, obwohl sie nur Laufburschen sind in deinen Augen. Die Polizei hat natürlich die Pflicht, überall dort, wo Drogen im Spiel sind, einzugreifen, zu beobachten und zu verhaften (*Applaus ÖVP*), soweit es ihr möglich ist, tut sie das auch und es ist dieses Miesmachen von allen Einrichtungen und Institutionen. Im Übrigen ist es ja auch schwierig, du redest da hier als Nationalrat bist in dem Fall tatsächlich zuständig. In unserem Wirkungsbereich gibt es andere Maßnahmen und

wir haben uns sehr gut überlegt, ob wir einem Antrag zu einem neuen Arbeitskreis da hier heute zustimmen wollen, weil es immer so ist, dass natürlich ein Arbeitskreis auch entsprechende Notwendigkeiten hat, Faktum ist, dass es wichtig ist, dass Sozialarbeiter, Polizei, dass Wirtschaftsbetriebe etc. genau in diesem Bereich zusammenarbeiten, weil es oft um Beleuchtung geht und Ähnliches, vor dem dann Leute Angst haben, wovor ihnen in Wirklichkeit oft gar nichts passieren kann, wo man ihre Situation deutlich verbessern kann (*Applaus ÖVP*). Das ist dir wurscht, das übergehst du, wir haben dort, wo wir die Möglichkeit haben, eingegriffen; was wir nicht machen, ist einfach einem Antrag, der noch dazu in einer Art und Weise vorgetragen worden ist, dass es tatsächlich verunmöglicht, auch nur irgendeinem Teil zuzustimmen, dass man diesem Antrag heute nähertreten, wobei ich und das sage ich jetzt dazu, wobei wir grundsätzlich in der Frage des Substitols und des Missbrauchs ja nicht auseinander liegen, aber der Rest des Antrages ist, und das hat der Klaus Eichberger jetzt gerade eben sehr deutlich gemacht, ist derartig oberflächlich, dass wir weder dem Inhalt noch der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Das Schlusswort gibt mir die Möglichkeit, zwei Dinge offensichtlich zu korrigieren. Erstens, das ist das Bundesgesetzblatt 56 aus dem Jahr 2006 und der Bereich, sofern sich einer mit diesem Antrag auseinander gesetzt hat, der kursiv gestellt wurde, ist eine Kopie aus dem Internet direkt aus diesem Bundesgesetzblatt, dort wo der Fehler vielleicht liegt, ist, dass im Text vorne steht, „welches vom Nationalrat am 6. 12. 2007 beschlossen worden ist“, da hat es einen Ziffernrutsch gegeben. Aber wenn man sich mit dem befasst hätte, wenn man sich das Bundesgesetzblatt durchgelesen hätte, wäre man draufgekommen, 56/2006 und wenn man es sich durchgelesen hätte, würde man beim ersten Absatz § 36 wie folgt finden: Die Sicherheitsbehörde kann einen bestimmten Ort, an dem überwiegend minderjährige Menschen im besonderen Ausmaß von auch nicht unmittelbar gegen sie gerichteten strafbaren Handlungen nach dem Strafgesetzbuch, dem Verbotsgesetz oder gerichtlich strafbarer Handlungen nach dem Suchtmittelgesetz bedroht sind, mit Verordnung zu Schutzzonen erklären. Das heißt, diese Schutzzone, die im Gesetz beschlossen worden ist, im Übrigen auch mit dieser zwitterhaften

Stimme einmal mehr, die das Substitol verbannen will, aber heute wieder eine Stimme für das Substitol abgeben wird, wieder eine klare Stimme für das Substitol, hat man offenbar...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Blödsinn.

GR. **Grosz:** Es ist so, natürlich, also ich meine, zumindest ich habe noch gelernt, Zustimmung bedeutet, wenn man aufzeigt, ja sagt, Ablehnung heißt nein. Ich weiß nicht, wir haben ja die deutsche Sprache nicht abgeschafft, das muss doch irgendwie klar sein und dass man sich da herauswindet mit ich weiß nicht, ich kann der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber eigentlich meine ich eh, dass das so super ist und bin dabei, das ist, wenn ich keinen Ordnungsruf dafür bekommen würde, hätte ich gesagt, das wäre verlogen, aber es ist so.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Entschuldigung, die Wahrheit und Gedankenfreiheit ist noch immer nicht von einem Ordnungsruf eingeschränkt, das muss man auch bei der Gelegenheit sagen. Wenn ich für etwas bin, dann bin ich dafür und wenn ich gegen was bin, dann sage ich es auch. Also dieses ja ich bin aber leider nur halbert schwanger, das gibt es bestenfalls im volkstümlichen Gebrauch beim Schnapsen in Stainz, wo halt einer sagt, heute bin ich halbschwanger. Aber sonst gibt es das eigentlich nicht. In der Klarheit und in der Deutlichkeit und daher lasse ich mir auch nicht in dieser Diskussion unterstellen, dass der Antrag irgendwie fehlerhaft ist; gut, man kann mit dem Vortrag nicht einverstanden sein, man kann halt sagen, ja hat er halt wieder über das Ziel geschossen mit der Schrotflinte und da hat er vielleicht den einen oder

anderen hier noch bedacht, einen einzigen Polizeioffizier und jeder weiß, wer gemeint war, nicht der Herr Hofrat Lecker, den er da als Goldfasan...das mag alles sein, aber der Inhalt, drei Punkte zu formulieren und zu sagen, ja Verbot zum Substitol und man ist trotzdem nicht in der Lage, dem zuzustimmen und sagt nein, wir sind eigentlich für Substitol, wir schicken unseren armen Bürgermeister Nagl hinaus, der darf im Wochentakt mit dem Herrn Drexler gute Vorschläge im Sommer noch machen, Substitol abschaffen, aber wenn es dann darum geht, dass wir es tun sollen, dann tun wir es nicht, das ist unehrlich.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Dann schafft es doch ab im Nationalrat.

GR. **Grosz:** Heute haben wir doch, glaube ich, einen dringlichen Antrag, auch mit mehreren dringlichen Anträge dieses Gemeinderates beschlossen, auch einstimmig, mit Stimmen der Österreichischen Volkspartei, wenn ich richtig erinnere, wo wir Petitionen an die Bundes- und Landesregierung gerichtet haben, weil es ein Problem in Graz ist, aber wir es anderen übertragen mussten, dass sie es für uns regeln. Na was ist denn da so schandhaft dabei, dass wir hergehen und sagen, wir haben ein Problem, der Bundesgesetzgeber soll uns helfen. Was ist denn so schandhaft dabei, dass wir hergehen und sagen, wir haben ein Problem, wir wollen Schutzzonen. Wenn es das Gesetz so vorgesehen hat und nicht das Gesetz, wie du es falsch zitierst hast, sagt, na also, die Schutzzone ist ja nur für Dinge da, die normalerweise nicht eine strafbare Handlung darstellen. Na klar ist es für das da. Ich würde schauen, wenn es beim Kollegen Sippel rund ums Haus draufkommen, dass er zuviel T-Shirts vom Aufruhrversand oder was auch immer dort bestellt hat, dann wäre der Erste, der Schutzzonen gegen das Verbotsgesetz um sein Haus verlangt, du selber, beim Verbotsgesetz machen wir es, aber wenn es um die Drogenkriminalität geht, da lassen wir es, kein Problem, und das ist nicht in Ordnung, aber ich nehme es zur Kenntnis, dieses Thema wird uns leider begleiten, nicht politisch, mir tut es weh, dass es uns leider begleitet, weil mir wäre es lieber, wenn wir es vom Tisch haben und

wenn wir der Exekutive klare Anweisungen geben für das, für was wir gewählt worden sind, nämlich als Volksvertreter. Ich danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht vom Herrn Gemeinderat Grosz. Eine Anmerkung erlaube ich mir als Vorsitzende. Müllkinderskandal und das Thema Müllkinder in einem Titel so anzuführen würde mich, wenn ich eines der betroffenen Kinder wäre, dazu veranlassen, eine Klage mir zu überlegen, weil das ist eine Festschreibung (*Applaus Grüne*), die eine entwürdigende Form der Überschrift ist.

11) Verbesserungen im Sozial-, Wohnungs- und Jugendbereich als Folge aus dem Grazer „Müllkinderskandal“

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es ist ja kein Begriff von mir und ich bin genauso erschrocken über den Begriff wie Sie und ich bin tatsächlich erschrocken, dass es in einer Stadt, wo Sie Hauptverantwortung übernehmen, überhaupt möglich ist, dass eine Zeitung schreiben kann oder mehrere Zeitungen es schreiben können, es gibt einen Müllkinderskandal. Und wenn ich in dieser Stadt Bürgermeisterin, Bürgermeister, Vizebürgermeisterin oder

Vizebürgermeister wäre, in dem Fall erübrigt sich das Gendern, wenn es auf mich bezogen ist, dann weiß ich nicht, was ich machen würde. Ich glaube, ich würde zurücktreten. Dann würde ich die Konsequenzen ziehen und sagen, ja die öffentliche Hand hat versagt, wenn eine Zeitungsüberschrift tatsächlich besagt, mehrere Zeitungen, eine Berichterstattung des öffentlich rechtlichen Rundfunks, der Zeit im Bild und wir quasi fast in niederösterreichische Umstände hineinkommen oder in Salzburger oder in oberösterreichische Umstände, wo es einen ähnlichen Fall gegeben hat, dass wir in Graz so einen grausamen Fall von Verwahrlosung einer Familie direkt unter den Augen der öffentlichen Hand, der Gemeinschaft und der Gesellschaft haben, jawohl, dann würde ich wahrscheinlich zurücktreten. Dann würde ich sagen, also da rege ich mich ja gar nicht mehr auf, ob das Müllkinderskandal heißt oder nicht, sondern da müsste ich sagen, als Regierender habe ich etwas falsch gemacht. Ich wollte diese Diskussion nicht so führen und der Antrag ist auch in der Präambel nicht so geführt und wie Sie gesehen haben, waren meine Wortmeldungen zu diesem Bereich immer jene, die Schuldfrage und die gegenseitige Schuldzuweisung, ob es der politische Referent, die Referentin, der Beamte, die Beamtin war oder nicht, wird diesen Fall nicht mehr besser machen. Aber wir müssen uns überlegen, wie wir in Hinkunft schauen, solche Fälle zu verbessern. Und da gibt es mehrere Varianten, die, glaube ich, notwendig sind, dass wir uns nicht hier in gegenseitiger Beschimpfung ergehen und sagen, also jetzt waren die schuld und jetzt gehören die hinausgeschmissen, also die Diskussion will ich in diesem Bereich nicht führen. Sondern ganz im Gegenteil, ich glaube, wir sollten hier in dem Bereich die Diskussion führen, wie können wir in Hinkunft so etwas vermeiden, wir haben mehrere solcher Fälle in Graz, mehrere Fälle, wo Großfamilien auf engstem Raum leben müssen, neun Kinder auf 47 Quadratmeter oder 54 Quadratmeter, in dem Fall...

Zwischenruf StRin. Kahr: Aber nicht in einer Gemeindewohnung.

GR. **Grosz**: Sie sind nicht zuständig Frau Stadträtin, aber in dem Fall, wo ich heute, den ich mit Ihnen besprochen habe, Familie P., das sind neun Familienmitglieder auf 54 Quadratmetern, sofern mir das erinnerlich ist,... nein, der Umstand, der Zustand, dass neun Menschen in einer zivilisierten Stadt wie der Stadt Graz auf 54 Quadratmetern leben müssen. Ich sage nicht, dass sie verwaist sind, aber ich sage, dass das nicht menschenwürdig ist und dass de facto auch der Einstieg zu einer möglichen Verwaistung ist. Denn so hat sich ja auch dieser Fall dargestellt, wo ich ja selbst nicht dort war, aber Gemeinderätin Ennemoser hat mir das auch heute schon vorgeworfen, dass ich die Kronen Zeitung hier zitiert habe, das ist nach wie vor die größte österreichische Zeitung, aber offensichtlich, ach Entschuldigung, Verzeihung, zurückgenommen, Kollegin Stadträtin Edlinger war es, die mir da vorgeworfen hat, dass ich hier die Kronen Zeitung zitiert habe, ich habe gar nicht gewusst, dass sie ein gestörtes Verhältnis zu dieser Zeitung hat, aber es war eben die politische Berichterstattung darüber. Mir geht es darum, dass wir es verhindern, mir geht es darum, dass wir mehrere Maßnahmen heute hier vorschlagen, über die wir da jetzt vollkommen offen diskutieren sollten, da hat keiner, glaube ich, von uns den Stein der Weisen, weil wenn wir den Stein der Weisen gehabt hätten, dann wäre nicht das passiert, was in allen Zeitungen gestanden ist, daher bringe ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Stadtregierungsmitglieder Detlev Eisel-Eiselsberg, Elke Edlinger und Elke Kahr werden vom Gemeinderat der Stadt Graz ersucht, ehestmöglich Modelle zur besseren Zusammenarbeit und Vernetzung der Ressortbereiche Jugend, Soziales und sozialer Wohnbau unter folgenden Gesichtspunkten zu erstellen:

1. effektiverer Schutz erheblich gefährdeter Kinder durch eine Intensivbetreuung oder die Herausnahme aus der Familie, sodass weitere Gefährdungen hintangehalten werden können;
2. Einrichtung eines Informationsvernetzungssystems zur Aufdeckung von Fällen von Verwaistung oder Gewaltfällen, zum Beispiel zwischen Schule, Spital, Polizei, Jugendamt, Wohnungsamt und Sozialamt;

3. Ausbau der Präventionsmaßnahmen durch verstärkte Aufklärung aller Betroffenen (Eltern, Kinder) über die Folgen von, in dem Fall von beispielsweise Gewalt in der Familie;
4. intensive Betreuung und Begleitung von Eltern in Erziehungsnotstand durch Erziehungsfachleute der Jugendwohlfahrtsbehörde;
5. altersgerechte Informationskampagne für Kinder über Gewalt beziehungsweise wohin sie sich im Bedarfsfall wenden können;

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Bundesregierung im Wege einer Petition, einen Gesetzesentwurf vorzubereiten beziehungsweise Maßnahmen einzuleiten, die die

1. Schaffung eines bundeseinheitlichen Jugendschutzgesetzes;
2. Elternbildung im Mutter-Kind-Pass vorsehen und Eltern-Kind Begleitung unterstützen;
3. Ausweitung und Umsetzung des Modellprojekts „Kinderbeistand“ in ganz Österreich und
4. gesetzliche Regelung zur finanziellen Absicherung von Besuchsbegleitung für Scheidungskinder, um diesen durch die Anwesenheit von Betreuern einen spannungsfreien Kontakt mit beiden Elternteilen zu ermöglichen,

zum Ziel hat. Ich ersuche da um Ihre Zustimmung, auch um eine rege Diskussion, nur eines will ich in dieser Diskussion nicht hören, wir haben das eh schon alles, auch nur Bruchteile, wenn wir das alles so gut hätten, dann wäre nicht das passiert, was passiert ist und um das ersuche ich. Danke.

GRin. **Bergmann** zur Dringlichkeit: Lieber Gerald Grosz, das was du in deinem Antrag hier formuliert hast, würde ich als gewaltig überzogen betrachten. Es sind einfach Dinge drinnen, die eigentlich nicht der Realität entsprechen, vielleicht hast du, nachdem du die Kronen Zeitung gelesen hast, auch im Fernsehen die Interviews der behandelnden Ärzte der Kinder gesehen, die eigentlich auch teilweise etwas anderes ausgesagt haben. Aber ich möchte eigentlich nicht auf diesen speziellen Fall jetzt genauer eingehen. Das ist ein sehr komplexes Thema und in den letzten Jahren hier im Gemeinderat wurden immer wieder, wie du richtig gesagt hast, immer wieder

Fälle hier, die in die Öffentlichkeit gekommen sind, auch hier besprochen. Aber wir glauben, dass dieses Thema wichtig ist, einmal genauer in der Stadt sich anzuschauen, also wo liegen die Kompetenzen des Jugendamtes, wie schaut die gesetzliche Lage auch im Jugendwohlfahrtsgesetz aus, was können wir einfach an der Situation, dass solche Fälle immer weniger werden, auch wirklich tun. Wir glauben, dass hier der Jugend- und Familienausschuss die richtige Adresse ist, sich diesem Thema einmal wirklich genauer zu widmen, dass man hier vielleicht auch miteinbeziehen kann in die Diskussion das Sozialamt, also Vertreter des Wohnungsamtes. Was diese Vernetzung, die du in deinem Antrag forderst, betrifft, möchte ich sagen, dass die Stellen der Stadt durchaus zusammenarbeiten. Also es wird immer wieder hier festgestellt, dass anscheinend jedes Amt für sich dahinbrodelt, aber in der Praxis ist es nicht so. Auch in solchen Fällen arbeitet vor allem das Sozialamt vorbildlich mit dem Wohnungsamt zusammen, das heißt, in diesem Bereich gibt es durchaus Zusammenarbeit. Wenn es Zusammenarbeit und Vernetzung gibt, heißt das aber nicht, dass es doch Verbesserungen geben kann, und darüber kann man natürlich reden. Also in dem konkreten Fall ist es noch so, dass ja das Wohnungsamt, also dass dieser Fall ja nicht in einer Gemeindewohnung vorgekommen ist, sondern dass das einfach auch ein Übertragungswohnbau einer Genossenschaft ist und da sollte man sich überlegen, welche Möglichkeiten hat man dort überhaupt. Also wir werden dem Antrag also weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt jetzt unsere Zustimmung geben, möchten aber, ich weiß zwar nicht, ob das so möglich ist, aber den Antrag stellen, dass dieses Thema in einer der nächsten Ausschusssitzungen im Jugendausschuss einmal behandelt wird und dass man vielleicht dort auch einmal die Stellungnahme vom Jugendamt sich anhören kann, weil wir alle miteinander, glaube ich, nicht wissen, was da jetzt von Seiten des Jugendamtes wirklich vorgefallen ist. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Herr Gemeinderat Grosz, die Frau Klubobfrau hat ja einiges vorweggenommen. Ich möchte ergänzen, du unterstellst einmal, dass jegliche Informationsvernetzung in diesem Bereich nicht möglich ist, weil diese Ressorts bei drei Referenten sind, das stimmt in zweierlei Hinsicht nicht, zum einen, weil die drei Ressorts gerade in diesen Fragen sehr, sehr gut zusammenarbeiten...

Zwischenruf GR. Grosz: Das hat man ja gesehen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: ...und zum Zweiten, weil es eine Vielzahl von Vernetzungen gibt, gerade auch die soziale Wohnplattform beschäftigt sich mit diesem Thema, da gibt es regen Austausch. Ich möchte gar nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, weil du willst sie auch gar nicht hören, was wir alles tun. Du unterstellst allerdings, dass mit deinem Antrag, dass ein derartiger Fall, wie er leider vorgefallen ist, nicht vorgefallen würde, würden wir deine Maßnahmen umsetzen. Das muss ich leider verneinen. Da gibt es kein Versagen an Informationsaustausch, da gibt es andere Gründe, warum sich dieser Fall so entwickelt hat. Ich habe im Ausschuss darüber berichtet, welche Maßnahmen seitens des Jugendamtes gesetzt wurden...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Zu spät.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: ...und wo aus unserer Sicht auch ein Verbesserungsbedarf besteht. Es bedarf nicht deines Antrages, dass wir in diesem Bereich noch besser werden wollen und wir werden auch da und dort ganz sicher Maßnahmen setzen, damit wir auch tatsächlich besser werden. Es ist wieder einmal so, dass du ein trauriges Ereignis zum Anlass nimmst, in sehr, sehr oberflächlicher Art eine hervorragende Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlecht zu machen, gerade in einem Berufsfeld, von dem du vermutlich ganz, ganz wenig Ahnung hast und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht viel Ahnung haben wirst, weil es nicht deine Sache ist, sich auch zu informieren, sondern lieber oberflächlich zu bleiben. Es ist für mich auch wirklich nochmals zu erwähnen, dass ich es nahezu unverantwortlich empfinde, dass du offensichtlich entweder nur die Zeitungen von Samstag/Sonntag gelesen hast und darauf deinen Antrag aufbaust, oder du Montag-/Dienstag-Zeitungen gelesen hast, Radio gehört hast, ferngesehen hast und auf Grund deiner selektiven Wahrnehmung das einfach vergessen hast, aber es gibt vielleicht auch

noch das Problem, dass auch Erwachsene ein Problem haben können damit, mit sinnerfassendem Lesen (*Applaus ÖVP*), das sage ich jetzt einmal so. Und es ist ähnlich wie beim vorigen Antrag, da sind einige Punkte drinnen, die durchaus verfolgenswert sind, alles was unseren eigenen Bereich betrifft, sind wir auch in diesen Richtungen unterwegs, da bedarf es nicht deines Antrages...

Zwischenruf GR. Grosz: *Wenn die Schule vernetzt gewesen wäre, dann wäre es ja aufgefallen, dass...*

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja, und für dich, und das ist das Problem lieber Herr Grosz, für dich gibt es dann nur eine Antwort, die Kinder sofort der Familie wegnehmen und das ist halt dein fachlicher Zugang, der halt nicht fachlich begründet ist, sondern oberflächlich. Es gibt ganz andere Dinge und Maßnahmen. Das was du ansprichst und dir wünscht wahrscheinlich mit deiner Methode, ist das letzte Mittel, das wir ergreifen werden, wenn es um das Wohl des Kindes geht und das wird auch in Zukunft nicht anders sein (*Applaus ÖVP*). Und die Punkte, die Richtung Wien gehen, sind für mich sehr, sehr diskussionswürdig, oder gehen sollten viel mehr, sollten wir uns wirklich eingehend damit auseinandersetzen. Es war dir anscheinend auch ein bisschen zu mühsam, die in irgendeiner Form noch zu erläutern, da stehen nur vier Punkte mit Überschriften, sollten wir uns auch im Ausschuss widmen, welche Haltung die Stadt Graz einnehmen sollte, um in diesem Bereich Richtung Wien etwas zu bewegen. Im Sinne des Gesagten leider kann ich der Dringlichkeit und dem Inhalt in der Form nicht zustimmen.

GR. Mag. **Korschelt:** Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Lieber Kollege Eisel-Eiselsberg, ich habe dich immer als sehr vernünftigen Stadtrat eingeschätzt, nur was du da heute aufgeführt hast, was du da bietest, ist eine Frechheit, ehrlich gesagt, das ist eine Frechheit (*Applaus FPÖ und BZÖ*), was du dir erlaubst, ist eine

bodenlose Frechheit einem Mandatar gegenüber, das sage ich wirklich und sie können mir jetzt zehn Ordnungsrufe geben, das ist mir wurscht, weil es gibt eh keine Sanktionen, also, was wollen Sie machen dann, also fangen Sie gleich an mit den Ordnungsrufen (*Applaus FPÖ und BZÖ*), das ist mir wurscht...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Kollege, was soll das jetzt?

Mag. **Korschelt**: Weil Sie in einer kritischen Art herschauen und ich lasse mich von niemandem, ich habe überhaupt keine Angst vor einem Ordnungsruf (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Kollege Korschelt, es ist zwar Viertel nach neun, das ist verständlich, aber Sie reden sich jetzt in einen Wirbel hinein.

Mag. **Korschelt**: Ich rede mich in keinen Wirbel hinein. Ich lasse mir nur die kritische Art von Ihnen, dass Sie mich gleich wieder so anschauen,...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich kann Sie anschauen, wie ich will, Herr Gemeinderat Korschelt, und Sie haben jetzt eine Wortmeldung und bitte, halten Sie sich an die Wortmeldung, ich kann Sie anschauen, wie ich will.

Mag. **Korschelt**: Eben, und ich kann sagen, was ich will, weil ich lasse mich nicht immer von Ihrer Art da...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sie können nicht sagen, was Sie wollen.

Mag. **Korschelt**: Natürlich kann ich das sagen, genauso wie Sie mich anschauen, kann ich sagen, was ich will da.

Zwischenruf GRin. Binder: Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung.

Mag. **Korschelt**: Bitte, beantragen Sie eine Sitzungsunterbrechung. Beantragen können Sie viel, aber es ist nicht beantragt worden.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir unterbrechen die Sitzung, bis Sie, Herr Gemeinderat, auch wieder die Form finden, wie da herinnen der Tonfall zu sein hat. Es gibt ein bestimmtes Niveau, das wir uns hier alle wünschen, auch wenn es Viertel nach neun ist. Sitzungsunterbrechung, in zehn Minuten hoffe ich, dass alle wieder ihr Gemüt... gekühlt haben (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Sitzungsunterbrechung von 21.15 bis 21.25 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich wieder alle bitten, Platz zu nehmen. Effiziente Sitzungsführung, gegenseitige Wertschätzung, Rücksichtnahme aufeinander, auch das Verständnis, dass die 14. Stunde am heutigen Tag für manche schon lange ist, alles berücksichtigen. Wir haben jetzt noch nach diesem dringlichen Antrag dann noch einen. Dann kommen wir zu den Stücken, es wurden zwar einige Stücke auch zusammengefasst, aber wir werden auch heute eine noch lange und durchaus diskussionsreiche Tagesordnung auch noch haben.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gott sei Dank ist der Chef wieder da (*Applaus FPÖ*), selten war ich so froh, Herr Bürgermeister, dass Sie Bürgermeister sind und in dem Moment das Sprichwort, wenn die Katze aus dem Haus ist, haben die Mäuse Kirtag, also der Kirtag ist jetzt Gott sei Dank beendet, Sie führen wieder den Vorsitz, wir steigen wieder in das Thema ein. Herr Stadtrat, wir haben uns ja jetzt in der Pause unterhalten, vielleicht haben sich die Emotionen doch ein bisschen abgekühlt, aber ich halte den Vorwurf trotzdem....

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Zur Sache.

Mag. **Korschelt**: Ich rede eh zur Sache, Kollege. Ich halte trotzdem den Vorwurf aufrecht, dass ich das nicht richtig finde, Herr Stadtrat, wie Sie mit einem gewählten Mandatar, und da habe ich Solidarität, die ich ja sonst nicht immer mit dem Kollegen Grosz habe, wie Sie mit einem Mandatäre hier im Haus umgehen (*Applaus FPÖ und BZÖ*), der, wie wir alle wissen, der hie und da oder sehr oft übers Ziel schießt, aber in Grundtendenz hat er, glaube ich, mit seinem Antrag meint er, was viele hier im

Hause oder was die Masse der Bevölkerung oder zumindest was ich glaube, was ich halt mit Teilen der Bevölkerung gesprochen habe, weil die auf mich zugegangen sind, was schon die Bevölkerung empfindet dann, und jetzt aus meiner Sicht gibt es drei Dinge. Das eine, Herr Stadtrat und Herr Bürgermeister und hoher Gemeinderat, die Vernetzung hat sicher nicht funktioniert, das muss man ehrlich sagen, es wird zwar immer wieder gesprochen, es hat gleich am Beginn hat es einen Antrag gegeben, wo alles wieder vernetzt wird, das hat sicher in dem Fall nicht funktioniert, weil sonst gibt es das nicht, das ist der erste Kritikpunkt. Der zweite Kritikpunkt und das wundert mich, wie gesagt, fast noch mehr, was ist mit der Schule eigentlich in dem Fall gewesen, weil immerhin waren da Pflichtschüler darunter und in Österreich gibt es noch, meines Wissens, eine Schulpflicht, warum hat sich die Schule überhaupt nie gerührt, wenn die Kinder wochenlang oder monatelang nicht in die Schule gegangen sind, warum hat sich die Schule nicht gerührt, warum ist da nicht von der Schule einmal was ausgegangen, was ist mit den Kindern? Das Dritte, das möchte ich auch sagen und da müssen wir uns wahrscheinlich alle bei der Nase nehmen, das trifft auch, wie gesagt, die Bürger, die dort wohnen, es ist für mich auch unverständlich und da beziehe ich leider natürlich auch, was auch vorgeworfen wird, dann auch mein Wissen natürlich nur aus der Kronen Zeitung, aber wenn man dort liest, und der Redakteur hat einen Lokalausweis vorgenommen, wenn es dann Nachbarn gibt, mir ist es eh schon sehr lange aufgefallen, aber ich habe eigentlich gedacht, die Behörde wird tätig, dann glaube ich, sollte sich jeder von uns und jeder Bürger auch an der Nase nehmen, wenn solche Zustände herrschen und es fällt mir auf, dann ist es auch Bürgerpflicht, ohne jetzt da irgendjemanden vernadern zu wollen oder was, jedenfalls ist es auch Bürgerpflicht, die Behörde zu verständigen und zu sagen, da läuft etwas quer, da läuft etwas nicht in Ordnung. Ich glaube, das wäre auch wichtig und dann ist, weil es dann in dem gegipfelt hat in dem Vorwurf dem Kollegen Grosz gegenüber, na ja, du willst ja nur haben, dass die Kinder abgenommen werden, du willst ja nur haben, dass die Kinder mit Handschellen entfernt werden usw. Das, glaube ich, will er sicher nicht, aber es ist ja im Prinzip im Endeffekt ist ja jetzt auch nichts anderes passiert. Wenn man ehrlich sind, sind die Kinder jetzt ja auch von der Familie weg und es gibt halt einmal einen Punkt, und das muss ich auch dazusagen, bin immerhin Vater von drei Kindern, es gibt einmal einen Punkt, wo es halt dann wirklich für das Wohl des Kindes vielleicht doch einmal kurzfristig vielleicht hart ist, aber im Großen gesehen für das Wohl des Kindes doch

besser, wenn halt einmal solche Zustände sind. Ich will jetzt nicht sagen, dass das da gerechtfertigt wäre, das muss eh ein Mediziner entscheiden, aber wenn es halt einmal so weit ist, dass halt doch die Behörde einschreiten muss, und wir leben nun einmal in einem Rechtsstaat und das Wohl des Kindes steht an ganz erster Stelle, glaube ich, kann ich für alle reden herinnen im Gemeinderat, das ist ein sehr wichtiges Anliegen das Wohl des Kindes. Wenn das Wohl der Kinder oder des Kindes einmal extrem gefährdet ist, dann glaube ich, hat die Behörde oder hat der Staat das Recht, auch einmal einzuschreiten und die staatliche Gewalt muss einmal eingreifen und eben Kinder, wenn es eben zum Nachteil der Kinder gereicht, einfach Kinder einmal abnehmen und man kann sie dann eh wieder zurücknehmen.

Zwischenruf GR. Mag. Spath: Luft holen.

Mag. **Korschelt**: Luft holen, ich, oder wie meinst du, oder die Kinder. Ich weiß nicht, was du jetzt meinst. Ich rede dir zu lange, oder? Du bist auch aufgefordert zu reden, du redest überhaupt nichts, Kollege, ich muss für dich mitreden, weil du nicht redest, muss ich jetzt reden. Aber wie gesagt, damit ich nicht zu lange rede, dem Kollegen, weil der Herr Bürgermeister hat gesagt, manche sind 14 Stunden schon zu lange, die sie da herinnen sitzen. Abschließend noch einmal zum...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Die Frau Benedik soll reden, die war im Jugendausschuss.

Mag. **Korschelt**: Ich kann ja nicht überall sein, du hast ja gesagt, ich bin so nervös. Es kann nur einer zur Dringlichkeit reden, lieber Kollege, das müsstest du wissen, wenn du in der Geschäftsordnung nachschaust, dass das drinnen steht und du hast

ja gesagt, ich bin ja schon so nervös im AK-Wahlkampf, dass ich mich nicht überall auskenne. Deine Sorge, danke vielmals. Aber noch einmal zum Schluss kommend, möchte ich sagen, also wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zustimmen und ich würde bitten die Kollegen auf der Stadtsenatsbank, wenn wieder solche Anträge kommen, doch zu schauen die unterschiedliche Kräfteverhältnisse, gewählt sind zuerst einmal die Gemeinderäte hier, direkt gewählt, liebe Kollegen, ihr seid ja erst in zweiter Folge gewählt und bitteschön, wenn solche Anträge, dann möchte ich bitten, dass die Kollegen im Gemeinderat hier ordentliche behandelt werden und nicht so wie bis jetzt, aber so wie es von der Regierungsbank heruntergetönt ist, das möchte ich bitte in Zukunft, wenn es geht, nicht mehr hören. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StRin. **Edlinger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Grosz hat hier mit getragener Stimme gemeint, es ging darum zu diskutieren, wie wir solche Fälle in Hinkunft vermeiden können. Warum fällt es trotzdem sehr schwer, ihm dieses Anliegen als ehrliches abzunehmen, weil das halt ein Antrag ist, wie wir schon viele vom BZÖ kennen. Es gibt einen fahrenden Medienzug mit einem sehr emotionalisierenden Thema und zu Recht emotionalisierenden Thema, weil Kinder betroffen sind. Das bietet sich an, da kann man Schlagzeilen schreiben, da kann man auch noch einen dringlichen Antrag draufsetzen, das kann man so thematisieren und versuchen, auf diese Art und Weise möglicherweise politisches Kleingeld zu wechseln. Wenn es wirklich Ihr Anliegen ist, Herr Kollege Grosz, dann hätte ich mir zumindest erwartet, dass Sie sich ein bisschen informieren im Vorfeld, was passiert bisher, was ist in dem konkreten Fall möglicherweise nicht oder fehlerhaft passiert, dass Sie sich ein bisschen informieren, was gibt es bis jetzt schon an Kooperationen in Fällen, wie läuft das ab, weil dann, wenn man das weiß, kann man gemeinsam mit den Fachkräften, auch von politischer Seite, darüber nachdenken, welche Maßnahmen sinnvollerweise zusätzlich noch zu setzen sind. Wenn man sich aber vorweg nicht informiert, sondern hier herinnen das ganze möglicherweise als Bühne sieht, wo man halt auch seinen Spaß hat und wenn man Sie beobachtet hat jetzt während der vorangegangenen Diskussion, hat man Sie ja durchaus auch strahlen gesehen, weil das macht Ihnen ja Spaß, wir kennen Sie, wie

Sie hier herinnen agieren, dann würde ich Ihnen einfach einmal unterstellen, dass das eben nicht getragen ist von dem, dass es Ihnen in Wirklichkeit jetzt darum geht, wie Kinder in dieser Stadt leben müssen. Es kommt nämlich auch ein bisschen seltsam dann daher, weil Sie sehr viel dann so ein bisschen rausschütteln, man bringt dann sehr schnell dann offensichtlich in Wien so einen Antrag zu Papier, damit man halt was einreichen kann. Es ist auf einmal dann das Jugendschutzgesetz auch in diesem Antrag Thema, dann geht es wieder einmal um Scheidungsproblematiken und um die Frage Kinderbeistand, also inhaltlich sehr schwer nachzuvollziehen und vor allem nicht getragen von einem wirklichen Bemühen um eine seriöse Diskussion, deswegen bitte ich Sie, bringen Sie seriöse Einträge ein, dann können wir sie seriös diskutieren, aber nicht auf diese Art und Weise. Nein zur Dringlichkeit und zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wie nicht anders zu erwarten, aber ich möchte ganz kurz replizieren auch die Diskussion rund um den Kollegen Korschelt, ich meine, das kann es auch nicht sein und das möchte ich auch nur sagen, dass jedes Mal, wenn ein Gemeinderat hier am Pult eine andere Meinung vertritt der Vorsitz oder die Vorsitzende dann gleich Sitzungsunterbrechungen durchführt während laufender Tagesordnungen und im Tagesordnungspunkt selbst. Das man von mir aus sagt nach einer gewissen Zeit, wenn halt ein Gemeinderat droht, einen hochroten Kopf zu bekommen, den habe ich im Übrigen noch nie gehabt, also ich war der Eklat, aber bis heute habe ich, glaube ich, keine rote Birne in dem Gemeinderat gehabt oder habe durchgeknallt gewirkt oder was auch immer, immer danach zu sagen, Sitzungsunterbrechung, also dann werden wir unsere Sitzungen auf 18 Stunden ausdehnen müssen und, Frau Vizebürgermeisterin, wenn Ihrer Meinung nach Kollege Korschelt einen Ordnungsruf verdient hätte, hätten Sie ihm einen geben können, zwei oder drei und nach dem dritten Mal das Wort entziehen können, wäre auch kein Beinbruch gewesen, wenn es Ihre subjektive Einstellung ist, er hätte es verdient, meine war es nicht, er hat Dinge klargestellt, repliziert, die von der Regierungsbank gekommen sind und hat sich als gewählter Gemeinderat repliziert, aber das Wort entziehen hätte Sie noch immer darüber hinaus gerettet, dass wir den Vorsitz nicht dazu zwingen müssen, jetzt eine Sitzungsunterbrechung

von 10 Minuten zu machen, aber auch das, Schwamm drüber, ins Detail retour. Also leider Gottes inhaltlich wurde es nicht diskutiert mein Antrag zu dem sogenannten nicht von mir erfundenen Müllkinderskandal, sondern die Argumente sind heute einmal mehr besser geworden, also vor einem Jahr hat man noch bei dringlichen Anträgen, und die Stadträtin Edlinger hat gesagt, dass es eh so viele vom BZÖ bereits waren, also das ist ein grauslicher Verhetzer, heute sagt man, jetzt ist er uninformiert, Stadtrat Eisel-Eiselsberg sagt, das ist ein Analphabet, also ich lerne eh schon damit leben, das nächste Mal werde ich als Einzeller in dem Gemeinderat titulierte, nur um eines bitte ich Sie schon, weil Sie auf alle meine sachlichen Einwendungen und meine Anträge keine inhaltlichen Argumente mehr finden, sondern meinen Analphabetismus oder was auch immer hier disqualifizieren oder qualifizieren, wo denn bei Ihnen das Ende ist? Ich ersuche Sie zumindest bei der nächsten Gemeinderatssitzung, wenn wieder Anträge des BZÖ kommen, die der Meinung der Bevölkerung, dass die Politik etwas tun muss, entspricht, mir nicht mein Menschendasein vielleicht noch abzusprechen und zu sagen, ah der Misthaufen in der letzten Reihe hat schon wieder gebrüllt (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Ich ersuche Sie bei Ihrer Steigerung, wie Sie Wortmeldungen und Forderungen des BZÖ von Gemeinderäten der FPÖ, der KPÖ oder wem auch immer in diesem Haus qualifizieren wollen, doch das bitte in Zukunft über den Inhalt wieder zu machen und nicht über Charaktereigenschaften des einzelnen Antragstellers. Wenn Sie das weitermachen, es wird Sie auch nicht belohnen bei nächste Wahlgängen, denn das will die Bevölkerung auch nicht, aber das wissen Sie ja ohnedies. Ich ersuche noch einmal um Zustimmung. Ich glaube, der Antrag befasst sich mit dem Thema, ich glaube tatsächlich, dass die Vernetzung nicht funktioniert hat, wenn die Schule nach drei Wochen noch immer nicht das Sozialamt oder das Jugendamt oder wen auch immer in der Stadt informiert und sagt, Freunde da fehlen uns ein paar Kinder und die sind nicht krank gemeldet, die kommen einfach nimmer. Also dann weiß ich nicht, inwieweit das so gut mit der Vernetzung war. Wenn alles so gut gewesen wäre, wenn der Betrieb dieser Jugendwohlfahrt auch des Landes in dem Fall, wenn unsere Verantwortlichen so gut handeln würden, dann hätte ja de facto nicht passieren können, höchstens es wären übersinnliche Kräfte hier im Spiel gewesen, das nehme ich dann doch wohl nicht an. Ich ersuche Sie nochmals um Zustimmung im Interesse der Kinder unserer Stadt (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Inhaltlich werde ich aus Fairnessgründen jetzt nichts sagen, aber nachdem diese Unterbrechung, glaube ich, durchaus notwendig geworden ist, ich habe sie im Übrigen als ganz gute Maßnahme jetzt gesehen, weil kurz innehalten und wieder einmal nach innen gehen, hat uns allen gut getan. Es ist jetzt wesentlich sachlicher geworden, es sind wieder alle bei der Sache und ich bitte, es auch der Vorsitzführung nicht immer so schwer zu machen. Ich sage das auch dazu, weil wir müssen da vorne auch stundenlang sehr konzentriert sein und das ist nicht immer das Einfachste und wir sollten jedes Wort mitbekommen, wir wollen, und das gilt durchaus für uns beide, auch für Gerhard Rüscher oder Kollegen und Kolleginnen, wenn sie uns vorne vertreten, wir versuchen, und das ist nicht immer einfach, auch die parteipolitische Brille abzulegen und eine ordnungsgemäße Sitzungsführung zu gewährleisten. Aber es gibt eben unterschiedliche Ermüdungserscheinungen, es gibt auch durchaus Provokationen von allen Seiten und dann immer gleich das richtige Wort zu finden, ist auch nicht immer einfach. Ich sage das, mir hat das gut gefallen, dass jetzt auch diese Sitzungsunterbrechung da war und dass es jetzt eigentlich wieder so weitergeht, wie es sich für dieses Haus geziemt und noch einmal, das Bild, das wir da gemeinsam abgeben, ist ein Gesamtbild auch für die Politik und ich verstehe schon, dass manchmal die Politikerverdrossenheit, Politikerverdrossenheit habe ich kaum verspürt, wo immer ich war, haben Menschen mit mir über die Gesellschaft und die Zukunft diskutieren wollen, aber die Verdrossenheit machen wir Politikerinnen und Politiker und wir sind alle gut beraten, uns bei der Nase zu nehmen oder vor der eigenen Tür zu kehren, je nach Fraktion, ist das dann leichter zu machen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Drohende Schließung von Postämtern in Graz – Petition an die Bundesregierung

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Verehrter Herr Bürgermeister, verehrte Mitglieder des Stadtsenates, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Gemüter Gott sei Dank wieder abgekühlt sind, darf ich Sie noch einmal um Aufmerksamkeit für den letzten dringlichen Antrag des Tages bitten. Die Androhung neuerlicher Schließungen von Postämtern in Graz hat die Bevölkerung massiv verunsichert, da drastische Verschlechterungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, Nahversorgung und Arbeitsplatzverluste befürchtet werden. Vor allem für weniger mobile, ältere Menschen können Postämerschließungen negative Auswirkungen auf die Lebensqualität zur Folge haben.

Und trotz gegenteiliger Ankündigungen der Bundesregierung wird einmal mehr befürchtet, dass in Graz reihenweise Postämter geschlossen werden.

Und wie vor kurzem auch aus den steirischen Tageszeitungen zu entnehmen war, sollen wieder 13 Postämter in Graz von einer Schließung betroffen beziehungsweise gefährdet sein:

Es fängt an von der Triesterstraße über die Rösselmühlgasse, geht in die Anzengruberstraße, Annenstraße, Lazarettgürtel, Gaswerkstraße, in die Straßganger Straße, Stiftingtaler Straße, St. Peter.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Post AG und der ÖIAG, insbesondere die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, ehestmöglich insbesondere durch eine Änderung der Bestimmungen der Post-Universaldienstverordnung und eine sachgerechte

Regelung für den liberalisierten Postmarkt eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen in Graz im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft weiterhin zu gewährleisten und dadurch dazu beizutragen, dass die Arbeitsplätze im Postbereich nicht gefährdet werden und es zu keinerlei Schließungen von Postämtern beziehungsweise Filialen in Graz kommt (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Martiner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Dringlichkeit meine Wortmeldung. Ich könnte natürlich jetzt, Kollege Schröck, böse beginnen und könnte auch sagen, guten Morgen oder gut geschlafen vom Herbst bis 11. Februar, denn es wurden ja uns voriges Jahr dann im Sommer schon die Gerüchte begleitet der Postamtsschließungen und dann wurden auch die Gerüchte bestätigt, dass die Post AG dementsprechend Maßnahmen vorhat und diskutiert und auch die Stadt Graz damit auch bei Schließungen betroffen sein sollte. Und es wurden ja auch sehr viele Initiativen von vielen Fraktionen in diesem Haus immer wieder gesetzt diesbezüglich zur Postamtsschließung, die drohende Schließung abzuwenden und dementsprechend von Graz fernzuhalten. Auch wir von der sozialdemokratischen Fraktion hatten ja auch einen Antrag am 18. September. Zum Inhalt des Motivenberichtes heute, ich möchte nur soviel zur Ausführung vom Kollegen Schröck sagen. Unsere Anträge und vor allem der Sozialdemokratie waren natürlich im Herbst weit präziser formuliert und treffender abgestimmt auf die drohenden Schließungen. Doch uns Sozialdemokratie ist es auch heute nach Silvester und im Jahr 2009, und die Schließungen sind ja noch nicht vom Tisch, es gibt ja nur eben von einem sozialdemokratischen, damals noch Minister und heute Bundeskanzler, eine Verfügung dementsprechend einmal bis Ende Juni diese Thematik mit allen Verantwortlichen zu diskutieren. Inhaltlich eben im Motivenbericht nicht ganz einverstanden, aber im Antragstext letztendlich an die zuständigen Stellen können wir uns als Sozialdemokratie hier im Haus als Gemeinderat sehr wohl mit dem BZÖ-Antrag, mit deinem Antrag, Kollege Schröck, mitgehen, denn das Anliegen ist heute nach wie vor ein großes, dementsprechend die Postämter zu halten in der Stadt Graz. Nicht nur für die Menschen, wie du auch schon ausgeführt hast, die ihr Postamt nach wie vor gewohnt sind in ihrer Umgebung, sondern auch für die

Beschäftigten, die in der Post AG und deswegen wird auch die Sozialdemokratie der Dringlichkeit und auch dem Inhalt die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich gleich namens meiner Fraktion auch zu Wort melden zur Dringlichkeit und möchte noch einmal ein paar Dinge in Erinnerung rufen. Ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt ist, dass ich damals ja auch die Klubs eingeladen habe, dabei zu sein, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der Post uns mitteilen, was wirklich die Pläne in Graz sind. Mit Ausnahme des BZÖ, glaube ich, waren alle Fraktionen mit dabei, wir haben damals die Klubs eingeladen....

Zwischenruf GR. Grosz: Wir waren nicht eingeladen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Deswegen melde ich mich ja gerade, damit ich auch aufklären kann, dass das, was hier in den Tageszeitungen gestanden ist, nicht mit dem übereinstimmt, was die Geschäftsleitung, die in Form von drei Personen vertreten war, uns damals auch mitgeteilt hat. Die gesamte Liste, die hier aufgezählt worden ist, ich glaube 11 oder 13 Postämtern, ist nicht betroffen, das was wir vernommen haben damals war, dass von den 29 Filialen in Graz 16 defizitär sind, dass sie in den letzten Monaten einen 5-%-igen Rückgang, also dass sie jährlich schon einen Rückgang der Transaktionen von 5 % haben, dass einige Standorte ein Defizit von mehr als 10 % des Umsatzes machen, Filialstandorte entsprechen nicht mehr den Kundenbedürfnissen, veraltete Standorte hinsichtlich Erreichbarkeit und Ausstattung. Sie haben ein hohes Überfallsrisiko, weil sie exponierte Lagen haben und seit dem Jahr 2008 gab es oder im Jahr 2008 gab es bereits vier Überfälle bei Postämtern und das ist auch etwas, was die Geschäftsleitung auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auge behalten muss. Ganz konkret haben sie gesprochen von der Zusammenlegung der Kasernstraße mit der Liebenauer Hauptstraße, Triesterstraße

und Rösselmühlgang in Zusammenlegung mit Lazarettgürtel, die Peter-Tunner-Gasse Zusammenlegung mit der Gaswerkstraße und die Straßganger Straße Zusammenlegung mit der Burenstraße. Wir haben im ersten Gespräch mit der Post die Zusicherung erhalten, das ist auch nicht unwesentlich, dass es in Graz keine Kündigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Post gibt. Auf unser Nachverhandeln hin hat die Post auch einmal gleich zugestanden, dass sie die Investitionen in die Standorte auch beschleunigen würde, da geht es um ein Millionenpaket, genaue Größenordnung habe ich jetzt nicht mehr auswendig im Kopf, das heißt, die würden sie jetzt auch vorziehen, dass es auch möglichst schnell zu einer Adaptierung kommt. Das Grundproblem, das die Geschäftsleitung und die Post an sich hat liegt aber ganz woanders und da hoffe ich noch immer auf die Zusage des Herrn Bundeskanzlers gemeinsam mit der Bundesregierung, drüber nachzudenken, ob es Sinn gemacht hat, aus einem großen Unternehmen einige Teilbereiche herauszusplitten, unter anderem einen Telefoniebereich, der nach wie vor gute Erträge und hohe Gewinne abwirft und auf der anderen Seite eine Vorgabe zu machen, noch dazu belastet mit einem Filialnetz, das von Haus aus defizitär sein wird. Also entweder kommt es zu einem, von oben, von der Bundesregierung, neu verordneten Weg, dass man sagt, Gewinne vielleicht aus dem Telefoniebereich werden auch für die Nahversorgung dem Postbereich als Defizit zuerkannt, wenn das nicht der Fall ist, hat die Geschäftsführung auch gar keine andere Chance, weil sonst haben wir in zwei oder drei Jahren den Supergau und dann sage ich, dann schaut es so ähnlich aus wie bei der AUA, dass wir dann über das Schließen von wesentlich mehr Filialen und vielleicht dann auch wirklich von Entlassungen und Kündigungen sprechen müssen. Wir haben bereits einen dringlichen Antrag der KPÖ und der SPÖ am 16. Oktober 2008 gehabt, einen Dringlichkeitsantrag als Initiative gegen die drohende Schließung von Postämtern in Graz, in dem sich der Grazer Gemeinderat ganz klar dagegen ausgesprochen hat, dass Filialen zugesperrt werden. Das ist die Meinung aller hier im Saal vertretenen Parteien, soweit ich das mitbekommen habe, deswegen ist für uns diese Angelegenheit jetzt nicht dringlich. Ich sage aber schon eines dazu, weil wir es schon beschlossen haben, spätestens im März müssen die Gespräche mit der Post AG auch wieder aufgenommen werden, bis dorthin sollten wir aber auch durchaus darauf vertrauen, dass das Wort des Bundeskanzlers, hier eine Änderung herbeizuführen, auch wirklich dann erfüllt wird. Ich kann Ihnen zusichern, dass ich auch nächste

Woche wieder Kontakt mit der Post AG aufnehmen werde und frage, ob es zu irgendeiner Veränderung gegenüber dem Letztstand, den Sie uns damals mitgeteilt haben mit Ausnahme des BZÖ, die nicht eingeladen waren, ob es da Veränderungen gibt, deswegen ist es für uns im Moment nicht dringlich, dem Inhalt haben wir eh schon einmal zugestimmt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ging mit hier und heute um die Aktualisierung dieses wichtigen Themas, vor allem da es auch nach den letzten Meldungen auch in der Kronen Zeitung massive Verunsicherung unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin, den Kundinnen und Kunden gegeben hat. Herr Bürgermeister, ich sage Ihnen auch, schauen Sie nach Niederösterreich, schauen Sie nach Amstetten, vor vier Monaten wurde dem dortigen Bürgermeister erklärt, die Postämter werden dort nicht geschlossen, mit 1. März werden sie geschlossen. Und deswegen, glaube ich, würde Ihnen auch kein Zacken aus der Krone fallen, wenn Sie heute diesem dringlichen Thema zustimmen würden. Wenn Sie heute aber dagegen stimmen, Herr Bürgermeister, dann stimmen Sie gegen die Erhaltung von Postämtern, somit gegen die Erhaltung von Arbeitsplätzen und dann erwarte ich mir auch, dass Sie dann jenen gekündigten Beamtinnen und Beamten der Post vor Ihnen dann geradestehen und Ihnen erklären, warum Sie heute nicht alles dafür getan haben, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten können. Dankeschön (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist eine Interpretationsmöglichkeit, gemeint habe ich es anders.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.